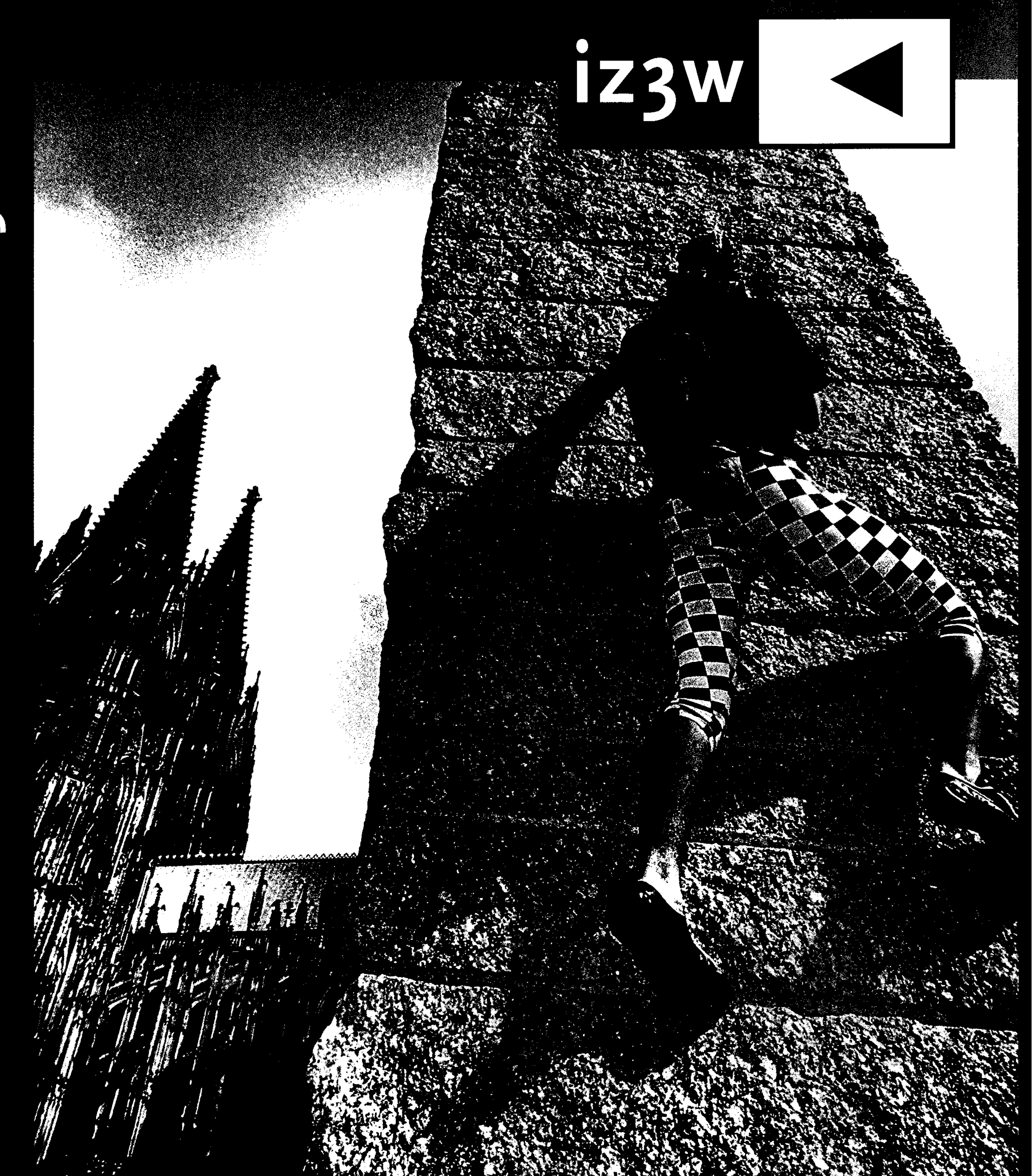
Cliffhanger: EU- und G7-Gipfel in Köln

▶ Außerdem: ▶ Hilfe entwickelt ▶ Geld entmystifiziert ▶ Weltbank entlastet ▶ Algerien entschleiert ▶ Literatur entdeckt ▶ Diamanten entwendet ...

iz3w ◀



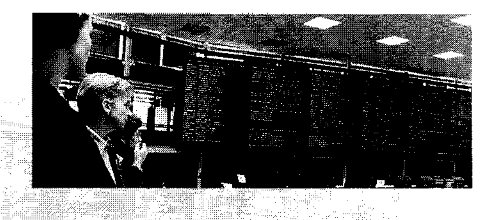
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

Titelbild: H. Sachs / version

Politik und Ökonomie

Schwerpunkt:

Gipfeltreffen – EU und G7+ in Köln





Kultur



Freitag, 26.3.1999



Bomben für Menschenrechte - Krieg für Frieden

oder: „Was soll man denn sonst machen?"

Als die NATO-Flieger gen Jugoslawien starteten, war dieses Heft bereits in der Druckerei. In Anbetracht des Kriegsbeginns und vor dem Hintergrund, daß in der deutschen Öffentlichkeit kaum jemand grundsätzliche Einwände gegen den Militäreinsatz erhebt, haben wir uns entschlossen, dem Heft eine Stellungnahme zum Krieg in Jugoslawien beizulegen:

Mit den Bombardements in Serbien geht die NATO das erste Mal seit ihrem Bestehen militärisch gegen einen Staat vor. Die Bundeswehr führt ihren ersten Krieg seit der Wiederbewaffnung. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die sich in den vergangenen zehn Jahren in der westlichen Welt und mit einer besonderen Note in Deutschland vollzogen hat.

Bis vor kurzem galt noch die UNO als einzige legitime Instanz internationaler Intervention. In ihr sind immerhin alle Staaten vertreten, auch wenn im Sicherheitsrat nur einige wenige über Krieg und Frieden befinden dürfen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation war die UNO insbesondere seitens der USA zu einer Art „Weltpolizist" stilisiert worden. Im Namen von „Weltgemeinschaft" und „Weltgewissen" wurden militärische Einsätze gegen sogenannte „Verbrecherstaaten" bzw. deren Führungen gerechtfertigt. Die beiden seitdem aktiv geführten militärischen UNO-Einsätze in Irak und Somalia haben jedoch zweierlei gezeigt: Erstens hat keiner der Einsätze tatsächlich zum Frieden geführt, geschweige denn zu einer nachhaltigen Entschärfung von Konfliktursachen. Die militärische Lösung ist immer gescheitert. Zweitens ist deutlich geworden, daß die UNO nie neutrale Instanz, sondern immer Konfliktpartei gewesen ist. Für ihren Einsatz sind die Interessen der westlichen Staaten im Sicherheitsrat maßgebend. Ihr Eintreten für „humanitäre Ziele" ist ganz offensichtlich selektiv.

Nun, da selbst die UNO nicht gefügig genug ist, soll's die NATO richten. Die NATO ist aber nicht, wie häufig der Eindruck erweckt werden soll, die Task Force der UNO. Die NATO ist ein Bündnis, das die partikularen Interessen einiger mächtiger Staaten militärisch durchsetzen soll. Ihr Angriff ist ohne formales Mandat des Sicherheitsrats noch weniger legitim als es ein UNO-Einsatz wäre - nämlich überhaupt nicht. Das Eingreifen in den Bürgerkrieg ist gewalttätiger Ausdruck von Macht. Und es ist Ausdruck hegemonialer Interessen, denn nicht zuletzt war die Glaubwürdigkeit der Drohung mit zukünftigen NATO-Einsätzen rund um die Welt ausschlaggebend für den Kriegseintritt. Ein Kriegseintritt, der auch im Kosovo keine Lösung, ja nicht einmal Erleichterung für die Menschen schafft. Im Gegenteil spitzt sich die Situation in der gesamten Region noch zu. Auf allen Seiten geben die Scharfmacher den Ton an, und das Morden nimmt noch zu. Diese Entwicklung war absehbar - und allein der Gedanke an diese Möglichkeit hätte jede militärische „Lösung" verbieten müssen. So verstärkt der Angriffskrieg die Dynamik, die zu der Eskalation im Kosovo erst geführt hat: Als Bosnien-Herzegowina von Jugoslawien gelöst wurde und ein eigener Staat entstand, wurden auch im Kosovo Stimmen laut, die Autonomie und nationale Identität verlangten. Der Nationalismus und die NationalistInnen auf beiden Seiten trieben seitdem den Konflikt an - bis hin zu Mord und Totschlag. Heute kann niemand mehr zwischen den Ideologien serbischer und UCK-Nationalisten unterscheiden. Wie in jedem Krieg nimmt nun die Polarisierung zu, und auf beiden Seiten bleibt kein Raum für anti-nationalistische Zwischentöne. Jetzt heißt es, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Angehörige von „Minderheiten" werden in der pogromartigen Stimmung der Kollaboration mit dem jeweiligen Feind verdächtigt. Der Krieg läßt traditionelle Muster kollektiver Identitäten aufleben und verhilft ihnen zu neuer zerstörerischer Kraft. Darunter leiden auch jene, die die machistisch-nationalistischen Töne ablehnen, wie z.B. die Kriegsdienstverweigerer sowie diejenigen, die zu keiner Partei sich bekennen mögen und deshalb die einzige Hoffnung auf Frieden verkörpern. Das gilt nicht nur für die politische Opposition auf beiden Seiten, sondern auch für die zig Familien oder Nachbarschaften, die seit Jahrzehnten die vermeintlichen Identitäten und Grenzen überwunden haben.

Das Exempel auf dem Balkan

Im Krieg gegen Serbien ist die NATO keine neutrale Instanz. Mehr als es die UNO je gewesen ist, ist sie Partei in einem Bürgerkrieg, in dem zwischen Gut und Böse nicht zu unterscheiden ist. Das Gerede vom Eintreten für die „westlichen Werte" und der Vergleich Milosevics mit Hitler (Clinton) sind so grotesk (Kriegsminister Scharping meint sogar, in die Fratze der eigenen Geschichte zu blicken), daß als öffentlich vertretbares Motiv für den Krieg allenfalls die durch die Ereignisse mittlerweile ebenso ad absurdum geführte „Abwendung einer humanitären Katastrophe" durch Intervention auf seiten des Schwächeren bleibt. An diese Möglichkeit mögen ähnlich wie an das Herbeizwingen von „Stabilität auf dem Balkan" viele geglaubt haben. Aber warum dann hier der Einsatz und nicht an zwanzig, dreißig, ganz vielen anderen Orten in der Welt? Auch in Türkei-Kurdistan, Nigeria, Indonesien oder Mexiko gibt es seit vielen Jahren „humanitäre Katastrophen", weil Staaten mit aller Gewalt ihr Imperium zusammenhalten und gegen separatistische und/oder op-

positionelle Minderheiten vorgehen, um die „nationale Einheit" zu sichern.

Tatsächlich wird in Jugoslawien ein Exempel statuiert. Der NATO-Einsatz ist weniger Ausdruck von Hilflosigkeit - schließlich wurden längst nicht alle unblutigen Konfliktlösungsvarianten durchgespielt - sondern eine Machtdemonstration, die Maßstäbe setzt und setzen soll. Nach dem Kalten Krieg war der Westen als einziger Machtpol verblieben. Während aber in der UNO alle Staaten, auch die des Südens, zumindest ihre Stimme erheben können, und im Sicherheitsrat immer noch potentielle Gegenspieler wie jetzt Rußland sitzen, bietet sich den Weltordnungsmächten die NATO als eigenes militärisches Instrument an. Seit Anfang der 90er Jahre werden Kriseninterventionskräfte aufgebaut - kleine und flexible hochspezialisierte Einheiten anstelle der klassischen Großarmee. Im Rahmen der NATO können unverhohlen Interessen formuliert und durchgesetzt werden. So zählt seit der Reformierung der NATO-Doktrin 1992 etwa die Sicherung der Rohstoffversorgung für die Industriestaaten zu ihrem expliziten Aufgaben- bzw. Einsatzgebiet. Der Angriff auf Jugoslawien ist das erste Beispiel, wie die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einer Interventionarmee umfunktioniert wird. Die Welt bereitet sich langsam darauf vor - und wird darauf vorbereitet -, daß die NATO bald in ihrem Namen an zwanzig, dreißig Orten „Lösungen" herbeikriegt, um die Weltordnung so zu erhalten, wie sie ist. Für die „Glaubwürdigkeit" dieser Option fallen jetzt die Bomben.

Deutschland will normal sein

Die in dieser Entwicklung steckende Logik, daß nach der Ära der Bipolarität der Westen alleine verblieben, der Westen gut und deshalb berechtigt sei, die Verantwortung für die Weltgeschicke zu tragen sowie dafür letztendlich auch Krieg zu führen, ist offenbar so „zwingend", der Ruf nach einem Weltregime mittlerweile so gewöhnlich, daß die Frage nach der Beteiligung von Deutschen, die sich ja einmal vorgenommen hatten, es nie wieder zu tun, kaum noch Beachtung findet. Dabei war es gerade die Situation in Jugoslawien und Ex-Jugoslawien, die in den vergangenen Jahren nicht nur zur Akzeptanz des Krieges, sondern auch der deutschen Beteiligung an ihm geführt hat. Stück für Stück ist mit den wahren und den falschen Meldungen von Massakern, Vergewaltigungen und Vertreibungen, den Faschismusvergleichen sowie der parallel demonstrierten Ratlosigkeit der Politik der Eindruck entstanden, es bliebe nun wirklich nur noch die Möglichkeit eines befreienden Schlages. Politik, Medien und Öffentlichkeit haben sich darin gegenseitig bestätigt und hochgeschaukelt.

Daß nun nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg erneut deutsche Bomben fallen, ist Konsequenz der allgemeinen Kriegstreiberei der vergangenen Monate. (Oder was ist die ständige Beteuerung, es gebe keine andere Möglichkeit, den „Schlächter" Milosevic (BILD) an einem „Völkermord" (alle) zu hindern, anderes als Kriegstreiberei? Zu dieser zählt auch die Anknüpfung an jahrhundertealte Feindbilder von Serbien.) Bereits seit 1989 hatte sich jedoch die öffentliche Debatte um die Rolle Deutschlands in der Welt verstärkt. „Globale Verantwortung", „Normalisierung" und „Selbstbewußtsein" hießen die Stichworte, die eben nicht erst seit Walser auf offene Ohren stoßen. Deutschland sollte wieder zu den großen Akteuren in der internationalen Politik zählen dürfen - und eben nicht nur als wirtschaftlicher Riese dastehen, der politisch eingeschränkt und militärisch ein Zwerg bleibt. Die desaströse und verworrene Lage in Ex-Jugoslawien und das große Leid der vom Krieg betroffenen Bevölkerung ließ schließlich auch Teile der Friedensbewegung antimilitaristische Positionen vergessen. Im Juni 1995 beschloß der Bundestag den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien im Rahmen der UNO. Damals stimmten dem lediglich 45 Sozialdemokraten und vier Bündnisgrüne zu. Auf dem grünen Parteitag im Frühjahr ´98 war noch die Hälfte der Delegierten dagegen, und jetzt erheben gerade noch eine Handvoll grüner Bundestagsabgeordnete ihre Stimme gegen einen deutschen Kriegseinsatz in der NATO. Damit ist eine der wenigen positiven Konsequenzen aus den Erfahrungen zweier Weltkriege dahin. Wiederbewaffnung, NATO-Eintritt, Kalter Krieg, „humanitäre Hilfe" und kriegsbegleitende Einsätze hießen die Stationen. Deutschland will wieder ein ganz normaler Staat sei. Außenminister Fischer hatte sich ja schon alle Mühe gegeben, dies auch den NATO-Verbündeten zu vermitteln (s. S.5 in diesem Heft). Das wird er wohl nie wieder tun müssen. Und er findet das sicher richtig so.

Krieg ist Politik

Im Angesicht des Krieges wird nun neben den üblichen Parolen an die Nation (Scharping: „Unsere Piloten brauchen jetzt unseren Rückhalt") einigen bewußt, daß sie sich in der Kriegslogik verfangen haben. Viele (wie z.B. die taz) kritisieren jetzt den Krieg, den sie doch mit herbeigeschrieben und -geschrieen haben. Andere übernehmen den Sprachgebrauch, der von „Operationen" und „Eingriffen" kündet, um Gedanken an die Risiken und Nebenwirkungen ihres Tuns auszusperren. Einer ehemaligen Pazifistin wie der Grünen Angelika Beer flossen Tränen der Verzweiflung. „Es gibt doch keine Alternative" klagte jedoch auch sie. Dabei ist nicht nur der Krieg, sondern auch die deutsche Beteiligung daran nur folgerichtig und war seit langem absehbar.

So ist im Westen in wenigen Jahren kontinuierlich die Bereitschaft gewachsen, den Krieg wieder als Mittel der Politik zu akzeptieren. Tatsächlich treibt er ja auch nur diejenigen Prinzipien auf ihre Spitze, nach denen die Welt sich nun einmal richtet. Das kann aber kein Grund sein, ihn hinzunehmen, denn Krieg ist immer noch Tod und Zerstörung, im Krieg siegt immer noch die Macht, nicht die Gerechtigkeit, Krieg schürt Haß und verschärft seine Ursachen noch, auch wenn er geführt wird mit der Behauptung, diese bekämpfen zu wollen. All das gilt für den Krieg in Jugoslawien. Kann die Formel „Was sollen wir denn sonst machen?" im Ernst heißen: „Dann schmeißen wir halt Bomben"?

Die Redaktion

Wo kommen wir denn da hin?

Kann sich noch jemand daran erinnern, daß an dieser Stelle kurz nach dem Regierungswechsel skeptisch gefragt wurde, was sich mit rot-grün verändert? Nun haben wir den Salat. Die Börse bebt und die Wirtschaft triumphiert nach Lafontaines Rückzug. Die Atomlobby hatte sich ohnehin schon durchgesetzt, das neue Staatsbürgerschaftsrecht ist ein Schatten seines ohnehin nicht allzu beeindruckenden Selbst, und im AA werden bereits Wetten angenommen, ob Außenminister Fischer mit seinem Übertritt zur SPD noch wartet, bis bei der nächsten Wahl mit einer sozial-liberalen Koalition zu rechnen ist.

Mit der neuen Spitze im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), zuständig für die Entwicklungspolitik, verknüpften auch einige von uns vorsichtige Hoffnungen auf Verschiebungen. Doch die Ernüchterung folgt auf dem Fuß. Die mittlerweile von Wieczorek-Zeul und Eid laut und oft genug verkündete Forderung nach »globaler Strukturpolitik« gehörte schon zum Repertoire des alten BMZ – was nicht gerade für sie spricht. Auch die neue Ministerin argumentiert mit Arbeitsplätzen Der als politische Aufwertung des BMZ interpretierte Sitz im Bundessicherheitsrat nützt wenig, wenn man dort sang- und klanglos überstimmt wird, und die angestrebte Erhöhung des BMZ-Haushalts ist marginal – ganz abgesehen von der Frage, wieviel Sinn ein Mehr an Geld überhaupt machen kann (s. dazu S. 6/7 in diesem Heft). So handelt es sich also bestenfalls um Akzentverschiebungen (vgl. S. 8-10).

Wirklich Interessantes zu beobachten gibt es eigentlich nur im Bereich der Zusammenarbeit von BMZ und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGO). War schon die Haltung der NGO-Community zum alten CSU-BMZ nicht unbedingt durch grundlegende Kritik an der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Legitimation geprägt, so beschleunigt sich dieser Trend jetzt noch. NGOs und Ministerium rasen aufeinander zu: Das BMZ winkt mit Finanzmitteln und Kooperationsvereinbarungen, während die NGOs unter der neuen Regierung mehr denn je auf das politisch Machbare schielen und hoffen, selbst etwas im Staate zu bewegen.

Dabei fällt der Großteil einer Kritik, der es um mehr gehen könnte als um ein paar Millionen und ein paar Prozentpunkte, unter den runden Tisch. Allzu oft wird verzichtet auf die Analyse von WTO, IWF, Weltbank oder Strukturanpassungsprogrammen als wesentliche Bestandteile der kapitalistischen Weltordnung und damit als Ursachen von Sozialabbau, Polarisierungen, Umweltzerstörung, Elend und Unterdrückung. Diese herrschaftskritische Analyse muß sicher ebenso »modernisiert« werden, wie es die Institutionen tun, mit denen sie sich auseinandersetzt. Dennoch besteht weiterhin die Notwendigkeit von Interventionen, die grundlegende Fragen nach der Verfassung der Welt(un)ordnung stellen. Stattdessen geht es aber nurmehr um Reform. Und dabei unterscheiden sich die Appelle des Mainstreams der entwicklungspolitischen Community kaum von denen aus dem BMZ: Für »Friedenspolitik« sind sowieso alle, Wieczorek-Zeul will den »Kapitalismus zähmen«, Uschi Eid »soziale Korsettstangen« in die WTO einziehen und die NGOs verlangen nach Sozialklauseln und Tobinsteuer.

Dieser Gleichklang betrifft auch die entwicklungspolitische Berichterstattung – von *FR* und *Taz* bis zu *epd-Entwicklunspolitik* und *E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit)*. War hier früher immer mal wieder Kritisches über das CSU-BMZ zu lesen, fehlt mittlerweile die Distanz zu den Formeln aus dem neuen BMZ. Das ist auch kein Wunder, haben doch in der Vergangenheit vor allem die entwicklungspolitischen NGOs und Fachzeitschriften jenes wohlklingende Vokabular und jene Strategien unter die Leute gebracht, die nun Wieczorek-Zeul und Eid zurücktönen. In einer Art Zirkelschluß wird letzteres jetzt von ersteren begrüßt – man nimmt sich gegenseitig die Worte aus dem Mund.

Aber wo kommen wir denn da hin, wenn Kritik und politische Intervention sich nur noch am Adressaten und am Machbaren orientiert? Wenn das alle machen würden... Dann geht die vielbeschworene Zivilgesellschaft endgültig im Staate auf und betreibt dessen Geschäfte. So scheint die Szene in dem Moment, in dem sie (bescheidene) Erfolge vor Augen hat, ihren Geist aufzugeben.

die redaktion

Onkel Ö. und Vater Staat

von **Jochen Müller**

▶ Man wußte gar nicht, wo man zuerst wegsehen und sich die Ohren zuhalten sollte in den Wochen nach der Entführung von PKK-Boss Öcalan: bei den völkischen Parolen, die von PKK und anderen kurdischen Organisationen ausnahmsweise unisono verbreitet wurden; bei dem Triumphgeheul seitens türkischer Medien und national tümelnder wie taumelnder Politiker; oder bei den hiesigen Staat und Verantwortung Tragenden, die nun wirklich einmal keine Parteien mehr kannten und im Namen des bedrohten Volkes, des deutschen versteht sich, nach »ganzer Härte« und Abschiebung aufgebrachter Kurden riefen.

Mittlerweile sind hierzulande Ruhe und bürokratisch-diplomatische Routine wieder eingekehrt. Was nach dem Rummel bleibt, ist die nachdrückliche Erinnerung an Kontinuität, Virulenz und Idiotie nationaler und völkischer Denkart. Auf diesem Terrain nahmen sie sich nämlich alle nichts: In den Aufrufen kurdischer Organisationen war wieder einmal wenig von sozialen Fragen, dafür aber vom »Führer Öcalan« und vom Kampf und Sieg des einen kurdischen Volkes die Rede. Mit der Beschwörung des Volkes stellen die Wortführer der kurdischen Organsiationen das kongeniale Komplement zum türkischen Nationalismus dar. Beide kommen auch historisch gesehen ohne einander gar nicht mehr aus. Deshalb durfte der triumphierende türkische Staat mit seinen aggressiven und pubertär-machistischen Gesten der Erniedrigung in Form der Präsentation des geknebelten Öcalan vor türkischen Fahnen tatsächlich hoffen, das »kurdische Volk« zu treffen – eben weil auf der anderen Seite mit den gleichen Mitteln (Führerkult, Fahnentreue, Feindbild, Volksgemeinschaft...) hantiert wird, um kollektive Identität und Homogenität zu demonstrieren. Bei dem ganzen Identitätsgehuber und seinen Folgen könnte man beinahe vergessen, daß es in diesem Konflikt Täter und Opfer gibt...

Aber nicht nur die türkischen Einpeitscher und die PKK-Kader betreiben das Geschäft der völkischen Identifizierung, die das Individuum qua Geburt in die Gemeinschaft zwingt und Dissidenten als Nestbeschmutzer verfolgt. Ein paar verletzte Polizisten und ein paar zerbrochene Fensterscheiben reichten aus, und Sabine Christiansen warb mit der Parole » Wie schützen wir uns vor dem Kurdenterror?« für ihre Wochen-Show. Otto Schily, gezeichnet von der CDU-Kampagne gegen das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft, die bei den Hessen auf fruchtbaren Boden fiel, kündigte die Revision desselben und Ausweisungen von Kurden an. Und Kanzler Schröder (»Raus und zwar schnell«) oder CDU-Rüttgers setzten noch eins drauf: Bei Kriminalität und Gewalt kenne er (Rüttgers) keine Nationalitäten, da müsse bestraft werden – gleich ob Deutsche, Kurden oder sonstwer. Nun mochte mancher meinen, Rüttgers wolle einige seiner wegen Korruption oder Trunkenheit am Steuer mit Todesfolge verurteilten Kollegen nicht mehr im Volke haben. Aber weit gefehlt – ausgewiesen werden selbstverständlich »die anderen«: »Unsere Gäste« sind es, die sich benehmen müssen, solange sie ihre Füße unter deutsche Tische stecken. Neben Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldanwärtern (Vorlage zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht) haben eben fremde »Kriminelle« unter den guten Deutschen nichts verloren. So schließen nationale Kollektive ihre Reihen. Selektiert wird dabei nach Reisepaß und Nutzen. (Und nach diesem Kriterium ausgegrenzt wird auch im Innern: Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose unter den Einheimischen werden nicht direkt ausgewiesen, bekommen aber immer mehr zu spüren, wie wenig »wert« sie der Volksgemeinschaft sind.)

PKK und türkischer Staat kommen ohne einander gar nicht mehr aus

Neben der Öcalan-Affaire gab`s in den vergangenen Wochen aber noch einige andere Beispiele zu bestaunen für die Unvernunft des alltäglichen Denkens und Handelns, das nach Nationen unterscheidet: So kann Ex-Diktator Pinochet, nachdem er sich einmal außer Landes begeben hatte, nur wegen Mord und Folter an spanischen Staatsangehörigen und nicht wegen tausendfacher Verbrechen an seinen »Landsleuten« angeklagt werden. Deutsche Behörden intervenierten offiziell gegen die Exekution der Brüder LaGrand in den USA, weil diese Deutsche waren. Offizielle Interventionen gegen die Todesstrafe für US-amerikanische BürgerInnen sind dagegen, selbst wenn sie politisch gewollt wären, nicht möglich. Nur als Angehöriger einer Nation, als Bürger, hat nämlich ein Mensch die Möglichkeit, von »seinem« – aber eben nur von seinem – Staat beschützt zu werden. (Wer also flieht vor seinem Staat, hat andernorts noch längst nicht alle Rechte; s. Öcalan.)

Und schlauer sind eben auch nationale Befreiungsbewegungen nicht, denen man vielleicht einmal mehr zugetraut hatte. Das gilt nicht nur für die PKK: Gerade führen in Äthiopien und Eritrea zwei von ihnen nun als Regierungen armer Staaten einen ganz normalen Krieg, und der ANC, nach dem Ende der politischen Apartheid mit krassen sozialen Widersprüchen konfrontiert, bestellte jüngst in Deutschland drei U-Boote für schlappe 3,5 Mrd. DM – zur Verteidigung der Nation.

Was zum Teufel soll da eigentlich verteidigt werden?

▶ **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Nenn nie Chiquita nur Banane

von **Stephan Günther**

▶ Würden Senegal und Brasilien einen Handelskrieg um Kühlschränke austragen oder drohte zwischen Sri Lanka und Madagaskar ein Streit um Zölle auf Kuckucksuhren – die Meldung würde die bunten Seiten für Kuriositäten in den Tageszeitungen zieren. Wenn jedoch die USA und die Europäische Union monatelang um Zölle und Subventionen für Bananen fighten, dann ist dies wie selbstverständlich Stoff für die Wirtschaftsredaktionen. Dabei wachsen die gelben Staudenfrüchte, um die es hier geht, weder in Nordamerika noch in Europa. Der Bananenstreit, das zeigt sich auf beiden Seiten des Ozeans, ist ein Beispiel für postkoloniale Strukturen in Afrika und Lateinamerika.

Der Bananenstreit zwischen USA und Europa ist so alt wie der koloniale Handel selbst

Die EU gibt vor, die Bananenproduktion der AKP-Staaten schützen zu wollen. Die in dieser Gruppe zusammengeschlossenen Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik genießen als ehemalige Kolonien europäischer Herrscher besondere Privilegien, für die sie ihrerseits allerdings die Märkte für Produkte aus der EU öffnen müssen. Den AKP-Bananen werden in der EU feste Abnahme-Kontingente eingeräumt, die ihnen in der EU Marktvorteile gegenüber den »Dollar-Bananen« bringen. Gegen die so bezeichnete Konkurrenz aus den Intensiv-Plantagen Mittelamerikas hätten die Kleinbauern aus vielen AKP-Staaten sonst keine Chance. Die USA setzen sich ihrerseits so vehement für die Handelsfreiheit mit den Früchten ein, weil US-amerikanische Firmen den Markt kontrollieren. Die Dollarbananen wachsen zudem im sprichwörtlichen »Hinterhof« der Weltmacht, zwischen Guatemala und Kolumbien. Beide Seiten geben dabei vor, im Interesse höherer Ziele zu handeln: Die USA für die Liberalisierung der Märkte, wie sie in den WTO-Verträgen vereinbarten worden sind, die EU für die Entwicklung ihrer Ex-Kolonien.

Daß diese Motive nur vorgeschoben sind, zeigt ein Blick in die Geschichte: Der Bananenstreit zwischen den USA und Europa ist so alt wie der koloniale Handel selbst. Er ist ein Streit um Wirtschaftsinteressen zweier Blöcke und ihrer Klientel. Schon 1910 wird in der deutschen Monatszeitschrift »Tropenpflanzer« erörtert, wie der US-Konkurrenz beizukommen sei. Vorbild für den Ausbau der Bananenpflanzungen in der deutschen Kolonie Kamerun ist dabei der US-Konzern United Fruit Company, der »in vielen Hinsichten nachahmungswert« sei. Die Unterschiede zwischen den früheren Staatskolonien und privatwirtschaftlichen Handelskolonien waren für die solcher Art Kolonisierten kaum spürbar. Ein wesentlicher Aspekt für die arbeitsintensive Bananenkultur waren geringe Löhne, weshalb in Kamerun für die »deutsche« Bananenwirtschaft »meist als Akkordarbeiter gut angelernte Kinder unter Aufsicht eines Erwachsenen« angestellt wurden – für »vier Pfennig am Tag« (Tropenpflanzer). Auch das »Musterunternehmen« United Fruit, unter dem Markennamen Chiquita bekannt und am 30. März 100 Jahre alt geworden, setzte die günstigsten Anbau- und Handelsbedingungen durch. Minor Keith stellte Ende des 19. Jahrhunderts in Costa Rica eine vom Staat nicht mehr finanzierbare Eisenbahnlinie fertig – mit der Option auf alle zukünftigen Gewinne. Entlang der Strecke ließ er Bananen pflanzen, die fortan günstig und schnell in die USA transportiert werden konnten. 1899 fusionierte die private Bananen-Eisenbahngesellschaft mit der Boston Fruit Company zur United Fruit Company. Die Firma kontrollierte bald weite Teile der Wirtschaft, Keith galt als »Kaiser des Karibischen Meeres«, Costa Rica als erste »Bananenrepublik«, dem Inbegriff von Ohnmacht und Abhängigkeit ehemaliger Kolonien. Berüchtigt war und ist das Vorgehen des Chiquita-Konzerns und der nationalen Regierungen gegen Oppositionelle und Gewerkschafter. Bei einem Streik wurden in Kolumbien 1928 Hunderte der bananeros, der Plantagenarbeiter, erschossen. Als United Fruits in Honduras durch eine Agrarreform ein Großteil ihres Bodens verlor, griff die US-Regierung im »Bananenkrieg« 1954 mit Söldnern und Bombern ein. Noch 1990 setzte die honduranische Regierung Militär gegen streikende Bananenarbeiter ein.

Nicht nur in den »Bananenrepubliken« versteht es »Chiquita«, die politischen Rahmenbedingungen zu bestimmen. In den USA gilt der Unternehmenschef Carl Lindner als Pionier des »double giving«: Er verteilt großzügige Parteispenden – 3,2 Millionen Dollar in zehn Jahren – sowohl an Republikaner als auch an Demokraten. Spenden und Lobbyarbeit trugen nicht unwesentlich dazu bei, daß die USA bei der Welthandelsorganisation WTO gegen die Bananenmarkt-Ordnung der EU protestiert und Sanktionen verhängt haben. Dabei ist die Banane »nichts weiter als ein Testfall«, teilten die USA bereits mit. Die WTO-Verträge sehen die weitgehende Liberalisierung der Weltmärkte vor: Einfuhrsteuern und -zölle sollen wegfallen, Importbeschränkungen verboten und andere Handelshemmnisse abgebaut werden. Das Ziel der WTO: ein globaler Markt ohne Hindernisse, eine gigantische Freihandelszone. Auch die EU verfolgt dieses Ziel – solange ihm keine eigenen Wirtschaftsinteressen im Wege stehen.

Soziale und ökologische Aspekte, die die Europäer jetzt vorgeben, haben sie zuvor in ihren Kolonien und nachkolonialen Einflußgebieten in hundert Jahren nicht durchgesetzt. Der Bananenstreit zeigt zwar die unterschiedlichen Interessen von Liberalen und Protektionisten. Vor allem aber zeigt der Zwist auf, daß es keinen »besseren« Kapitalismus zwischen staatlich kontrolliertem und privatem gibt – nur einen erfolgreicheren.

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Neues zur NATO:

▶ »Die Bundesregierung betrachtet das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung. (...) Daß die NATO sich in der Vergangenheit keine Denkverbote auferlegt hat, war ihre Stärke und sollte es bleiben. Deshalb müssen wir offen über alle im Bündnis anstehenden Fragen im bewährten partnerschaftlichen Geist sprechen. (...)

Auf der Basis ihrer Erfolge während der vergangenen 50 Jahre wird die Allianz an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert den Blick in die Zukunft richten. (...) Kooperation, Transparenz und Vertrauen sind die Ecksteine einer zukünftigen gemeinsamen Sicherheitsarchitektur, in der NATO, WEU, EU und OSZE sich gegenseitig ergänzen.«

Aus der Rede Joseph Fischers vor dem NATO-Rat auf Außenministerebene im Dezember ´98.

:ntwicklungshilfe aufstocken?

► Auch mit dem neuen rot-grünen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wird die bundesdeutsche Entwicklungshilfe mit ca. 0,3% des BSP weit unter den seitens NGOs und Südstaaten von den OECD-Ländern geforderten 0,7% bleiben. In diesem Feilschen um Zahlen und Prozente gerät die kritische Auseinandersetzung mit der »Entwicklungshilfe« an sich in Vergessenheit. Dabei nimmt die Abhängigkeit der Länder des Südens durch die Entwicklungshilfe, die aus der sog. Personellen Zusammenarbeit (PZ; Ausbildungsprogramme, Entsendung von Fachkräften), der Technischen Zusammenarbeit (TZ; u.a. Projektfinanzierung) und v.a. der Finanziellen Hilfe (FZ; überwiegend Gewährung günstiger Kredite) besteht, weiter zu. Teile von PZ und TZ sowie der größte Teil der FZ sind an die Be- bzw. Rückzahlung der Leistungen durch die Länder des Südens geknüpft. Zudem hat die Entwicklungshilfe wegen ihrer Orientierung an deutscher Wirtschaftsförderung und Arbeitsplätzen schon seit den 70er Jahren den Ruf, lediglich ein Instrument neokolonialer Ausbeutung zu sein. 1998 flossen von den ca. 8 Mrd. DM deutscher Entwicklungshilfe gerade mal 1,6 Mrd. in die Armutsbekämpfung (siehe iz3w 227, 232). Trotz dieser von Kritikern formulierten grundlegenden Infragestellung halten NGOs mit der 0,7%-Formel die Forderung nach Aufstockung der Entwicklungshilfe aufrecht. In unserer Kontroverse stellen wir insbesondere die finanzielle Entwicklungshilfe neu zur Debatte.

Why not? von **Rainer Falk**

► »Soll man/frau für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe eintreten?« Diese alt-neue Frage wirft die *iz3w* in ihrem neuesten Versuch auf, die Kontroverse in der Dritte-Welt-Szene zu beleben. Meine Antwort: Why not? Schon vor 15 Jahren schrieb ich in der Debatte um das Entwicklungshilfe-Buch von Brigitte Erler (»Tödliche Hilfe«): »Nimmt man die realen Proportionen, um die es geht, so wird deutlich: Nicht eine Einstellung der Entwicklungshilfe, sondern ihre kräftige Ausweitung ist politisch ebenso geboten wie ihre Befreiung aus dem Geflecht neokolonialer Einflußnahme!«

Schon damals war die neokoloniale Struktur der Nord-Süd-Beziehungen nur zum (geringeren) Teil an der »Entwicklungshilfe« festzumachen. Seither ist die quantitative Verkümmerung der Hilfe zu einer Marginalie der real-existierenden Nord-Süd-Verhältnisse weitergegangen. Nach den neuesten Zahlen ist der Anteil der entwicklungspolitischen Transferleistungen der OECD-Länder am Bruttosozialprodukt auf den historischen Tiefststand von 0,22% (1997) gefallen.

Sicherlich: Die öffentliche Hilfe spielt heute wie von Anfang an eine Rolle für den Transport des westlichen Modells in die sog. Dritte Welt. Sie fungiert (mit oder ohne Lieferbindung) als Instrument der Exportförderung (bei der Finanziellen Zusammenarbeit) und der Arbeitsplatzbeschaffung (bei der Technischen Zusammenarbeit) für nördliche »Experten«. Die Rahmenbedingungen in den Zielländern werden inzwischen fast überall durch die neoliberale Strukturanpassungspolitik bestimmt, deren Ziele von der Entwicklungspolitik mitgetragen werden. Zugleich soll diese heute allerlei andere edle Ziele erreichen helfen: die Menschenrechte fördern, die Armut bekämpfen, zum Umweltschutz beitragen, Konflikt- und Migrationsursachen bekämpfen und nicht zuletzt den Einheimischen good governance, das »anständige Regieren«, beibringen. Wie immer man dies im einzelnen bewerten mag – die Nord-Süd-Beziehungen, auch in der Entwicklungshilfe, bestimmt der Westen in der Pose des überlegenen Predigers.

Und dennoch wird im Süden kaum einer auf die Idee kommen, eine Kürzung finanzieller Transferleistungen aus dem Norden zu fordern. Dies hat damit zu tun, daß es aus südlicher Sicht einen völkergewohnheitsrechtlichen Anspruch auf diese Leistungen gibt. Einen Anspruch, der im Kampf um die Entkolonialisierung erworben wurde und der sich nicht zuletzt in dem bekannten 0,7-%-Ziel niedergeschlagen hat. Auch ist zur Kenntnis zu nehmen, daß es in den meisten Ländern des Südens auf lange Zeit hinaus noch einen objektiven Bedarf an äußeren Hilfsquellen geben wird, auch wenn der Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen sinnvollerweise auf die Stärkung der Binnenökonomie gelegt werden sollte.

In den meisten Ländern des Südens besteht weiter Bedarf an Hilfsleistungen

Vor diesem Hintergrund ergeben sich bestimmte Bedingungen, die an Transferzahlungen aus dem Norden gestellt werden sollten. (Wohlgemerkt: Bedingungen an die Hilfe, nicht Bedingungen der Geber für die Hilfe!) Transferleistungen sollten so wenig verschuldungsintensiv wie möglich, so konditionslos wie möglich, so kalkulierbar wie möglich und so großzügig wie möglich gewährt werden.

So gesehen ist die jüngste Etatsteigerung des BMZ nur ein erster bescheidener Schritt. Die eigentliche Kärrnerarbeit muß noch folgen: Um eine wirkliche Umkehr des Abwärtstrends bei der Entwicklungshilfe herbeizuführen, wird es mehrere Jahre nacheinander entsprechende Aufstockungen geben müssen. Das weitaus wichtigere Problem jedoch bleibt die Überwindung der ungleichen und ausbeuterischen Strukturen des Weltmarkts. Ob die Entwicklungspolitik hierzu wirklich einen Beitrag leisten kann, muß erst noch bewiesen werden. Sicher ist nur eins: Eine bloße Umbenennung der Aufgabenstellung nach dem Motto »Entwicklungspolitik ist heute vor allem internationale Strukturpolitik« bringt gar nichts.

► **Rainer Falk** ist Mitarbeiter bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung.







Just leave it! von **Martina Metzger**

▸ »How do you get more bang for the buck? Ask the World Bank.« So der Titel von ganzseitigen Anzeigen der Weltbank, mit denen diese die US-Öffentlichkeit darüber informiert, wie profitabel doch Investitionen der Weltbank und ihrer Tochter IDA ´International Development Association´ (vergibt Kredite zu günstigen Zinssätzen) in Entwicklungsländern sind – für die USA versteht sich. Doch Entwicklungshilfe zahlt sich nicht nur für amerikanische Firmen aus. Aufträge im Wert von mehr als dem 21fachen im Vergleich zu den Einzahlungen erhielt die Bundesrepublik von bzw. über die Weltbank seit ihrer Gründung. Ebenso ist die deutsche bilaterale Entwicklungshilfe durch steigende Rückflüsse insbesondere an ostdeutsche Unternehmen gekennzeichnet, die damit ihre wachsende Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis stellten, wie 1996 der damalige Parlamentarische Staatssekretär im BMZ Klaus-Jürgen Hedrich schwärmte. Aber nicht nur Aufbauhilfe Ost können Entwicklungsländer leisten, nein, sie sind auch Endstation für unerwünschte 'Restprodukte' wie BSE-verseuchtes Rindfleisch oder ähnliches. Nach knapp 40 Jahren internationaler Entwicklungshilfe, neudeutsch Entwicklungszusammenarbeit, kommt man nicht umhin, zu konstatieren, daß die Hilfe wohl nicht recht gefruchtet hat. Immer noch konzentrieren sich 80% des Welteinkommens auf 20% der Weltbevölkerung, vorwiegend in den Industrieländern, während 80% der Weltbevölkerung von 20% des Welteinkommens leben und sterben.

Entwicklungshilfeleistungen können grundsätzlich entweder die Form einer Schenkung oder die eines vergünstigten Kredites annehmen. Schenkungen als Teil der Transferbilanz senken bei Exportüberschußländern (wie Deutschland) die Leistungsbilanz und sind so in der Lage, den Aufwertungsdruck zu verringern: Ein Exportüberschuß stellt sich auf dem Devisenmarkt als Überschußnachfrage nach heimischer Währung dar und führt bei einem Regime flexibler Wechselkurse direkt zur Aufwertung und damit zur Verteuerung der heimischen Produkte auf dem Weltmarkt. Somit stabilisieren Schenkungen (an ein Entwicklungsland oder an die EU) anhaltende Exportüberschüsse des Geberlandes (siehe dazu auch: Das Geld der Gelder, S. 14ff in dieser Ausgabe).

Ebenso wie Schenkungen können ausgezahlte Kredite den Aufwertungsdruck erheblich reduzieren bzw. Aufwertungen verzögern. Der Überschußnachfrage nach heimischer Währung aufgrund der positiven Leistungsbilanz wird ein entsprechend hohes Angebot an heimischer Währung gegenübergestellt. Die Kreditvergabe wirkt sich somit ebenfalls stabilisierend auf den Wechselkurs sowie den Exportüberschuß des Geberlandes aus und wird als strategischer Kapitalexport bezeichnet. Daß dieses Argument nicht auf eine Art Verschwörungstheorie zurückgeht, zeigt die Geburtsstunde der deutschen Entwicklungshilfe: »Im August 1960 begannen auf Anregung von Hugo Rupf, dem damaligen Präsidenten des Maschinenbauverbandes, Diskussionen unter führenden Kreisen der deutschen Industrie, durch Übernahmen von längerfristigen Anleihetiteln erhebliche Mittel für die Finanzierung von Entwicklungshilfe aufzubringen. Im November 1960 wurde vereinbart, ein Ziel von 1,5 Mrd. DM derartiger Entwicklungshilfe-Anleihen anzustreben. Viele sahen in der Entwicklungshilfe-Anleihe eine Art Lösegeld, das die Wirtschaft dafür bezahlen wollte, daß sie von einer Aufwertung verschont blieb« (Emminger, O., D-Mark, Dollar, Währungskrisen: Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten, Stuttgart, 1986).

Funktion von Entwicklungshilfe ist und bleibt die Hilfe für den Geber

Ein weiterer nicht unangenehmer Nebeneffekt aus Sicht des Geberlandes besteht darin, daß mit der Kreditvergabe eine internationale Nettogläubigerposition aufgebaut wird, die eine permanente Nachfrage nach der eigenen Währung generiert und dem Gläubigerland erhöhten wirtschaftlichen Gestaltungsspielraum verschafft. Spiegelbildliches gilt für den Kreditnehmer, der eine Nettoschuldnerposition aufbaut, die ihn dann in Zukunft zwingt, unter allen Umständen, einschließlich der Forcierung des Exportes von Rohstoffen, ausreichend Devisen zu erwirtschaften, um seine Verbindlichkeiten bedienen zu können und ihn darüber hinaus auf Gedeih und Verderb den Zinssatzentscheidungen in den Metropolen ausliefert, auf die er nicht den geringsten Einfluß hat.

Wie man/frau es auch dreht und wendet: Makroökonomische Funktion von Entwicklungshilfe ist und bleibt zuallererst eine Hilfe für den Geber, von all den anderen Problemen wie Lieferbindungen, Festlegung der Vergabekonditionen, Selektion der Empfänger, Nutzen/Schaden der durchgeführten Projekte ganz zu schweigen. Es soll hier nicht bestritten werden, daß individuelle SpenderInnen von Motiven geleitet sein können, die tatsächlich auf eine Reduzierung von Armut und Überwindung von Unterentwicklung ausgerichtet sind. Dann jedoch dürfte bei den entwicklungspolitischen NGOs nicht die 0,7%-Forderung, die vor allem auf eine erhöhte Kreditgewährung hinausliefe, im Vordergrund stehen, sondern es sollte sich ein breiter Konsens über einige *Mindeststandards* ergeben, für die das BMZ sich einsetzen sollte:

Zu diesen Mindeststandards zählte die bedingungslose Streichung bilateraler Schulden sowie die Forderung an das BMZ, Druck auf die restlichen Mitglieder des Pariser Clubs auszuüben, ihre Auslandsforderungen gegenüber Entwicklungs- und Transformationsländern ebenfalls zu streichen. Außerdem sollten – wenn überhaupt noch Transfers geleistet werden – diese als 100% Schenkungen ohne jegliche Auflagen erfolgen (Als kleiner Nebeneffekt erspart ein solches Vorgehen später die Mühe, einen Schuldenstreichungsmodus finden zu müssen!) Es müßte auf jegliche 'Selbstbeschränkungsabkommen' mit Entwicklungsländern verzichtet und bestehende Verträge annulliert werden. Ebenso zu verzichten wäre auf die Subventionierung von Produkten, mit denen Entwicklungsländer in Konkurrenz zu Industrieländern stehen. Davon wären insbesondere die Landwirtschaft, der Kohlebergbau, die Textil- und Stahlindustrie betroffen. Schließlich zählte zu den Mindeststandards die Forderung nach einseitigem Abbau von tarifären, aber vor allem nicht-tarifären Handelshemmnissen gegenüber Entwicklungsländern.

Sollte es aber bei der aus Sicht der Bundesrepublik doch harmlosen Forderung nach mehr BMZ-Geldern bleiben, werden wir sicherlich bald Anzeigen in der FAZ finden, die da lauten: »Hey, and how do you get more bang for the euro? Just ask European NGOs – from the World Bank with love!«

▸ **Martina Metzger** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte der FU-Berlin und WEED-Mitglied.


Foto: S. Mofokeng/EMW-Archiv

Neue Töne aus dem BMZ?

»Welt und Weltbank haben sich verändert«

Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, über Entwicklungs-, Struktur- und Handelspolitik

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ist seit der rot-grünen Regierungsübernahme das einzige Ressort, das von zwei Frauen geleitet wird. Heidemarie Wieczorek-Zeul gilt innerhalb der SPD und mehr noch innerhalb der Regierung als Linke, Uschi Eid als basisorientiert mit praktischer Erfahrung in der Entwicklungspolitik. Zwar blieb das BMZ als eines der wenigen Ministerien skandalverschont, doch dies spricht nicht nur für die interne Harmonie, sondern auch dafür, daß es wenig wahrgenommen wird und kaum Bedeutung hat. Wir wollten von Uschi Eid wissen, woran das liegt, was sich hinter der vielbeschworenen »globalen Strukturpolitik« verbirgt und wie die Grünen sich in ihrer neuen Rolle gegenüber multilateralen Organisationen wie IWF, Weltbank oder WTO zu verhalten gedenken.

▸ **iz3w:** *Ziel von Entwicklungspolitik ist – vereinfacht gesagt – die Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit. Was bislang fehlt, ist eine Ursachenforschung, die ein systematisches Verfolgen dieser Ziele ermöglicht. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Gründe für weltweite Armut, Ungleichheit und deren Aufrechterhaltung?*

▸ **Uschi Eid:** Grundsätzlich möchte ich sagen, daß in den letzten Jahren viel über die Ursachen der Armut geforscht worden ist. Wir sollten jetzt den Blick nach vorn richten und schauen, wie man Armut bekämpfen kann. Wir sollten auch davon wegkommen, immer nur externe Ursachen zu sehen. Wir haben in den letzten Jahren auch erkannt, daß vor allem verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik, also interne Ursachen, für Armut verantwortlich sind. In Kongo hat die Kleptokratie Mobutos verhindert, daß der Reichtum dieses Landes auch den Menschen zugutekommt. In Angola wird der ganze Reichtum – Erdöl und Diamanten – genutzt, um Krieg zu führen. Wir dürfen die nationalen Eliten nicht aus der Verantwortung entlassen, indem wir nur auf die externen Ursachen schauen. Es ist allerdings unumstritten, daß es diese auch gibt.

Welche sind das?

▸ Die gefallenen terms of trade zum Beispiel. Die meisten Länder des Südens haben interne Probleme, weil sie abhängig sind von ihren Exporten und die Rohstoffpreise gefallen sind. Dazu kommt die Schuldenkrise. Es ist notwendig, die Entschuldung voranzutreiben und eine neue Kreditvergabekultur zu entwicklen. Eine zentrale Frage ist: Wie schuldenfähig ist ein Land überhaupt? Ein weiterer Aspekt ist der unfaire Welthandel.

Wir werden uns z.B. im Kontext der WTO für Verbesserungen einsetzen.

Ein zentraler Begriff dabei ist die »globale Strukturpolitik«. Was verbirgt sich dahinter?

► Die Bearbeitung der globalen Problemlagen – Menschenrechtsverletzungen, Zerstörung der natürlichen Ressourcen, mangelnde Ernährungssicherung, soziale und politische Krisen, um nur einige zu nennen – muß viel stärker als bisher in das Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit rücken. Globale Strukturpolitik steht für ein ganzes Bündel von Maßnahmen. So muß in den kommenden WTO-Verhandlungen auf die Vereinbarung verbindlicher ökologischer und sozialer Standards im Welthandel hingearbeitet werden. Ein anderes Beispiel ist die Stärkung von regionalen Konfliktvermittlungsinstanzen, um Krisen und bewaffnete Konflikte präventiv verhindern und eindämmen zu können. Oder die Schaffung einer internationalen, verbindlich einklagbaren Rechtsordnung. Die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ist ein ermutigendes Zeichen in diese Richtung. Plastisch ausgedrückt: Internationale Strukturpolitik verfolgt das Ziel, in einer Welt wirtschaftlicher Globalisierung und Deregulierung ökologische, soziale und menschenrechtliche »Korsettstangen« einzuziehen.

»Wenn die deutsche Wirtschaft exportieren will, finde ich das in Ordnung«

Mit welchen Mitteln will das BMZ diese »globale Strukturpolitik« konkret umsetzen?

► Ich möchte drei Handlungsfelder unterscheiden: Länderstrategien und -programme, Mitgestaltung globaler Rahmenbedingungen und Förderung von Bewußtseins- und Verhaltensänderung hier bei uns. Im ersten Bereich kommt es darauf an, eine engere Verzahnung unserer Programme mit denen der multilateralen Institutionen, insbesondere der Weltbank, zu erreichen und darauf hinzuwirken, Länderstrategien und Strukturanpassungsprogramme sozial und ökologisch verträglicher zu machen. Bei der Mitgestaltung globaler Rahmenbedingungen sind Maßnahmen in den Bereichen internationale Schuldenstrategie, Rüstungsexporte und Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung vorgesehen oder bereits in Angriff genommen. Schließlich muß globale Strukturpolitik auch unsere eigenen Strukturen, Verhaltensmuster und Denkweisen einbeziehen. Durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erhoffe ich mir auch eine stärkere Legitimation für Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit, die ja bekanntermaßen sehr zurückgegangen ist. Grundsätzlicher betrachtet, geht es aber vor allem darum, daß Entwicklungspolitik nach meinem Verständnis auch Innenpolitik ist, denn die Weichen für eine globale nachhaltige Entwicklung werden hier bei uns in den Industriestaaten gestellt.

Die Gesellschaften in den Ländern des Südens haben bislang recht wenig Möglichkeiten, an der Gestaltung »globaler Strukturpolitik« mitzuwirken, obwohl sie davon wesentlich betroffen sind. Wie wollen Sie das ändern?

► Eine Grundmaxime meines politischen Handelns war und ist es, nicht über, sondern mit den Menschen in den Ländern des Südens zu sprechen. Wir müssen Abschied von der Vorstellung nehmen, eine soziale und ökologische Entwicklung von »außen« induzieren zu können. Es kommt statt dessen auf zwei Dinge an: Erstens die inneren Reformkräfte, die es in allen Gesellschaften des Südens gibt, zu stärken und zu unterstützen und zweitens auf allen Ebenen der Zusammenarbeit eine tatsächliche Partizipation der Menschen unserer Partnerländer sicherzustellen. Das reicht von der Weiterentwicklung von Länderstrategien bis zur Stärkung der Verhandlungsmacht des Südens in multilateralen Institutionen.

Sollen die Gremien dazu neu besetzt werden? Was bedeutet diese Stärkung der Verhandlungsmacht?

► Wir stellen uns momentan die Frage, welche entwicklungspolitischen Forderungen wir beispielsweise an die WTO haben. Die WTO ist nicht transparent genug, die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer in der WTO ist strukturell sehr schwach. Wir können innerhalb der technischen Zusammenarbeit die Macht der Entwicklungsländer stärken, denn diesen fehlt das Know-how, um zum Beispiel vor den Schlichtungsausschuß zu treten. Sie können ihre Interessen dort überhaupt nicht wahrnehmen. Sie sind auch personell völlig unterrepräsentiert, oft mit nur einem Botschafter. Wenn dann in einer Woche 40 Sitzungen stattfinden zu ganz unterschiedlichen Themen, dann sind viele Länder dort nicht vertreten. Das sind ganz praktische strukturelle Nachteile, die es zu verbessern gilt.

Die eine Seite ist es, den Süden zu stärken. So wurde Brasilien die Auflage gemacht, einen Exportüberschuß zu erwirtschaften und weniger zu importieren. Das ginge dann aber zu Lasten der Export-Staaten, wie z.B. Deutschland. Die Handelsbilanzen müßten sich verschieben. Werden Sie sich also für ein Nullwachstum oder ein bewußtes Handelsbilanzdefizit Deutschlands einsetzen, auch um den Zielsetzungen von Rio näherzukommen?

► Auf Druck der Entwicklungsländer wurde ihnen in Rio das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung eingeräumt. Der Norden wollte mehr über ökologische Fragen diskutieren. Das wurde als Neokolonialismus unter einem Öko-Label verstanden. Umwelt und Entwicklung werden nicht mehr so sehr als Widersprüche empfunden. Die Diskussion hat sich weiterentwickelt: Auch in der hiesigen Umweltbewegung wird das Thema Nullwachstum relativiert.

Wenn aber Deutschland weiterhin als Exporteur auf den Markt tritt, müssen zwangsläufig andere Länder importieren. Das geht also zu Lasten der Exportwirtschaft des Südens. In diesem Punkt gibt es unterschiedliche Zielsetzungen zwischen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

► Wenn die deutsche Wirtschaft exportieren will, finde ich das in Ordnung. Die größten Abnehmerländer deutscher Produkte liegen ohnehin in Europa. Die Frage nach der Kohärenz stellt sich dennoch. Entwicklungspolitik kann kein Instrument der Exportförderung sein. Mit der Verbundfinanzierung können wir allerdings dafür sorgen, daß Umwelttechnologie in den Süden transferiert wird, denn viele Länder haben weder Filteranlagen für total veraltete Kohlekraftwerke noch Technologie für erneuerbare Energien. Das halte ich für dringend notwendig, denn vor allem die Schwellenländer haben ein exponentielles Wachstum an Kohlendioxid-Emissionen. Das entläßt die Industriestaaten natürlich nicht aus der Verantwortung, zunächst bei sich selbst die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen.

Diese Hilfe zielt auf eine »nachhaltige Entwicklung«. In vielen Ländern des Südens gibt es Kritik an der Ideologie des »developmentalism«, also an der Vorstellung, die Gesellschaften dort gemäß den westlichen Zielvorstellungen »entwickeln« zu wollen. Die vermehrte Verwendung des Adjektivs »nachhaltig« ändert daran wenig, denn auch dieses Konzept ist in westlichen Gesellschaften zur Modernisierung kapitalistischer Produktions-

weise entstanden. Wie stehen Sie zu dieser Kritik am Entwicklungsbegriff?

▶ Die wertneutralste Bedeutung wäre wohl, Entwicklung mit Veränderung gleichzusetzen. Entwicklung im Hinblick auf die Länder des Südens und Ostens ist für mich nicht am Wachstumsmodell der Industriestaaten orientiert. Entwicklung ist dann gegeben, wenn sich die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben in einem Land von »innen« heraus verbessern. Die so definierte Entwicklung führt zu Freiheit von Hunger und Armut, aber auch zu politischer Freiheit und zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Nicht ganz nachvollziehen kann ich die Kritik am Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, mit der produktives Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit verfolgt werden. Ich habe keine Probleme, mich mit dieser Definition zu identifizieren, zumal sie auch für die Industrieländer gilt und auf die Notwendigkeit von Reformen und Strukturanpassungen bei uns hinweist. In dieser Form ist der Entwicklungsbegriff auch nicht reduziert auf die Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise.

Bislang aber hat »Entwicklung« vor allem der weltweiten Durchsetzung westlich-kapitalistischer Normen gedient...

▶ Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks haben sich westlich kapitalistische Normen in der Tat weltweit hegemonial durchgesetzt. Auch wenn man diesen Normen kritisch gegenübersteht – was ich tue – ist nicht zu übersehen, daß das kapitalistische Wachstums- und Wohlstandsmodell erstrebenswertes Leitbild für viele, wenn nicht die große Mehrheit, der Menschen im Süden ist. Ich verstehe es als meine Aufgabe, demgegenüber andere Leitbilder und Zielvorstellungen, wie die Universalität der Menschenrechte, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung, zu propagieren und in praktisches politisches Handeln umzusetzen.

Die »nachholende Entwicklung« hat viele Länder in die Schuldenfalle geführt. Das BMZ hat anläßlich der Kölner Gipfel eine Schuldeninitiative gestartet, konkret ist von 1,5 Milliarden Mark Erlaß für die ärmsten Länder die Rede. Sind diese Schulden – beispielsweise die der vom Hurrikan betroffenen Länder Mittelamerikas – von den Banken nicht längst abgeschrieben, weil diese Länder ohnehin zahlungsunfähig sind, und ist die Entschuldungsinitiative damit lediglich eine PR-Aktion?

▶ Man sollte anerkennen, daß in dieser Frage ein grundsätzlicher Politikwechsel stattgefunden hat. Die alte Regierung hat sich vehement gegen jeden Schuldenerlaß gesträubt. Wir beteiligen uns jetzt an multilateralen Entschuldungsinitiativen. Bislang hat die Bundesrepublik sich geweigert, sich am Weltbank-Treuhandfonds zu beteiligen. Wir haben jetzt 50 Millionen Mark dafür bewilligt.

Sie fordern Treuhandfonds der Weltbank, eine bessere Verzahnung mit der Weltbank und die Umgestaltung der WTO: Gerade diese Organisationen repräsentieren aber doch die bestehende Weltordnung und setzen neoliberale Wirtschaftsmodelle weltweit um – so auch die Analyse der Grünen während des IWF/Weltbank-Kongresses in Berlin 1988. Bedeutet eine verstärkte Zusammenarbeit mit diesen Institutionen eine Abkehr von diesen Positionen?

▶ Die Welt hat sich in den letzten zehn Jahren verändert, auch die Institutionen. Wir dürfen unseren eigenen Erfolg nicht kleinreden. In den letzten zwanzig Jahren gab es von Nichtregierungsorganisationen, aber auch von den Grünen so viel Kritik an und Druck auf die Weltbank, daß sich auch diese Institution bewegt hat. Ich war letzten Monat beispielsweise in Südafrika und Lesotho und habe den Katse-Staudamm besichtigt. Bei diesem Projekt wurde die Weltbank von den Anteilseignern damit beauftragt darauf zu achten, daß soziale und ökologische Aktionsprogramme durchgeführt werden. Das war anfangs bei diesem Joint-venture zwischen Lesotho und Südafrika gar nicht vorgesehen. Insofern sind da schon Bewegungen in Gang, auch die Weltbank konnte sich dem öffentlichen Druck nicht entziehen.

Die Rolle von IWF und Weltbank ist aber doch nach wie vor, Strukturanpassungsprogramme zu verordnen. Auch eine ökologische und soziale Gestaltung nimmt ihnen nicht ihre neoliberale Ausrichtung. Stehen diese Programme nicht für eine Bevormundung des Südens durch den Norden – ein Verhältnis, das Sie aufzuheben trachten?

▶ Das ist völlig richtig, andererseits sind wir inzwischen bei der dritten Generation von Strukturanpassungsprogrammen angelangt. Die erste Generation hat nur makroökonomische Daten zugrundegelegt, die zweite hat als Beiwerk soziale Abfederungsprogramme beigefügt. Nach massivem Druck diverser Organisationen gibt es jetzt eine dritte Generation der Strukturanpassung, bei denen man darauf achtet, wohin die Gelder fließen und ob eine Regierung auch entwicklungsorientiert ist. Natürlich ist das Ist nicht mit dem Soll identisch. Aber selbst in der Strukturanpassungsfrage hat sich die Weltbank bewegt. Wir setzen uns allerdings für eine weitere Reform der Strukturanpassungsmaßnahmen ein – mit ökologischen und sozialen Gesichtspunkten.

Die Stärkung der Rolle des Südens einerseits und auf der anderen Seite Strukturanpassungsprogramme. Damit wird – so eine häufige Kritik – gerade die Souveränität dieser Länder beschnitten, wie z. B. durch Auflagen für Kredite. Widersprechen sich diese Ansätze?

▶ Wir müssen schauen, daß die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung stimmen. Immerhin gehen wir ja auch mit Steuergeldern um. Da müssen wir natürlich darauf achten, daß diese Gelder produktiv zur Wohlfahrtssteigerung der Ärmsten eingesetzt werden. Wenn solche internen Politiken nicht entwicklungsfördernd sind, dann kann man das wohl tolerieren, aber dann kann man auch sagen: Wir ziehen uns jetzt zurück. Ich bin dagegen, Entwicklungszusammenarbeit mit einem Land zu pflegen, wo die Rahmenbedingungen hinten und vorne nicht stimmen, wo es Korruption gibt und hohe Rüstungsausgaben, wo die Institutionen nicht funktionieren, wo es keine Steuergesetzgebung gibt, durch die die Reichen in die Pflicht genommen werden.

Südafrika ist so ein Land mit wieder steigenden Rüstungsausgaben. Auch mit der rotgrünen Regierung wird es Rüstungsexporte dorthin geben. Anläßlich der bevorstehenden U-Boot-Exporte nach Südafrika gab es Differenzen im Bundes-Sicherheitsrat, in dem das BMZ neuerdings vertreten und offenbar gleich bei der ersten Entscheidung überstimmt worden ist. Was heißt das für die Rolle des BMZ in diesem Gremium?

▶ Wir sind im Sicherheitsrat nur ein Ressort unter vielen. Aber es ist gut, daß die anderen Ministerien endlich dazu gezwungen werden, sich entwicklungspolitische Argumente auch in diesem Gremium anzuhören und nicht alles unter wirtschaftspolitischen Aspekten zu entscheiden. Außerdem ist die Mitgliedschaft des BMZ im Bundessicherheitsrat auch ein Signal dafür, daß der Sicherheitsbegriff heute weiter gefaßt werden muß als nur militärisch. Ich finde es gut, daß das BMZ vertreten ist, auch wenn es bedauerlich ist, wenn wir mit nur einer Stimme untergehen.

Ein eher pädagogischer Anspruch also, den Sie im Sicherheitsrat vertreten. Verlaufen diese Konfliktlinien in der Entwicklungspolitik eher zwischen den Ressorts der Bundesregierung oder zwischen »roter« und »grüner« Programmatik?

▶ Was die Programmatik betrifft, so kann ich bei der Entwicklungspolitik keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen entdecken. Der Süd-Nord-Teil der Koalitionsvereinbarung bietet eine sehr gute Grundlage, um in den kommenden Jahren eine grundlegendere Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit voranzutreiben.

Das Interview führten Christian Stock und Stephan Günther.



Savimbi's best friends

Der Diamantenhandel finanziert den neu entbrannten Bürgerkrieg in Angola

von **Georg Lutz**

Mit der Unterzeichnung des Protokolls von Lusaka hatte 1994 die Friedensmission der UNO in Angola begonnen. Wie in einigen zentralamerikanischen Ländern, in denen zu Zeiten des Kalten Krieges jahrzehntelang Bürgerkriege geführt wurden, sollten nun auch in Angola die Guerilla in die Gesellschaft integriert und die Militärapparate abgebaut werden. Trotz massiven internationalen Einsatzes ist dies nicht gelungen und der Krieg jetzt neu entflammt.

► Seit dem Jahreswechsel 1998/99 ist Angola in die Schlagzeilen der Tagespresse zurückgekehrt: Es herrscht wieder Krieg. Nachdem Ende vergangenen Jahres zwei UNO-Maschinen abgeschossen worden waren, konstatierte Generalsekretär Kofi Annan in einem Bericht Mitte Januar den »Zusammenbruch des Friedensprozesses in Angola« und damit das Scheitern verschiedenster UNO-Missionen der letzten Jahre. Bis Ende März werden jetzt – bis auf wenige Beobachter – die letzten Blauhelmsoldaten und das zivile Personal abgezogen sein.

Das Gleichgewicht des Friedens seit Mitte der neunziger Jahre – im Nachhinein muß man wohl eher von einer Gefechtspause sprechen – stand von jeher auf tönernen Füßen. Schnell wurde deutlich, daß die Unita-Guerilla an den Sammelstellen nur veraltete Waffen abgab und in erster Linie zwangsrekrutierte Kindersoldaten demobilisierte. Sie nutzte die Jahre seit 1994, um ihre Kerntruppen zu reorganisieren und das Waffenarsenal zu modernisieren. Der 'Warlord' Savimbi, unumschränkter Herrscher der Unita, kam nie bis nach Luanda, konnte aber immer einige Kerngebiete im zentralen Hochland unter seiner Kontrolle halten (*s. iz3w Nr. 214*).

Aber auch die angolanische MPLA-Regierung sah 1997 nach dem Sturz des Diktators Mobutu im damaligen Zaire wieder die Chance einer militärischen Lösung. Schon der Vormarsch von Kabilas Truppen auf Kinshasa war von Angola logistisch unterstützt worden – liefen doch bis dahin die zentralen Nachschublinien der Unita über Zaire. Diese versuchte auch bis zum letzten Augenblick das marode Regime von Mobutu zu halten. Als dies nicht gelang, trafen sich ehemalige Mobutu-Offiziere und die Unita schon im Dezember 1997 auf der Unita-Basis Andulu mit dem Ziel, Kabila zu stürzen. Zu ihnen stießen wenig später die von Kabila abgefallenen Banyamulenge und andere Gruppen aus dem Osten der nunmehrigen Demokratischen Republik Kongo. Diese in sich völlig widersprüchliche Koalition eroberte mit tatkräftiger Unterstützung aus Uganda und Ruanda innerhalb weniger Monate nicht nur Teile des östlichen Kongos, sondern auch des kongolesisch-angolanischen Grenzgebietes an der Atlantikküste. Damit war die angolanische Enklave Cabinda, in der die Hauptterdölfördergebiete Angolas liegen, bedroht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß der angolanische Präsident Dos Santos die Hilferufe Kabilas aufgriff und seit Mitte August 1998 angolanische Streitkräfte die Rebellen angriffen und schließlich vertrieben.

Damit war aus Sicht der MPLA die Unita nachhaltig geschwächt. Drei weitere Punkte sprachen für die Möglichkeit, jetzt zu einer schnellen militärischen Lösung im eigenen Land zu kommen. Erstens wollte die Konfe-

renz der Staaten des südlichen Afrika (SADC) mit der Unita nichts mehr zu tun haben. Savimbi wurde im Oktober 1998 explizit als Verbrecher eingestuft. Zweitens gründeten Dissidenten der Unita im September 1998 die »Unita-Renovada« und lieferten der Regierung damit ein weiteres Argument für ihre Propaganda gegen Savimbis Organisation. Und drittens wollte man das Problem Unita loswerden, um die ökonomische Situation zu verbessern.

Krieg der Warlords um Ressourcen

► Schon immer war für die Regierung die Ölförderung, in erster Linie an der Küste und heute auch off-shore auf Plattformen, die zentrale Einnahmequelle. Über 80 Prozent der staatlichen Einnahmen beruhen auf der Förderung von Rohöl bzw. auf Ölprodukten. In den letzten Jahren sank allerdings der Rohölpreis beträchtlich. Die Märkte geben nur noch knapp 10 US-Dollar pro Barrel her. Das angolanische Budget rechnete für 1998 noch mit einem Preis von 18 Dollar. Die Verluste konnten auch durch neu erschlossene Förderquellen nicht kompensiert werden. Vor diesem Hintergrund erschien der Regierung die Eroberung der Diamantenminen in den von der Unita kontrollierten Regionen als der Königsweg, um der insgesamt desolaten ökonomischen Situation zu entkommen.

Anfang Dezember 1998 bombardierte die angolanische Luftwaffe zentrale Stützpunkte der Unita wie Bailundo, Mungo und Andulo. Der anschließende militärische Vormarsch stockte allerdings. Stattdessen konnte die Unita ihre Positionen festigen und ausbauen. Fast wie zu Beginn der 90er Jahre sind im zentralen Hochland Städte wie Kuito in Regierungshand, die Umgebung wird aber von den Rebellen kontrolliert. Die Frage nach dem Grund der unerwarteten Stärke der Unita liegt auf der Hand.

Neben der Ölgewinnung ist die Diamantenförderung das Filetstück der angolanischen Ökonomie. Während das Öl für die Regierung fließt, stellen Diamanten für die Unita die Haupteinnahmequelle dar. In ihrem Herrschaftsbereich, wo ökonomische Prozesse zum Teil über schlichte Tauschgeschäfte abgewickelt werden, ist das Diamantengeschäft der ökonomische Dreh- und Angelpunkt zum Weltmarkt. Und das läuft blendend. Die Unita kontrolliert ungefähr 70 Prozent der Diamantenproduktion Angolas. Seit 1992 sollen 3,7 Milliarden US-Dollar durch Diamantenverkauf realisiert worden sein. Nur aus diesem Grund konnte das militärische Potential aufrecht erhalten, ja offensichtlich sogar modernisiert werden. Öl und Diamanten sind also die beiden angolanischen Weltmarktprodukte, deren Erlöse nicht nur beide Parteien und ihr Klientel versorgen, sondern auch die Kriegsmaschinerie schmieren. Während das gesamte Land vermint und seit Jahrzehnten vom Krieg überzogen ist, sind die Enklaven der Öl- und Diamantenförderung vom Rest der zerrütteten Ökonomie abgeschnitten. Die Angestellten der Öl-Multis etwa landen auf dem Flughafen in Luanda und werden von dort direkt auf die Förderplattformen geflogen.

Öl- und Diamantenförderung sind vom Rest des zerütteten Landes abgeschnitten

So gibt es in Angola eine klare Zweiteilung der Ökonomie. Einerseits sind da die beiden profitablen Sektoren. Sie liegen mit den ihnen angegliederten Dienstleistungsbereichen wie schwer bewachte Inseln als Plattformen im Meer oder, wie die Diamantenminen, in schwer zugänglichen Landesteilen. Der Rest der Ökonomie ist in einem theoretisch landwirtschaftlich gut nutzbaren Land, bis auf zusammengeschmolzene Reste von Kaffeeanbau und dem Handel mit Edelhölzern, von der Subsistenzwirtschaft abhängig oder auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Da der Diamantenhandel die finanzielle Grundlage der Unita darstellt und diese an der Erfüllung des Lusaka-Protokolls zum Friedensprozeß über Jahre hinweg offensichtlich kein Interesse zeigte, verbot der UN-Sichheitsrat Anfang 1998 mit den Resolutionen 1173 und 1176 den direkten oder indirekten Export von nicht-offiziellen angolanischen Diamanten. »Ohne Herkunftszeugnis kein Export« lautete das politische Druckmittel, das die Unita gefügig machen sollte. Vergeblich. Diamanten sind klein und leicht und eignen sich damit besonders gut zum Schmuggel. Die Ausfuhr fand und findet in erster Linie über die Nachbarländer statt. Waren früher die Einkaufsbüros in Mbuji-Mayi im ehemaligen Zaire die zentralen Anlaufstationen, müssen heute die Flugrouten aufgrund des Embargos und wohl auch wegen der neueren Radarinstallationen, mit denen die USA die Regierung unterstützt und eine neue Qualität der Überwachung ermöglichte, immer wieder gewechselt werden. Der Export verläuft über Staaten, in denen die Unita eine gute Infrastruktur hat

Vom Kalten Krieg zum Machtkampf in der Region

► Der Krieg wird auch in Angloa nicht nur um Ressourcen und mit finanziellen Mitteln geführt. Mit welcher Ideologie sich die Parteien bekämpfen und wen sie damit in der Gesellschaft erreichen, bleibt jedoch im Dunkeln. Zu Zeiten der bipolaren Weltordnung war zumindest die formale Zuordnung einfacher: Die Regierung bediente sich einer geliehenen sozialistischen Rhetorik und konnte damit große Teile der städtischen Bevölkerung erreichen. Sie wurde mit Soldaten aus Kuba sowie materiell und politisch von der Sowjetunion unterstützt. Heute sind die sozialistischen Töne abgeschliffen und aus Sicht der MPLA kämpft eine gewählte und anerkannte demokratische Regierung gegen das Böse in Form der Unita-Rebellen. Dieses schlichte Bild ist nicht gerade überzeugend. Der lange Krieg hat eine eigene Dynamik erzeugt. So bietet er vielen, zum Beispiel in der Armee, eine ökonomische Grundlage. Wer es sich dagegen leisten kann, und das sind leider wenige, kauft sich vom Kriegsdienst frei. Auf der anderen Seite war Savimbi zu Beginn seiner Karriere als Guerillakämpfer Anfang der 70er Jahre Maoist, der die chinesische Rhetorik aber 1975 schnell ablegte. In der Folge wurde die Unita personell von Südafrika und materiell wie politisch von den USA gestützt. Die ideologische Grundlage bestand in einer Stammesloyalität, die mit der Angst vor Modernisierungsprozessen verbunden war, wie sie die damalige MPLA-Regierung propagierte. Hinzu kam eine hierarchische Struktur, an deren Spitze Savimbi über uneingeschränkte Macht verfügte. Heute ist davon fast nur noch letzteres geblieben. So findet die derzeitige Kriegsrunde beinahe ohne ideologische Legitimation und kontroverse politische Konzepte statt. Die Beteiligten sind schlicht über ökonomische Einkünfte und Pfründe an die Kriegsparteien gebunden.

Dafür zieht der Krieg seine Kreise in einer Region, die seit dem Sturz Mobutus nicht wieder zur Ruhe gekommen ist. Zuletzt explodierten Ende Februar sechs Bomben in Lusaka, der Hauptstadt von Angolas Nachbarstaat Sambia, einem der ärmsten Länder der Welt. Auf diese Weise wollte wohl die Unita die angespannten Beziehungen zwischen Angola und Sambia weiter stören. Der angolanische Präsident beschuldigt seinen sambesischen Kollegen Chiluba, Waffen an die Unita geliefert zu haben und an Schmuggelgeschäften mit Diamanten und

und politisch-ökonomische Kontakte unterhält. Dazu gehören die Elfenbeinküste, Marokko, die Zentralafrikanische Republik und das Nachbarland Sambia.

Klein, leicht und wertvoll

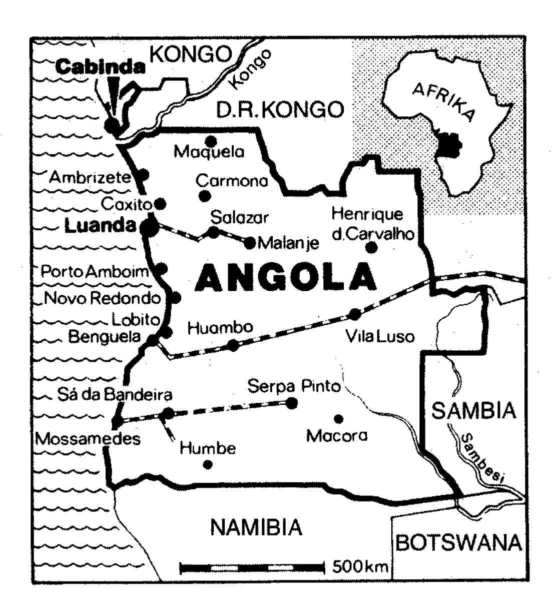
▶ Dabei mischen Schmuggler angolanische Diamanten unter Diamantenpakete aus unterschiedlichen Ländern oder behaupten schlicht, es handele sich um Mischpakete, um damit die übliche Überwachung des Diamantenexports durch Herkunftszertifikate zu unterlaufen. Die Diamanten erreichen über verschiedene wenig transparente Wege die Diamantenbörsen in Europa. Belgien – und hier in erster Linie die Diamantenbörse in Antwerpen – ist dabei der Hauptumschlagplatz.

Die Diamantenindustrie erklärt entschuldigend, daß es nicht möglich sei, den Ursprung der Diamanten nachzuweisen. Diese Entschuldigung ist aber mehrfach von unabhängiger Seite als nicht haltbar bezeichnet worden. Rohdiamanten aus Angola sind von Experten auszumachen. Der größte ´global player´ der Diamantenindustrie ist das Unternehmen De Beers und seine Central Selling Organisation (CSO). Sie kontrollieren knapp 80 Prozent der weltweiten Diamantenproduktion. Ob De Beers als Embargobrecher bezeichnet werden kann, ist noch nicht bewiesen. Es hat sich bisher auch noch keine Ermittlungsbehörde bei De Beers gemeldet. Die britische NGO 'global witness' hat jedoch im Dezember 1998 die Studie »A Rough Trade« (Ein übles Geschäft) veröffentlicht, die De Beers unter Druck setzt. Die Schlußfolgerung der Studie lautet: »Im wesentlichen werden Schmuggel und die falsche Deklarierung von Diamanten solange weitergehen, wie Haupteinkäufer bereit sind, diese Produkte zu erwerben, und solange sie behaupten können, daß es unmöglich sei, die Herkunft der Diamanten zu bestimmen, wenn sie in gemischten Paketen versteckt sind«. Knapp 20 Prozent der veröffentlichten Umsätze von De Beers aus den Jahren 1996 und 1997 stammen von Rohdiamanten aus Angola. Und bisher hat die Firmenleitung nicht angekündigt, sich aus Angola zurückzuziehen oder nur Diamanten mit klaren Herkunftszertifikaten zu vertreiben. Es darf gespannt auf den Geschäftsbericht 1998 gewartet werden.

Wenn der Warlord Savimbi zu stoppen und der Bürgerkrieg zu beenden ist, dann in erster Linie über den Diamantenhandel als seiner Haupteinkommensquelle. Dazu müßten aber – und das ist bekanntermaßen nicht nur in Angola ein oft hoffnungsloses Unterfangen – UNO-Resolutionen auch eingehalten werden. Das heißt, es müßte für alle Diamanten ein Herkunftszertifikat geben, das einer unabhängigen Prüfung unterworfen ist. De Beers müßte dann die Kontrakte mit solchen Händlern widerrufen, von denen bekannt wird, daß sie mit Diamanten handeln, die von der Unita geliefert wurden. Dies ist aber vermutlich ein Wunschtraum – ein ebensolcher Wuschtraum wie die Hoffnung, daß der Krieg endlich beendet werden könnte. Vielmehr hoffen derzeit wieder beide Seiten, was ihnen in mittlerweile mehr als 20 Jahren Mord und Totschlag nicht gelungen ist: zu siegen.

▶ **Georg Lutz** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Waffen beteiligt zu sein. Indem Chiluba selbst zwischen die Fronten gerät, ist auch seine Rolle als Vermittler zwischen den Kriegsparteien in der Demokratischen Republik Kongo, die er im Auftrag der SADC (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas; *siehe iz3w Nr. 227*) wahrnimmt, gefährdet. Angola, die stärkste Militärmacht in dem Konflikt, unterstützt zusammen mit Simbabwe, Namibia und Tschad Kongos Präsidenten Kabila in dessen Kampf gegen die Rebellen, die von Uganda und Rwanda protegiert werden. *gelu/FR*





Geld der Gelder

Aufstieg und Fall der Weltwährung Nummer Zwei

von **Ernst Lohoff**

► Der homo teutonicus unterhält zu seiner Landeswährung eine ganz besondere Beziehung. Er kann mit »seinem« Geld nicht nur Waren erwerben; mit jedem Markstück hält der stolze Besitzer gleichzeitig eine kleine Ikone der hiesigen Nationalreligion in Händen. Der Aufstieg der heiligen Mark zum Inbegriff der bundesdeutschen Identität hat seine Wurzeln in der besonderen Geschichte des Landes, in der sonderbaren Verbindung von Weltkriegstrauma und Wirtschaftswunder. Das militärische, politische und moralische Desaster, in dem das nationalsozialistische Deutschland untergegangen war, hatte das deutsche Sendungsbewußtsein für unabsehbare Zeit von seinem traditionellen Betätigungsfeld abgeschnitten. Der Nachkriegsboom eröffnete in dieser Situation ein neues Feld, auf dem sich das deutsche Wesen nach Herzenslust austoben konnte. Die D-Mark wurde zum Symbol dafür, daß der BRD auf ökonomischem Gebiet gelang, woran die nationalsozialistischen Blitzkriegsstrategien gescheitert waren: Sich Weltgeltung zu verschaffen.

Als 1948 die D-Mark aus der Taufe gehoben wurde, hätte sich sicherlich keiner der Paten etwas von dieser Blitzkarriere der bundesdeutschen Wirtschaft und ihrer Währung träumen lassen. Sie trieb zwar der Ehrgeiz um, das neue Geld müsse die Konkurrenz zum »golden dollar« bestehen; damit war aber nur die in der unmittelbaren Nachkriegszeit beliebteste US-amerikanische Zigarettenmarke gemeint, die mit der Ausbreitung des Schwarzmarkts immer mehr das offizielle Zahlungsmittel verdrängt hatte. Die ökonomische Funktion der Währungsunion bestand zunächst darin, die Kluft zwischen realer Güterproduktion und monetärem Überbau durch eine drastische Entwertung der akkumulierten monetären Ansprüche gewaltsam zu schließen. Die Ausnahmesituation nach dem 2. Weltkrieg ermöglichte gleichzeitig eine gigantische Enteignungsaktion zugunsten des produktiven Kapitals. Bei der Währungsreform wurden alle Löhne, Mieten und Renten im Verhältnis 1:1 von Reichsmark auf D-Mark umgestellt; alle Sparguthaben und Schuldtitel schrumpften dagegen auf 5% ihres Ausgangswertes. Dieser Befreiungsschlag im Inneren hätte allerdings kaum Wirkung gezeigt, wenn er nicht mit einem ebenso konsequenten Schnitt bei der Außenverschuldung des Nachfolgestaates des Dritten Reiches einhergegangen wäre. Angesichts des heraufziehenden Kalten Krieges, der den westdeutschen Teilstaat zum Frontstaat machte, und in Erinnerung an die negativen Erfahrungen nach dem 1. Weltkrieg verzichteten die Alliierten auf das Gros ihrer Forderungen. Vom Schuldenberg des Reichs blieben mit der Währungsreform so nur 17 Mrd. D-Mark übrig, deren Tilgung auch noch von vornherein bis zum Ende des 20. Jahrhunderts gestreckt wurde.

Friedliche Automobilmachung

► Die gewaltsame Wiederherstellung der Kongruenz von Realökonomie und monetärem Überbau war zweifellos eine Voraussetzung für die Reorganisation der Wirtschaft. Aus welchen Quellen speiste sich nun aber das »Wirtschaftswunder«, auf dem sich der D-Mark Mythos gründet? Ein Teil des Mysteriums löst sich auf, wenn man das deutsche Mirakel vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung sieht. Als in den 50er Jahren die Wachstumsraten in der Bundesrepublik 7,8% erreichten, erlebte die gesamte warenproduzierende Welt unter Einschluß der realsozialistischen Abteilung einen historisch einmaligen Wachstumsschub.

Die Frage, warum ausgerechnet der Weltkriegsverlierer Deutschland in besonderer Weise am »golden age of capitalism« partizipieren konnte, ist damit freilich nicht beantwortet. Wenig rätselhaft ist die Überlegenheit gegenüber den westeuropäischen Partnern. Eine Volkswirtschaft, die schon bei der Mas-

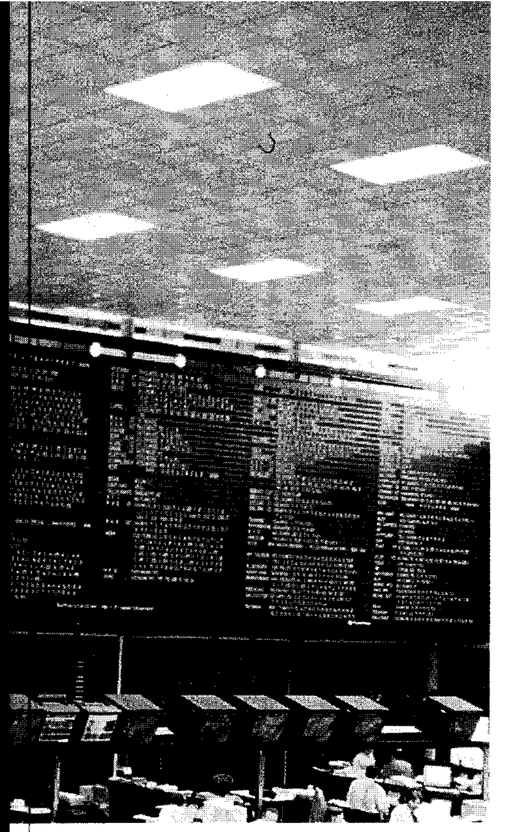


Foto: U. Moschner/version

Die Geschichte der BRD taugt nicht als Entwicklungsmodell

Auf Entschuldung folgt Entwicklung – so einfach klingt zuweilen die Erwartung, die die Entwicklungspolitik an Entschuldungskampagnen und Entwicklungshilfen knüpft (siehe dazu auch die Kontroverse in dieser Ausgabe der iz3w). Als Vorbild dient nicht selten die Entwicklung Deutschlands. Durch das Londoner Abkommen entschuldet (siehe dazu den ersten Teil dieser Reihe in iz3w 235) und durch den Marshall-Plan aufgepäppelt sei die Bundesrepublik aus Ruinen zum Exportweltmeister auferstanden.

Die Entwicklung der Bundesrepublik gilt vielen als vorbildlich. Die D-Mark steht dabei beispielhaft für Stärke und Stabilität. Doch die Entwicklung von der »Stunde Null« zum Exportweltmeister stellt sich bei genauerer Betrachtung als Mythos heraus. Erst der spezifische historische Kontext macht deutlich, wie wenig vergleichbar die Situation der 50er Jahre in der Bundesrepublik mit der heutiger Entwicklungs- oder Schwellenländer ist. Die bundesdeutsche Nachkriegswirtschaft und mit ihr die D-Mark entwickelten sich im Sog des Dollars und des globalen Wirtschaftswachstums, behütet von den Wächtern des Kalten Krieges und aufbauend auf dem Know-how und den Schwerindustrien nationalsozialistischer Kriegswirtschaft.

senproduktion von Panzern und LKWs die neuen Technologien und Arbeitsmethoden eingeübt hatte, war natürlich auch für die Vorreiterrolle bei der »friedlichen« Automobilmachung des Kontinents prädestiniert. Auch wenn der Mythos von der Stunde Null das Gegenteil suggeriert, die Bundesrepublik ging in den zentralen Wachstumsbranchen dieser Zeit mit erheblichen Startvorteilen ins Rennen. Zwar war ein Teil des Kapitalstocks kriegsbedingt vernichtet worden, das entsprechende know-how aber war geblieben. Überdies stand mit mehr als 10 Millionen Flüchtlingen ein qualifiziertes und kapitalistisch diszipliniertes Arbeitskraftreservoir zur Verfügung. Damit waren mittelfristig niedrige Lohnkosten und eine hohe Arbeitsproduktivität garantiert. Dennoch überrascht der Erfolg der bundesrepublikanischen Kopie gegenüber dem US-Original. Ende der 40er Jahre erschien die industrielle Übermacht der Vereinigten Staaten erdrückend; ihr Anteil an der industriellen Weltproduktion lag bei 50%. Bis tief in die 50er Jahre erreichte die Arbeitsproduktivität in der BRD 70%, in den meisten anderen westeuropäischen Staaten gerade einmal 50% des US-amerikanischen Niveaus. Der von der westlichen Vormacht propagierte Übergang zu einer »freien Weltwirtschaft« hätte so eigentlich die Auslöschung der europäischen Industrie in der Weltmarktkonkurrenz nach sich ziehen müssen. Die sprichwörtliche »Dollarlücke«, die hoffnungslosen defizitären Leistungsbilanzen aller europäischen Staaten gegenüber den USA, ließ nichts Gutes erwarten. Sie behinderte nachhaltig die Versorgung der europäischen Volkswirtschaften mit modernen US-amerikanischen Kapitalgütern und schrieb damit den Produktivitätsabstand fest.

Westeuropa fand indes aus den Dilemmata blockierter Entwicklung heraus. Mehr noch: Es gelang, die USA als Werkstatt der Welt nicht nur einzuholen, sondern sogar zu überholen. Diese Wendung verdankt der alte Kontinent vorderhand einem »außerökonomischen Faktor«, dem »Kalten Krieg«. Mit Hilfe des Marshallplans und erheblichen Abstrichen bei der Umsetzung der US-Freihandelsdoktrin gelang es, zunächst den akuten Dollarmangel einigermaßen zu überbrücken. Die USA billigten nicht nur die vorläufige Devisenbewirtschaftung, sie akzeptierten auch, daß die Liberalisierung der Handelsbeziehungen bis auf weiteres auf den Handel zwischen den westeuropäischen Nationalökonomien beschränkt blieb. Die weitgehende Realisierung der Freihandelsprinzipien wurde erst auf dem Höhepunkt des großen Nachkriegsbooms möglich. Erst 1958 hatte sich die Dollarlücke so weit geschlossen, daß die Devisenbewirtschaftungs-Systeme verschwanden, der Übergang zu der in den Vereinbarungen von Bretton Woods vorgesehenen allgemeinen Währungskonvertibilität vollzogen und damit die entscheidenden Schritte hin zur gepriesenen Freizügigkeit des Kapitals eingeleitet werden konnten.

Warum profitierte der Kriegsverlierer in besonderer Weise vom golden age of capitalism?

Öl für den fordistischen Motor

► Nicht nur politische Motive trieben die USA zu einer so »altruistischen« Vorgehensweise. Die Struktur der westlichen Wachstumsgemeinschaft, die auch den Wohlstand der Vormacht sicherte, schrieb ihr eine gewisse »Großzügigkeit« gegenüber der armen Verwandtschaft einfach vor. Im Zusammenhang mit dem »kurzen Sommer des Fordismus« fällt regelmäßig das Stichwort »selbsttragender Akkumulationsschub«. Die sprunghafte Ausdehnung der Verwertungsbasis und damit das massenhafte Einsaugen lebendiger Arbeit in die neuen Zweige der Massenfertigung sorgten gleichzeitig für die kaufkräftige Nachfrage, die wiederum den massenhaften Absatz der neuen Produkte sicherte. Als treibende Kraft dieser zirkulären Bewegung war allerdings der Verwertungsdruck, der vom bereits angehäuften Reichtum ausging, in keiner Weise hinreichend. Der Boom lebte vielmehr zunehmend vom Vorgriff auf erst zu schaffende Werte. Zunächst einmal gilt dies für die Einzelbetriebe. Das mit dem Übergang zur fordistischen Massenfertigung einhergehende Steigen der Kapitalintensität war für die Unternehmen aus den laufenden Einnahmen schwerlich zu finanzieren und erzwang eine nachhaltige Ausdehnung des Kredits. Das bloße Zusammenkratzen der in der Gesellschaft verstreut gespeicherten Ersparnisse und ihre Mobilisierung für produktive Zwecke brachte nicht genug Brennstoff für den fordistischen Gesamtmotor. Dazu mußte sich schon das Geldmedium selber in Kredit verwandeln, sich also vom Gold und damit von seiner traditionellen Rückbindung auf vergangene tote Arbeit weitgehend emanzipieren, um als Repräsentant künftiger Wertschöpfung die Akkumulationsbewegung durch ihre monetäre Antizipation auf Touren zu bringen.

Wenn das jeweilige nationale Geld allerdings nicht mehr für real vorhandenen »geronnenen« Reichtum steht, sondern für kreditäre Ansprüche und Zahlungsversprechen,

die allein nachträglich durch die Produktion von warenförmigem Reichtum gedeckt werden können, dann stellt sich unweigerlich das Problem der Wertabsicherung der nationalen Währungen. In der Nachkriegszeit fand diese Frage ihre provisorische Lösung im Aufstieg des Dollar, der einzig noch verbliebenen goldkonvertiblen Währung, zum Weltgeld. Indem das System von Bretton Woods alle anderen Währungen in ein festes Verhältnis zum US-Dollar setzte, sorgte es nicht nur für eine Restgediegenheit, weil alle Währungen über diesen Umweg doch noch auf das klassische Warengeld, das Gold, vermittelt bezogen waren. Gleichzeitig erlaubte die Festschreibung von Fixkursen den schwächeren kapitalistischen Ländern auch, indirekt an der besonderen Kreditwürdigkeit der Vormacht zu partizipieren. Um »solides Kreditgeld« schöpfen zu können, mußten sie nur dafür Sorge tragen, daß nach innen die Zunahme der Geldmenge nicht allzusehr der realwirtschaftlichen Expansion vorauslief, und sie mußten nach außen imstande sein, in ausreichender Menge Dollars zu erwirtschaften. Das Weltgeld Dollar übernahm damit zwei für den fordistischen Boom gleichermaßen unverzichtbare, dabei aber diametral entgegengesetzte Aufgaben. Es sorgte zugleich für die Erdung des internationalen monetären Überbaus und für eine geordnete Befreiung der monetären Reichtumsproduktion von der ihr durch den Rückbezug auf reales Warengeld gesetzten Grenzen, also für ihre weitgehende Emanzipation vom »barbarischen Metall« (Keynes).

Das System abgeleiteter Bonität konnte nur funktionieren, indem es seine Voraussetzungen unterminierte: Die absolute wirtschaftliche Vorrangstellung der USA und die relative Gediegenheit der US-Währung. Das Lebenselexier, der Dollar, mußte nämlich auch leibhaftig den Weg nach Europa (und Japan) finden. Um ihre Funktion als Lokomotive der Weltkonjuktur auszufüllen, mußten die USA als universeller Nachfrager auftreten und schließlich dazu übergehen, ihre Rechnungen durch den Export von ungedeckten Dollarmassen zu begleichen. Diese Praxis war gleichzeitig die konsequente Fortsetzung des »amerikanischen Altruismus« in der unmittelbaren Nachkriegszeit und gleichzeitig dessen Umkehrung. In den frühen 50er Jahren hatten neben Hilfsgeldern vor allem der Export hochproduktiven US-amerikanischen Anlagekapitals bei den Partnerländern für die erforderliche Manövriermasse gesorgt. Durch dieses reale Anlagekapital mußte sich aber der Produktivitätsabstand zwischen den USA und ihren Partnern verringern. Damit wurde die Dollarversorgung zunehmend an den Warenexport in die USA gebunden. Mehr noch, die Last immenser unproduktiver Militärausgaben führte angesichts der Verschiebung in den Wettbewerbsbedingungen schließlich zu einer chronisch defizitären Zahlungsbilanz der Vormacht. Der systemstabilsierende Rückstand der USA wurde in Sachen Entsubstantialisierung des Geldes aufgebraucht, ja auf Dauer in sein Gegenteil verkehrt. Der erste Wendepunkt war Ende der 60er Jahre parallel zur Eskalation des Vietnamkriegs erreicht. Wie schon der Koreakrieg, so wirkte auch der Konflikt in Indochina wie ein gigantisches Konjunkturprogramm. Jetzt mußten auch die Partner der USA die Kreditierung übernehmen. Aufgrund der Festkursordnung und der Dollareinlösepflicht waren die an das Bretton-Woods-System gebundenen Zentralbanken nämlich genötigt, die zusätzlich von den USA zur Kriegsfinanzierung emittierten Dollarmassen in ihren Tresoren als Devisenreserven anzusammeln.

Der Dollar sorgte für die Emanzipation vom barbarischen Metall

Von der Dollarlücke zur Dollarschwemme

► Die Karriere der D-Mark läßt sich nur vor dem Hintergrund dieses Szenarios verstehen. Die Pseudogediegenheit und Stärke ist nichts weiter als die andere Seite des für den fordistischen Boom konstitutiven beschleunigten Substanzverlustes des Weltgeldes Dollar. Wenn der fordistische Boom eine internationale Arbeitsteilung zur Bedingung hatte, in der die USA als Weltgeldemittent den Part des kreditgeldschaffenden Defizitproduzenten und Ressourcenverschwenders übernehmen mußten, dann bedeutet dies, daß die zweite kapitalistische Macht entsprechende Überschüsse aufakkumulieren und zum Exportweltmeister avancieren konnte. Außerdem fiel deren Währung der Part des immanenten monetären Fluchtpunktes zu und rückte zusehends auf den Finanzmärkten in den Rang einer Alternative zum Dollar.

Der Übergang von der Dollarlücke zur Dollarschwemme, vor allem die Fluchtbewegung in die Mark mußten das auf den Dollar zentrierte Festkurssystem schließlich sprengen. Anfang der 70er Jahre fiel die Goldkonvertibilität des Dollars, die westlichen Währungen gingen zum free floating über. Das beendigte aber nicht die deutsch-amerikanische Arbeitsteilung, vielmehr differenzierte sie sich im Übergang zum Kasinokapitalismus erst richtig aus. Auf der realwirtschaftlichen Ebene wirkte sich die spekulative Dynamik in der Weise aus, daß sie den USA als deren Hauptträger vor dem Hintergrund scheinbar unlimitierter Verschuldung die Ausdehnung wertunproduktiver Sektoren erlaubte. Die Bundesrepublik dagegen erlebte die Freuden eines sekundären Export-Fordismus. Während der Anteil der Beschäftigung im industriellen Sektor in den USA bereits Ende der 80er Jahre auf 26% gesunken war, konnte die BRD bis zur deutsch-deutschen Vereinigung immerhin einen Stand von 40% halten und den Übergang zur »Dienstleistungsgesellschaft« hinausschieben. Dem entsprach unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse die Struktur der internationalen Währungsordnung. Sooft die spekulative Dynamik auf Hemmnisse traf, bot sich die Anlage in der von der Bundesbank in vielerlei Hinsicht in vorspekulativer Manier verwalteten D-Mark als Ausweichmöglichkeit und damit letztlich als der immanente Stabilisator an. Die D-Mark übernahm den Part des universellen Wertaufbewahrungsmittels, der mit der Entkopplung des Dollars vom Gold vakant geworden war.

Diese Funktionsteilung ist indes im Laufe der 90er Jahre prekär geworden. Seit der Wiedervereinigung mutiert die Bundesrepublik vom immanenten Währungs-Gegenpol der USA zu deren Kopie. Aus dem Antidollar wird eine Art von zweitem Dollar. Erwuchs die D-Mark-Stärke ursprünglich auf der privilegierten Position der BRD als dem neben Japan bedeutensten Waren- und Kapitalexporteur, so hat die BRD nun wie die USA die Stellung eines privilegierten Nettogroßschuldners inne. Die jüngste Doppelbesetzung der Rolle des Megaschuldners dürfte sich über kurz oder lang sowohl als äußerst fatal für das Gesamtkunstwerk des globalen Kasinokapitalismus als auch für das neue Ersatzamerika erweisen. Die spekulative Spirale müßte sich noch schneller drehen, um die nunmehr eineinhalb USA mit dem Stoff zu versorgen, von dem sie abhängig sind; der Kasinokapitalismus verliert mit der monetären Amerikanisierung der BRD darüber hinaus seinen stabilisierenden Widerpart, ein Ersatz dafür ist weit und breit nicht in Sicht.

Eine Entmystifizierung und Ernüchterung steht jedoch auch in Zukunft kaum zu erwarten, im Gegenteil. Die D-Mark hatte nämlich das unverschämte Glück, rechtzeitig abgeschafft zu werden, bevor ihr strukturelles Elend manifest wurde. Ihre Erblasten, die Abhängigkeit ihrer Pseudogediegenheit vom Funktionieren kasinokapitalistischer Scheinakkumulation und ihre direkte Beteilung an der spekulativen Aufblähung, werden nicht mehr auf sie selber zurückfallen, sondern auf die Nachfolgewährung Euro. Wenn das Viertel der Weltliquidität, das mittlerweile in D-Mark gebunden ist (auf den Dollar entfallen 60%), seine Repatriierung anstrebt, weil das Vertrauen in diese Währung nachläßt und die spekulative Spirale rückwärts zu laufen beginnt, wird es in Form von »Euros« zurückkehren und dann erst in dieser Währung einen manifesten Inflationsschub auslösen. Es bedarf keiner besonders großen Phantasie, um zu antizipieren, wie die DM-nationalistische deutsche Volksseele auf diese traumatische Erfahrung reagieren wird.

► **Ernst Lohoff** ist freier Autor und Mitherausgeber der Zeitschrift *Krisis*.

Gipfeltreffen

Multilaterale Organisationen erscheinen vielen als abstrakte, nicht lokalisierbare und in ihrer personellen Zusammensetzung kaum identifizierbare Gebilde. Erst im Zusammentreffen ihrer Repräsentanten bei sogenannten 'Gipfeln' werden ihre Strukturen in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Dazu tragen der klar definierte Zeitrahmen, der feste Ort und die überschaubaren Tagesordnungen der Gipfel bei. Die großen Treffen von Weltbank, Internationalem Währungsfond, G7/8 oder Europäischer Union können daher durchaus als Kristallisationspunkte der Globalisierung bezeichnet werden.

Die Staatschefs und Führungskräfte nutzen die Gipfeltreffen zur bedeutungsschweren Selbstdarstellung. Darauf reagiert nicht nur die Medienwelt, sondern auch allerlei Opposition. So gibt es seit Jahren zu jedem Gipfel einen Gegengipfel und eine Demonstration, zu allen Showveranstaltungen Aktionen und Proteste. Wie in Berlin im September 1988: »Die Herren der Welt – IWF und Weltbank – hatten geladen ... und alle, alle kamen. Am geladensten waren wohl die GegnerInnen von IWF und Weltbank, was in einer bundesweiten Kampagne gegen dieses international größte Verbrecher-Syndikat notwendigerweise zum Ausdruck kommen mußte« (aus Wut, Witz, Widerstand – BUKO-Broschüre zur IWF/Weltbank-Kampagne, 1989). Der Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 sowie die EU-Gipfel in Essen (1994) und Amsterdam (1997) waren die darauf folgenden Highlights im Kalender der Großereignisse.

Auch in Köln wird in diesem Spätfrühling viel Prominenz und Protest erwartet. Die herausgeputzte Rheinmetropole mit ihrer neuen KölnArena, dem Kongreßzentrum und den schicken Tagungshäusern wird genauso ausgebucht sein wie die alternativen Zentren und Zeltdörfer. Wieder stehen den »Herren der Welt«, diesmal in Gestalt von EU und G7/8, die Kinder der Straße gegenüber. Ob die geschlossenen Bündnisse oppositioneller Kräfte, die die gesamte Spannbreite »reformistischer« und »revolutionärer« Strömungen repräsentieren, jedoch über den Juni hinaus halten, darf bezweifelt werden. Auch nach den bisherigen Gipfeln wurde verkündet, man wolle weiterarbeiten.

Obwohl die bisherigen Gipfelkampagnen kaum zum Erstarken oppositioneller Bündnisse und zu effektiver langfristiger Zusammenarbeit geführt haben, wurde die Kritik an den bestehenden Strukturen weit über die linken Zirkel hinaus aufgenommen. So waren IWF und Weltbank vor dem Berliner Gipfel von 1988 fast unbekannte Größen. Erst der unübersehbare Protest und die massive, fundierte Kritik an der Verschuldung vieler Staaten des Südens führten dazu, daß bis heute selbst Tageszeitungen und Nachrichtensendungen die Risiken und Nebenwirkungen von Strukturanpassungsprogrammen und Kreditvergabepraxen nicht verschweigen. Auch in Köln steht dieses Thema im Mittelpunkt – diesmal allerdings beim offiziellen Gipfel. Ausschlaggebend dafür mag nicht zuletzt gewesen sein, daß die Grünen – beim Berliner IWF/Weltbank-Treffen noch auf dem Gegengipfel präsent – diesmal den offiziellen Meetings beiwohnen. Die Tatsache, daß die Bundesregierung Entschuldungsinitiativen ausnahmsweise nicht blockiert, sondern vorschlägt, korrespondiert allerdings mit ihrer Beschränktheit: Es wird ein mickriger Teilschuldenerlaß in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. DM für einige wenige der ärmsten Staaten angekündigt.

In Berlin 1988 klang das noch anders: »Die Grünen und die AL erheben in ihrem Rahmen die Forderung nach einer bedingungslosen Schuldenstreichung für die Länder der 'Dritten Welt'. Klar ist, daß eine globale Schuldenstreichung nicht die Lösung aller weltwirtschaftlichen Probleme ist und schon gar nicht die Ausbeutungsstrukturen in den Ländern der 'Dritten Welt' und die wirtschaftliche Abhängigkeit auflöst. Sie hat jedoch eine ökonomische und eine politische Funktion, die es rechtfertigen, diese reformerische Forderung heute zu erheben« (*iz3w Nr. 151*). Grüne und auch die meisten NGOs haben sich längst von solch umfassenderen Ansätzen verabschiedet.

Unser Themenblock befaßt sich jedoch weniger mit dem Elend rotgrüner Regierungspolitik als mit den Institutionen, die sich in Köln treffen. Angesichts des neu erwachenden Interesses an weltwirtschaftlichen Strukturen erscheint uns auch eine kritische Bilanz der Anti-MAI-Kampagne, die im vergangenen Jahr die wohl wichtigste Aktivität internationalistischer Bündnisse war, von Bedeutung – verdeutlicht sie doch einige Fallstricke, in die linke Bewegungen sich immer wieder verfangen.

Die Themenblock-Beiträge werden – bis auf den Artikel über die geplanten Aktivitäten in Köln – Anfang April in der Broschüre »kölngehen – Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus« erscheinen. Sie wird herausgegeben vom neugegründeten BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und kann zum Preis von 6.- DM bei der BUKO-Geschäftsstelle in 22765 Hamburg, Nernstweg 32-34, oder direkt beim **iz3w** bestellt werden. Anliegen der 72-seitigen Broschüre ist es, anläßlich der Kölner Gipfel den Prozess der kapitalistischen Globalisierung und die damit verknüpften politischen Diskurse zu analysieren und sich kritisch mit bisherigen und neuen internationalistischen Kampagnen auseinanderzusetzen.

die redaktion



Der Gipfel der Scharlatane

Zur Rolle der Gruppe von Sieben Staaten (G-7) und ihrer Treffen

von **Wolf-Dieter Narr**

Gipfel sind zwar in erster Linie medienwirksame Zusammenkünfte mächtiger Staatsmänner, bei denen lediglich beschlossen wird, was ohnehin schon ausgehandelt ist. Dennoch sind sie bedeutsam – als Symbole von Macht und Politik. Insofern kann auch der Protest nicht danach trachten, die Gipfel politisch zu beeinflussen. Er kann nur den imaginierten Konsens und damit die Symbolik brechen.

▶ G-7-Konferenzen, so scheint es, sind nichts weiter als institutionalisierte Phototermine bedeutsamer Staatsleute: Mit der Aura globaler Bedeutung stehen sie da, meist hosenstramm und jackenteuer als Staatsmänner. Dazwischen verirrt sich ab und an berockt eine Staatsfrau, im habituell physiognomisch demonstrierten Bewußtsein ihrer Verantwortung den immer noch überwiegend »Geschichte machenden« Männern ebenbürtig.

Außer Bildern und Staatsleutespesen nichts gewesen? – Mit solcher Kritik unterschätzte man jedoch das Gewicht der G-7-Gipfelei und entspräche zu sehr dem mit ihr verfolgten Sinn. Gewiß: die gipfelnden Staatsleute sind keine machtvollen Gestalter globalen Geschicks. Eine solche Interpretation ließe sich vom Spektakel blenden und also für die anders agierenden Definitionsmächte blind machen. Dennoch: die G-7-Konferenzen drücken weltweite Herrschaftsverhältnisse aus und erhellen so symptomatisch das globale Geschehen und seine fortdauernde Produktion menschenvernichtender Ungleichheit.

Wie in Davos. Dort wird Ende Januar/Anfang Februar alljährlich ein Riesenaufwand betrieben. Im Rahmen eines sogenannten World Economic Forum drängt sich (fast) alles, was politischen und ökonomischen Rang und Namen hat. Reden, hören, diskutieren, vor allem aber sehen und gesehen werden. In diesem Jahr besaß das Thema einen besonderen Hof. »Responsible Globality. Managing the Impact of Globalization.« Was will man mehr? Mit den jüngeren Krisen in Mexiko, in Asien, in Rußland und in Brasilien kann es nicht so schlimm stehen, denn es gibt viele Männer und zunehmend mehr Frauen, die haben den »Durchblick«; die wissen Bescheid; die haben die Mittel; und wenn sie solche noch nicht haben, werden sie Mittel und Wege finden, daß alles weiter seinen ökonomisch wachsenden Gang tut. Zur Wohlfahrt der Menschheit. Zu allererst jedoch zum Habens- und Herrschaftsprofit derjenigen, die sich da treffen und die sie zu allererst vertreten.

Politik als Symbol

▶ Mehr noch gehen die »Weltwirtschaftsgipfel« der Sieben darauf aus, »komplexes Weltregieren« zu demonstrieren – so die neue politikwissenschaftliche Süßholzformel. »Die Tatsache, daß die Staats- und Regierungschefs der Länder mit großem medialen Aufwand zwei Tage lang intensiv die weltwirtschaftlichen Probleme diskutieren«, so qualifiziert der wahrhaft nicht kritikasterhafte Helmut Maier-Mannhart (Süddeutsche Zeitung vom 27.1.1999), »flößt Respekt ein, auch wenn regelmäßig die Ergebnisse dann nicht der Rede wert sind.«

Das ist des großen Aufwands Kern: Respekt einflößen. Politik als Schau, als Management bildlich, staatsleutlich faßbarer Verantwortung. Sie sagen alle, indem sie mit ganzer Wortsohle auftreten, ungeheuer bedeutsam, Atem beraubend – nichts. Darauf kommt es längst nicht mehr an. Daß sie nichts sagen, geht selbst im ereignistollen Photographen- und tiefleeren Resolutionenwettbewerb unter. Und also spielen sie Theater, das Theater welttragender Politik. Und weil sonst der Schrecken der Leere sich verbreitete, halten wir Bürgerlein alle an diesem bestenfalls mittelprächtig inszenierten Theater mit professionellen Politikermedien so panisch fest – selbst noch dort, wo wir heftig kritisieren, daß hier kein Mount Everest globaler Verantwortung und globaler politischer Gestaltung

Weil sonst der Schrecken der Leere sich verbreitete, halten wir Bürgerlein an mittelmäßigem Theater fest

bestiegen werde, sondern ein höchst reeller und zugleich essentiell virtueller Klassengipfel von Staatsleuten aus sieben Staaten, die da hoch interessiert prätendieren, die Welt verantwortlich zusammenzuhalten.

Was wird neuerdings nicht alles weltgipfelnd und -wipfelnd an Geräuschen, an heftigen Aktivitäten, an steriler Aufgeregtheit betrieben. Von denjenigen zuerst, die hauptsächlich inszenieren. Indes auch von denjenigen, die auf diese Gipfel drängen. Die – wie die so klaftertief verschiedenen sogenannten Non-Governmental Organisations, die im Kürzel bekannteren NGOs – räumlich und sachlich nahe »Alternativgipfel« organisieren, dabei darauf aus, assoziiert zu werden, kooptiert. Oder auch diejenigen, die »Gegengipfel« erfinden, indes auf engem Gipfelraum allemal nahe und näher den ordentlichen Gipfelbesitzern rücken: thematisch, kritisch, hofferisch. So kommt es dann, daß diese Art der (anscheinshaften und wahrhaft basis- und prozeßlosen) Gipfelpolitik unterschiedlichen Akzents eine unübersehbare Fülle von Diskussionen und auch lokalen Aktivitäten (etwa im Zusammenhang der »Agenda 21« und des Rio-de-Janeiro-Klimagipfels) anregt, die in Substanz und Form immer wieder Beträchtliches leisten und die doch von der dünnen Luft der Gipfel und den dünnen Brettern, die dort gebohrt werden, merkwürdig gehemmt bleiben. Wie viel an Phantasie, wie viel an Kritik, wie viel an Oppositionsgeist werden durch das Gipfelstarren und die emphatische Vagheit und Unverbindlichkeit der Gipfel»beschlüsse« absorbiert.

Der sog. Weltwirtschaftsgipfel entspricht, genauer besehen, durchaus der gegenwärtigen Welt(un)ordnung. Sieben Staaten sind es, deren Chefs samt großem bürokratischen und besser Bescheid wissendem Tross sich anmaßen, den »Weltwirtschaftsgipfel« einzunehmen und auszumachen. Und diese ärgerliche Prätention – immerhin gibt es bekanntlich, wenn man nur bei den Staaten bleibt, allein schon in der UNO organisiert fast 200 –, diese Anmaßung, eine menschenrechtlich demokratische Zumutung rundum, entspricht der die »Welt« zusammenhaltenden und konkurrierend gegeneinander treibenden Kapital-Logik.

Die »Neue Weltordnung« nach dem Ende des Kalten Kriegs ist von der »alten« zunächst nur insoweit unterschieden als nun der libertäre Kapitalismus sans phrase weltweit regiert und nirgendwo mehr »realsozialistisch« blockiert, modifiziert und – wenngleich vor 1991 höchst rigide und sozial phantasielos – in Frage gestellt wird (die wenigen Noch-Halbausnahmen á la Kuba kann man in diesem Zusammenhang vergessen). Also dominieren die ersten kapitalistischen Nationen, wenngleich sich die Abstände zwischen ihnen ab und an verändern und sogar Newcomer in Aussicht stehen. An der Spitze weit voraus, ohne durchgehend eindeutiger Hegemon zu sein, die USA. Sie bilden die Doppelspitze, die erst in ihrer Doppelung die politische Macht der USA erklärt: als größter kapitalistischer Staat (der freilich, global anhängig geworden, schlechterdings nicht mehr über seine »Nationalökonomie« verfügt) und als Weltmilitärmacht, die ihre globalen Interessen mit höchst einseitigem nationalen Gewaltmonopol durchzudrücken vermag. Und nach den USA, und in ihrem Schweif Kanada, kommt immer noch ein europäisches Quartett – EU-, noch nicht durchgehend Euro-gekoppelt –, das durch die Vormacht des dritten Ecks der globalen Triade, durch Japan, ergänzt wird. Sinnigerweise sind alle Mitglieder des Clubs außer Japan auch im nordatlantischen Militärpakt führend. Die Nato aber, im Tauwetter nach dem Ende des Kalten Krieges mitnichten weggeschmolzen, ist seit Jahren dabei, der »Neuen Weltordnung« und ihrem altherrschenden Interessenbesatz gemäß, eine neue Strategie zu küren – aus Anlaß des 50. Geburtstags im April 1999 soll´s feierlich soweit sein –, die den weltweiten ökonomischen Interessen der Sechs oder der Sieben entspricht: die Natotruppen allzeit bereit zur weltweiten Intervention, der Weltwirtschaftsordnung und ihrer Umwelt zuliebe. Die intellektuellen Mundschenke des »OECD-Friedens« sind schon dabei, die Phrasen der neuen »gerechten Kriege« vorausgreifend zu dreschen.

Wohldressierte Kontinuität

► Das ist es, was diese Gipfel am deutlichsten signalisieren: die globale Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit unter den Menschen und ihren Gesellschaften den Globus auszeichne. Genauer: daß die immer schon existierende Ungleichheit innerhalb auch der kapitalistisch schon entwickelten und vor allem zwischen den entwickelten und den hoffnungsvoll hoffnungslos nachholenden Ländern eine wohldressierte, bestens präparierte Kontinuität bewahre. Innovationen ja und um jeden Preis. In keinem Fall jedoch soziale und politische Innovationen, die irgendeinen kommunistischen – sprich in den Lebenschancen und Lebenswirklichkeiten der Menschen grosso modo und strukturell gleichmachenden – Schrecken bereiteten. Hierfür ist der »reale Sozialismus« gewiß nicht »besiegt« worden. Solcherart »Friedensdividenden« soll das Ende des Kalten Krieges nicht anfallen lassen.

Die Einrichtungen dafür, daß strukturelle Ungleichheiten aller Art Gesellschaftstrumpf bleiben und nachholende Modernisierung in keinem Fall mit aufholender verwechselt werde, sind zahlreich und werden im Rahmen der Gipfel allenfalls erwähnt und repräsentiert. Sie werden außerhalb von deren symbolischen Tänzen und deren interessiertem Verantwortungstakt eingesetzt. Als da sind: International Monetary Fund (IMF), Weltbank, World Trade Organization (WTO) und verwandte, einseitig wirksame Instrumente mehr. All diese Institutionen, westnordwärts dominiert und weithin definiert, sorgen vor allem dafür, daß die Tore des großen Rests der Welt weit geöffnet sind bzw. werden; und daß diese Länder und ihre Akteure bank- und investitionsvertragszuverlässig agieren. Damit die mächtigen globalen Spieler und mit ihnen die herrschaftsvollen nationalen Staaten hemmungslos und aller sozialen Kosten enthoben, spekulieren, innovieren, investieren, produzieren und verkaufen können beziehungsweise nationalherrschaftsstaatlich den abfallenden Wohlstand in ihren Grenzen einzuheimsen und zu verteidigen vermögen.

Diese Funktionen illustriert eine Karikatur aus der wahrhaft nicht antikapitalistisch orientierten Neuen Züricher Zeitung vom 6. Februar zum World Economic Forum in Davos. Diese Karikatur und die von mir daraus herausgelesene (vielleicht nicht beabsichtigte) Botschaft kann im gleichen Sinne für die G-7-Gipfel illustrativ benutzt werden. Das World Economic Forum mitten in den gletscherbedeckten Bergen befindet sich in einer dick ummauerten Klause, natodrahtumgeben, mit einer dicken Tür versehen, an deren

Group of 7

► Kooperation im Rahmen der G-7 findet auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in regelmäßigen Tagungen (sog. Weltwirtschaftsgipfel) statt. Mittelpunkt dieser Konferenzen ist die Erörterung der globalen Wirtschafts- und Währungsfragen. Darüber hinaus werden wirtschaftlich relevante Sonderprobleme behandelt, wie die internationale Finanzpolitik, Verschuldungsfragen, Umweltschutz, Drogen- und Waffenhandel, Probleme der Migration oder Transformationsprozeß im früheren Ostblock. Seit Rußland in die Beratungen einbezogen wurde, spricht man auch von der »G-7 plus Rußland« oder der »G-7 plus 1«, teilweise auch von den G-8. Mitglieder im Club sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA, (Rußland). (Zur Geschichte der G-7-Treffen siehe auch den Artikel von Klaus Wardenbach in *iz3w 235*.)



Eine Aura globaler Bedeutung durchzieht die Stadt

Foto: U. Moschner/version

Seiten zwei Zündschnüre mit explosiven Enden hervorstehen. Vor der Tür liegt, kleiner als das Forum, der Erdball. Dieser wird seinerseits im Halbkreis von Militärs mit entsicherten Waffen umstellt. Damit ist die explosive, konflikttreibende Konstellation der strukturell und dynamisch ungleichen Weltökonomie ebenso angezeigt wie der geschlossene Laden der Habend-Herrschenden (freilich im Sinne der kapitalistischen Dynamik selbst Ohnmächtigen), die – sich ihrer explosionsgefährdeten Lage bewußt – darauf ausgehen, sich durch die Militärs zusätzlich sichern zu lassen (wenngleich eine Doppelexplosion, militärisch bewirkt, gleichfalls denkbar ist).

Unter den allzu abstandslosen Sozialwissenschaftlern gibt es neuerdings nicht wenige, die unbekümmert von »komplexem Weltregieren« daherreden, ohne daß sie die Art und Weise, wie, in Richtung welcher Interessen, mit welchen Voraussetzungen und welchen Formen der Beteiligung solches »Weltregieren« stattfinden könnte oder sollte, irgend genauer in Augenschein nehmen. Sie beschränken sich, dem G-7-Gipfel und ihren Staaten gemäß selbstredend, auf die »OECD-Welt«, also die kapitalistisch entwickelten oder in ihrem Aufholprozeß weitgediehenen Staaten. Sie unterstellen gleicherweise nicht nur die kapitalistische Prämisse; sie setzen ebenfalls voraus, daß es mit Demokratie und Menschenrechten in diesen OECD-Staaten weithin zum besten bestellt sei. Unter so vielen Voraussetzungen ist es dann fast ein Leichtes, internationale Einrichtungen wie die G-7-Gipfel als Vorkehrungen anzusehen, die – ein wenig verwässerte und die Herrschaft der Repräsentanten zusätzlich dehnende – »Demokratie« verantwortlich erlauben.

Die vielen Voraussetzungen, die nicht mehr bedacht werden, sind anders auch als Abstraktionen zu qualifizieren. Von Abstraktion spricht man, wenn man, sei´s in Begriffen, sei´s in Institutionen, sei´s in Gesetzen oder Handlungen, von jeweiligen Besonderheiten absieht; wenn einen solche Besonderheiten nicht kümmern. Die sozialen Kosten – produziert durch die Spekulationskrisen, durch rasch auf Aufholjagd getriebenen Kapitalismus und durch unvermittelt auf eher traditionale Gesellschaften aufgeherrschte, vor allem technische Innovationen – übersteigen alle unsere phantasievolle Faßkraft. Dieser Umstand erleichtert es, jedenfalls inmitten der G-7er Staaten und ihres näheren Umkreises, und dort wiederum innerhalb der wohlsituierten Schichten, den Abstraktionen der profitierenden Staaten und der dieselben begrifflich verdoppelnden Wissenschaftler zu folgen. Und doch sind diese immensen humanen Kosten ein täglicher globaler Schrei gegen die Indolenz, die Schmerz- und Leidensunempfindlichkeit der führenden Staaten und ihrer interessierten Nach- und Vorschätzer. Mehr denn je im Verlaufe der modernen Entwicklung drohen angewandte Abstraktionen ganze Gruppen von Menschen, wenn nicht direkt auszurotten, so doch deren Lebenschancen aufs äußerste zu verringern. Die Abgehobenheit der großen ökonomischen und (der sie ohne Eigensinn begleitenden) politisch-staatlichen Prozesse garantiert eine undemokratische Entrückung, die bürgerliches Verständnis, geschweige denn bürgerliche Teilnahme unmöglich macht. Daraus erwächst nicht zuletzt das, was nur Scharlatane positiv gerichtet Individualisierung zu nennen vermögen, sprich eine Vereinzelung, die dort selbstredend am schlimmsten wirkt, wo sie nicht nur die verelendende Vereinzelung, sondern das vereinzelte Elend in verelendeter Masse bedeutet.

An diese abstrakten Zusammenhänge und Konsequenzen sollten sich auch und vor allem diejenigen erinnern, die in demokratisch menschenrechtlich gerichteten NGOs arbeiten und/oder die sich hoffend auf solche NGOs beziehen und von deren Politik habhafte Änderungen des tollwütigen Weltkapitalismus und seiner höchst einseitigen staatlichen und gesellschaftlichen Profiteure erhoffen. Nicht nur ist NGO nicht gleich NGO. Eine ganze Reihe der so genannten betreiben mehr oder minder abhängig und abstandslos Regierungs- und/oder kapitalistische Politik. Und viele kümmern sich überhaupt nicht um

Stabilisierter Kapitalverkehr

▶ Die Finanzminister und Notenbankchefs der G-7 einigten sich im Februar darauf, ein »Forum für Finanzstabilität« einzurichten, in dem die G-7, nationale Behörden und internationale Einrichtungen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) vertreten sein werden. Ziel des Gremiums ist die Beobachtung des Banken-, Versicherungs- und Wertpapiermarktes, um Finanzkrisen frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu treffen. Eine direkte Kontrolle und Regulierung der Wechselkurse von Euro, Dollar und Yen, wie sie Ex-Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine anstrebt, scheiterte allerdings an der Ablehnung der USA. Auch andere Regulierungen für die Finanzmärkte sind tabu. Der freie Kapitalverkehr gilt nach wie vor als bester Weg zur Förderung der Weltwirtschaft, die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika geben lediglich Anlaß zur Beobachtung, um ein Übergreifen auf andere Märkte zu verhindern.

ihren Unterbau. Sie werden darum auch und gerade inmitten der Weltgipfelei und ihrer dünnen Lüfte mehr oder minder rasch koop-tiert. Darum gilt: gerade inmitten und entgegen der globalisierenden Abstraktionen, in deren Rahmen es auf »Peanuts«, auf etliche Tausend oder Millionen von Menschen oft kaum noch ankommt, bedeutet Kritik globalisierter Ersatzpolitik a la G-7-Gipfel und der in ihr zum Ausdruck kommenden, der von ihr weltweit wenigstens symbolisch mitdurchgesetzten Interessen, zuerst und zuletzt, die jeweiligen nationalstaatlichen Voraussetzungen und Konsequenzen (einschließlich entsprechender Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit) nachhaltig zu bedenken.

Staatsleute und Charaktermasken

► Auch gerade die Macht- und Herrschaftsvollsten sind ohnmächtig, wenn´s um politische Gestaltung ökonomisch-innovatorischer Dynamiken geht, die sich von menschenrechtlich demokratischen Interessen emanzipiert haben. Darum gibt es nur eins: Kritik, phantasievolle Arbeit an Alternativen, Mobilisierung u.ä.m. können nur außerhalb der herrschenden Gipfelei und ihrer spezifischen nationalstaatlichen Unterbauten geschehen. Was immer sich bei den Staatsleuten individuell abspielen mag – in der Sache stellen sie nicht mehr dar als das, was Karl Marx lange vor der Medialisierung des Menschen, vor allem des professionellen Politikers, der mehrfach zum Medium wird, »Charaktermasken« genannt hat. Demgemäß können diese Staatsleute bestenfalls nur das bewirken, was den Interessen der Institutionen entspricht, die sie repräsentieren. So verständlich die immergrüne Hoffnung ist, die G-7-er Staatsleute und ähnliche Größen möchten sich einen »Ruck« geben und angesichts der menschenmordenden Probleme, wie dem Hunger, der Flucht, der Obdachlosigkeit, der Bürgerkriege, der genozidalen Zuspitzungen, die ökonomischen und politischen Produktionsformen ändern, die diese Probleme mitproduzieren –, so nachvollziehbar diese dauernd erneuerte Hoffungsnaivität ist, so wenig ist sie denen erlaubt, die kritisch wach geworden sind und wach bleiben wollen. Erfahrene, hinsehende Hoffnung, nicht Illusion, ist gefragt. Das aber heißt im Zusammenhang des G-7-Gipfels: Forderungen an dessen Teilnehmende zu richten, ist notwendig. Indes: irgend anzunehmen, die G-7-Staaten bewegten sich auch nur einen Fingerbreit weg von den dominanten, kapitalistisch vorgegebenen und in ihnen (die sie die welthierarchisch oben Wohnenden vertreten) verinnerlichten Welt-Klassen-Interessen – eine solche Hoffnung wäre töricht.

Global angewandte Abstraktionen verringern die Lebenschancen von Millionen

Die Folgerung daraus lautet nicht, zu resignieren, gar, wie dies häufig der Fall ist, mit mehr oder minder fliegenden Fahnen zu den etablierten Interessen überzugehen. Diese herrschen nicht zufällig; sie verfügen gleichfalls nicht zufällig über einen großen Sack positiver und negativer Sanktionen, sprich aller möglichen Formen der Anerkennung und der Repressionen; und sie werden nicht ohne Not, sprich ohne Druck infolge höherer Einsicht auf ihre Herrschafts- und Habenspositionen verzichten. Die Konsequenz lautet vielmehr: die Waffe der Kritik in der Tat zur Kritik der Waffen umzuschmieden, sprich der dominanten und miteinander gekoppelten ökonomisch-kapitalistischen, politisch-staatlichen und kulturell vereinzelnden und alle Bürger zu Konsumenten degradierenden Produktionsformen andere radikaldemokratisch materialistisch menschenrechtliche Produktionsformen entgegenzustellen. Indem man an denselben konzeptionell arbeitet; indem man für solche überall, wo irgendeine Möglichkeit besteht, überzeugend mobilisiert; indem man wenigstens fetzenweise und unvermeidlich ambivalent praktisch anzusetzen sucht. Radikale Reformen – und nur um solche kann es sich handeln, nicht um die terroristische Illusion von revolutionären Drehbühnen –, radikale Reformen in Inhalt und in Form sind heute angesichts global gewordener Alternativlosigkeit schwieriger denn je; zugleich sind sie nötiger denn je.

Es lohnt sich, um die Differenzen zum gegenwärtigen Zustand und seiner Dynamik zu kämpfen, die besonders in Krisenzeiten die Differenz ums Ganze ausmachen können. Sich für Menschenrechte und Demokratie engagieren heißt, nicht zuletzt auf Details zu achten. Nicht nur der Teufel, auch die Menschenrechte stecken im Detail. Gerade inmitten der Globalisierung, ihrer Krisen und ihrer agitierten Akteure a la G-7-Staatsleute. Diese sehen auf ihre kurzfristigen etablierten Interessen, da zählen die Details der Armen, der Arbeitslosen und Flüchtlinge wenig. Sie setzen auf langfristige Entwicklungen, die sie fahrlässig als wachsenden Fortschritt im Sinne wirtschaftlichen Wachstums für alle Länder vorgaukeln, ohne die enormen sozialen und ökologischen Kosten fort und fort zu bedenken. Und ohne sich an Lord Keynes' Einsicht täglich zu erinnern: »In the long run we are all dead.« Also auf gegen den G-7-Gipfel. Nicht aber fixiert auf seine Charaktermasken. Die humanen Alternativen sind qua etablierter Gipfelei nicht zu erstürmen; nicht einmal ein notwendiges Minimum Schlimmeres verhindernder politischer Gestaltung.

► **Wolf Dieter Narr** lehrt Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin und ist Mitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie.

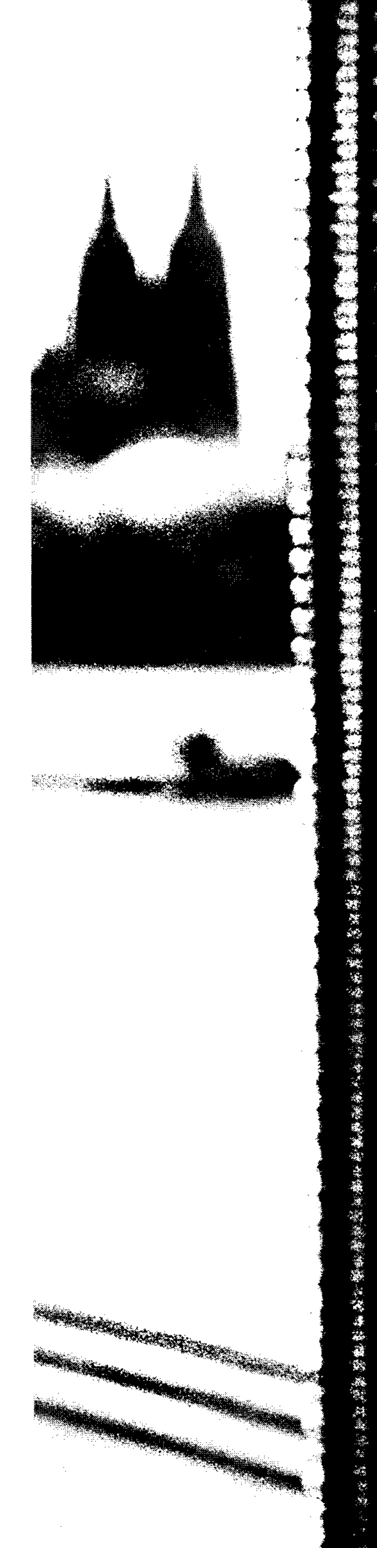


Foto: U. Moschner/version

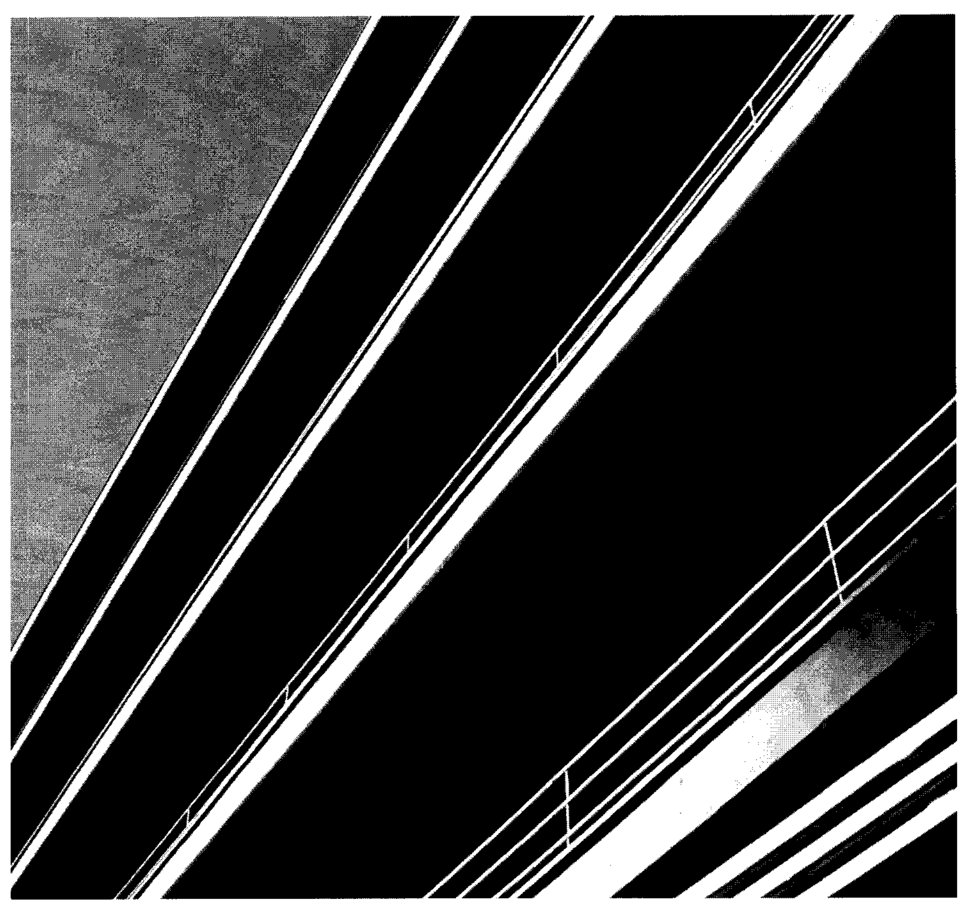


Foto: U. Moschner/version

European Champions
Die EU als supranationalerWettbewerbsstaat

von **Markus Wissen**

Auch innerhalb der Linken sehen viele in der EU den Ansatzpunkt, um gegenüber den Finanzmärkten politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Die jüngere Geschichte der EU zeigt jedoch, daß diese vor dem Hintergrund der Krise der kapitalistischen Ökonomien seit den 70er Jahren neoliberalen Politikkonzepten folgt. Das Binnenmarktprojekt und die Währungsunion dienen vor allem der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und einer grenzüberschreitenden Kapitalkonzentration.

► Am 1. Januar 1999 begann mit der Fixierung der Wechselkurse von elf Währungen die Europäische Währungsunion (EWU). Die nationalen Banknoten und Münzen bleiben zwar noch drei Jahre in Umlauf, an ihren Austauschverhältnissen wird sich jedoch bis zur Einführung von Euro-Münzen und -Noten Anfang 2002 nichts mehr ändern. Die Währungsunion ist der vorläufige Höhepunkt einer seit Mitte der 80er Jahre beschleunigten Integrationsdynamik.[1]

Vor allem an der Währungsunion hat sich nicht nur in der deutschen Linken eine Debatte entzündet, deren Pole durch die Positionen »ablehnend« und »skeptisch befürwortend« markiert sind. Die GegnerInnen der EWU begründen ihre Position mit dem neoliberalen Charakter des Projekts: Während die internationale Konkurrenzfähigkeit europäischen Kapitals durch den Abbau der Währungsschranken gestärkt werde, würden die sozialen und regionalen Disparitäten innerhalb Europas vertieft. Nach außen stärke die Währungsunion den Festungscharakter der EU. Politik werde damit noch stärker von vorgeschobenen und realen ökonomischen Sachzwängen bestimmt.

Die BefürworterInnen der EWU sehen dies genau anders herum: Erst eine – freilich um sozial- und beschäftigungspolitische Komponenten erweiterte – Währungsunion ermögliche es angesichts der Definitionsmacht unregulierter Finanzmärkte, politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen. »Wenn Währungspolitik heute noch Gewicht haben kann«, so Jürgen Trittin, »dann nur auf der Ebene von Einheiten wie den USA oder eben Europa. (...) Je größer das hinter einer Währung stehende Gewicht, um so größer die Spielräume für die Politik« (*Trittin in FR 27.3.97*). Darüber hinaus biete die EU-Integration die Chance, DM-Nationa-

lismus und deutsches Großmachtstreben zu neutralisieren.

Für beide Positionen lassen sich Argumente anführen. Auf der einen Seite bildet die EWU die monetäre Ergänzung eines Binnenmarktes, den der damalige EG-Kommissar Karlheinz Narjes 1988 als die »größte Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte« bezeichnet hat. Sie steht somit für die bislang höchste Stufe eines Integrationsprozesses, der die Handlungsspielräume europäischen Kapitals zu erweitern versucht. Andererseits kann die EWU aber – mit einer gehörigen Portion guten Willens – auch als Bestreben der Politik interpretiert werden, sich aus nationalstaatlichen Beschränkungen zu lösen und sich dort zu organisieren, wo die Ökonomie dies auch tut – auf der supranationalen Ebene. Nur hier, so ließe sich argumentieren, kann ein politisches Gegengewicht sowohl zu den munter fusionierenden transnationalen Konzernen als auch zu den spekulativen Geldkapital-Bewegungen geschaffen werden.

Der letzteren Position liegt allerdings die Prämisse eines rein äußerlichen Verhältnisses von Politik und Ökonomie zugrunde: Unberührt von gesellschaftlichen Voraus- und Auseinandersetzungen schafft demnach der Staat die »Rahmenbedingungen«, unter denen das Kapital agiert. Während er dies früher von der nationalen Ebene aus unternommen hätte, müsse er sich heute für den selben Zweck supranationalisieren. Die staatliche Fähigkeit, ökonomische und soziale Interessen miteinander zu versöhnen, ist hier folgerichtig eine Frage der Kongruenz von politischem und ökonomischem Raum (und natürlich der Besetzung des Staatsapparates mit dem richtigen Personal). Diese Argumentation steht für eine aktualisierte, globalisierungsadäquate Variante des sozialdemokratischen Etatismus.

Demgegenüber weist die These von der EWU als einem Vehikel des Neoliberalismus in die richtige Richtung, bedarf allerdings einer Differenzierung. Das Prädikat »neoliberal« wird meist verliehen, wenn politische Regulierungen zugunsten einer größeren Bewegungsfreiheit des Kapitals abgebaut oder vereinfacht werden. Dabei wird jedoch vernachlässigt, daß der neoliberale Staat über die Maßnahmen der Deregulierung hinaus einen konstitutiven Part im Prozeß ökonomischer Modernisierung und bei der Regulation der mit dieser einhergehenden Widersprüche spielt. Marktbeziehungen sind auch unter neoliberalen Bedingungen ein »politischer und staatsvermittelter Prozeß«[2]. Die EU ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Stellt sie doch tatsächlich – soweit ist der etatistischen Argumentation recht zu geben – eine der Globalisierung angemessene Ergänzung bzw. Transformation nationaler Staatlichkeit dar. Sie ist jedoch gerade nicht für die von den Vertretern dieser Position angestrebte Neuauflage des fordistischen Klassenkompromisses auf internationaler Ebene nutzbar, sondern entspricht einem supranationalen Wettbewerbsstaat, der die Position europäischen Kapitals in der Triadenkonkurrenz zu stärken vermag. Mit der EU wird erfolgreich um die Durchsetzung des neoliberalen Transformationsprojekts gerungen.

Mit der Rede von »Sachzwängen« werden Gegner und Verlierer der EU-Integration diszipliniert

Konkurrenz zwingt ins Geschäft

► Das soll im folgenden anhand der jüngeren Geschichte der europäischen Integration erläutert werden. Die Beschleunigung der Integrationsdynamik in den 80er Jahren geschah vor dem Hintergrund der Krise, die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die entwickelten kapitalistischen Ökonomien erfaßte. In vielen Fällen wurde zunächst versucht, dieser grundlegenden Erschütterung des die Nachkriegszeit prägenden fordistischen Entwicklungsmusters im nationalstaatlichen Rahmen und unter sozialdemokratischen Vorzeichen beizukommen. Der europäische Integrationsprozeß erlebte eine Stagnationsphase. Die nationalen Strategien der Krisenregulierung enthielten, wie das Beispiel der Bundesrepublik zeigt, sowohl keynesianische als auch neoliberale Elemente. Von einer dominanten neoliberalen Strategie als neuem kohärenten Entwicklungsmodell ließ sich in Westeuropa erstmals 1979 in Großbritannien nach der Machtübernahme der Konservativen unter Margaret Thatcher sprechen.

Die Schwierigkeit, unter den noch vom keynesianischen Klassenkompromiß geprägten gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen neoliberale Reformen im nationalstaatlichen Rahmen durchzusetzen, ist eine Ursache dafür, daß die europäische Option für relevante gesellschaftliche Gruppen in den frühen 80er Jahren an Bedeutung gewann. Die Europäische Union stellt eine besondere Form von Staatlichkeit dar, die sich von den repräsentativ-demokratischen Formen nationaler Staatlichkeit in Westeuropa erheblich unterscheidet. Ihre zentralen Apparate – Kommission und Ministerrat – sind den institutionellen und legitimatorischen Zwängen, denen sich nationale Parlamente und Regierungen ausgesetzt sehen, weitgehend enthoben. Auf dem Terrain des supranationalen Staates in Gestalt der EU stießen die nationalen Machtblöcke bei der Durchsetzung neoliberaler Reformen auf weniger Widerstände und Legitimationsprobleme als in den nationalstaatlichen »Arenen«. Die EU wirkt »wie ein sich dauernd vergrößernder Verschiebebahnhof. Auf dem Weg über Brüssel als Regulierungskomplex (...) erfolgt heute schon die Durchsetzung des anders nicht ohne weiteres Durchsetzbaren« (*W.D. Narr in iz3w 164*).

Eine zweite Ursache für den Bedeutungsgewinn der ökonomischen Integration besteht in den spezifischen Nachteilen europäischer Unternehmen im verschärften internationalen Wettbewerb: Im Gegensatz zu den USA und Japan, die über große Binnenmärkte verfügen, wurde der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital in Westeuropa durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie unterschiedliche Verbrauchssteuern, technische Normen, Standards im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie durch unterschiedliche Währungssysteme behindert. Eine Aufhebung dieser Beschränkungen lag daher im Interesse westeuropäischer Unternehmen. Zu Beginn der 80er Jahre zeichnete sich eine konflikt- und konkurrenzbedingte transnationale Neuformierung der europäischen Klassenverhältnisse zugunsten von weltmarktorientierten Kapitalen und Geldvermögensbesitzern ab. Diese schuf die Grundlage für die weitere Vertiefung der europäischen Integration.

Fusionen auf Binnenmärkten

► Bereits 1979 war mit der Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) ein wichtiger Schritt gemacht. Die Wechselkurse der europäischen Währungen wurden fixiert, durften aber von ihrem in ECU (European Currency Unit) festgelegten jeweiligen Leitkurs in der Regel um +/-2,25 Prozent abweichen. Die Notenbanken der westeuropäischen Staaten unterwarfen sich der von der deutschen Bundesbank verfolgten Stabilitätspolitik. Damit wurden nicht nur die Wechselkurse stabilisiert, sondern auch die innenpolitischen Gegner neoliberaler Reformen diszipliniert. Die als stabilitätspolitische Notwendigkeit verkaufte, faktisch aber interessengeleitete Anpassung an ökonomische »Sachzwänge« formt fortan die nationalen Kräfteverhältnisse in neoliberalem Sinne um.

Im selben Kontext steht auch die Binnenmarktpolitik der EU. 1985 veröffentlichte die Kommission ein Weißbuch, das knapp 300 zur Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes für notwendig befundene Harmonisierungs-Maßnahmen auflistete. Diese wurden von den nationalen Regierungen bis Ende 1992 weitestgehend umgesetzt.[3] Die Vollendung des Binnenmarktes hatte zum einen eine erhebliche Verschärfung des Konkurrenzdrucks zur Folge. Hiervon betroffen waren und sind vor allem solche Branchen wie z.B. Textil, Bekleidung und Kraftfahrzeuge, deren Unternehmen weniger in einem Qualitäts- als in einem Preiswettbewerb zueinander stehen und die bislang den Schutz moderater nicht-tarifärer Handelshemmnisse genossen. Für die hier Beschäftigten und ihre gewerkschaftlichen Interessenvertretungen erhöhte sich der Druck zu tarifpolitischen

Zugeständnissen – das Binnenmarkt-Projekt diente als Instrument zur »Disziplinierung« der Lohnabhängigen in den nationalen Arbeitskämpfen. Zum anderen löste der Beschluß zur Vollendung des Binnenmarktes eine Welle der Kapitalkonzentration aus. Zahlreiche Unternehmen – aus EG-Staaten ebenso wie aus Drittländern – nahmen den Beschluß zur Vollendung des Binnenmarktes zum Anlaß, in der EG nach Partnern zu suchen.[4]

Der Prozeß der grenzüberschreitenden Kapitalkonzentration zugunsten von »European Champions« – europäischen Unternehmen also, die in der Triadenkonkurrenz eine führende Rolle spielen – wird noch durch die europäische Technologiepolitik und Fusionskontrolle unterstützt. Offizielles Ziel europäischer Technologiepolitik ist es, »die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der Gemeinschaft zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern« (Art. 130f, EG-Vertrag). Unterstützt werden etwa grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen im Bereich von Technologien, denen für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie strategische Bedeutung zukommt und deren Entwicklung die finanziellen und Know-How-Kapazitäten eines einzelnen Unternehmens übersteigt. Dabei handelt es sich der Kommission zufolge um Informations-, Bio- und Umwelttechnologien (Kommission der EG 1993:16).

Mit der Europäischen Fusionskontrolle von 1989 wird zudem für Unternehmenszusammenschlüsse eine rechtliche Grundlage geschaffen. Die entsprechende Ministerrats-Verordnung betrachtet grenzüberschreitende Fusionen als Entwicklung, die »den Erfordernissen eines dynamischen Wettbewerbs entspricht und zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, zu einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen sowie zur Anhebung des Lebensstandards in der Gemeinschaft führt« (EWG-Verord.Nr.4064/89). Zwar stellt sie Fusionen unter den Vorbehalt, daß sie den Wettbewerb nicht dauerhaft schädigen dürfen. Gleichzeitig legt sie aber den Maßstab für Wettbewerbsbeschränkungen so hoch, daß faktisch kaum ein Zusammenschluß verhindert werden kann. Der eigentliche Sinn der europäischen Fusionskontrolle liegt denn auch weniger in der Garantie eines möglichst uneingeschränkten Wettbewerbs, als in der »strategischen Gestaltung von Märkten, um die Konzentration von Unternehmen in bestimmten Branchen zu fördern«[5].

Regulation der Widersprüche

► Die Dynamik der europäischen Integration seit den 80er Jahren trägt zur Verfestigung eines sozial und räumlich hierarchisch strukturierten und damit ausgrenzenden Entwicklungsmusters bei. Die von der EU geförderte weltmarktfähige Hochwertproduktion verfügt im Gegensatz zur fordistischen Massenproduktion nur über eine begrenzte Integrationsfähigkeit. Das bedeutet, daß nur ein privilegierter Teil der Lohnabhängigen an ihren »Segnungen« teilhaben kann. Eine weitaus größere Zahl sieht sich entweder mit Arbeitslosigkeit oder mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Arbeitskraft im Rahmen prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu veräußern. Hochwertproduktion konzentriert sich desweiteren an solchen Orten, die über geeignete ökonomische, soziale und kulturelle Bedingungen verfügen. Das gilt für metropolitane Regionen und andere Zentren flexibler Akkumulation, aber in der Regel nicht für ländliche und altindustrielle Gebiete.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die sich verschärfenden Widersprüche vermittelt werden.[6] Drei Punkte sind in diesem Zusammenhang wichtig: Erstens ist auf die Rolle des Nationalstaats zu verweisen. Er ist im Vergleich zu supranationalen Gremien, die »mit der Internationalisierung des Kapitals und der Unterstützung (oder Begrenzung) der strukturellen Konkurrenzfähigkeit der Triade-Regionen und ihrer nationalen Teilökonomien beschäftigt zu sein scheinen«, noch am ehesten in der Lage, »sich mit sozialen Konflikten und der Umverteilungspolitik, mit sozialer Integration und Kohäsion zu befassen«[7].

Zweitens verfügt die Europäische Kommission mit den Strukturfonds über ein Instrument zur Förderung der modernisierungsfähigen Segmente in den Problemregionen. Bei diesen handelt es sich vor allem um flexible kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Durch gezielte Modernisierungsmaßnahmen wird deren Fähigkeit verbessert, Marktnischen zu besetzen oder/ und eine kreative Rolle in den von transnationalen Konzernen dominierten Wertschöpfungsketten zu spielen. Aus der Zusammenarbeit von Unternehmensführungen, Betriebsräten, modernen Gewerkschaftsflügeln, regionalen Staatsapparaten und wissenschaftlichen Einrichtungen entwickeln sich zum Teil regionale Modernisierungskoalitionen, die die sozialen Widersprüche überlagern und ihre jeweiligen Standorte in der interregionalen Konkurrenz zu profilieren versuchen (*s. iz3w Nr. 222*).

Drittens schließlich entstehen dort, wo es an modernisierungsfähigen Elementen mangelt, die Bedingungen für Bündnisse, die ihre Region oder Teilregion mit spezifischen steuerlichen und tarifpolitischen Anreizen in der Standortkonkurrenz positionieren. Sofern es gelingt, mobiles Kapital mit dem Kostenargument seßhaft zu machen und einfache Arbeitsplätze (unter fragwürdigen Bedingungen) zu schaffen, ergibt sich die Möglichkeit einer kurzfristigen Problementlastung, wo ansonsten Arbeits- und Perspektivlosigkeit zu einer Gefahr für die soziale Stabilität auszuwachsen drohen.

Alle drei Konstellationen entfalten eine integrative Wirkung. Sie absorbieren oppositionelles Potential und verpflichten es auf die Standortlogik. Ob sie das sozial ausgrenzende Entwicklungsmuster dauerhaft zu stabilisieren vermögen, ist damit noch nicht gesagt. Die Chancen dazu stehen aber nicht schlecht.

Anmerkungen:

1 Nach über einem Jahrzehnt der integrationspolitischen Stagnation wurde 1986 die Einheitliche Europäische Akte (EEA) verabschiedet, die die Vollendung des Binnenmarktes bis zum 1. Januar 1993 vorsah. Ihr folgten die Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997). Für 1999 ist die Verabschiedung der »Agenda 2000« geplant, die neben der Osterweiterung der EU Reformen in den Bereichen Agrar- und Strukturpolitik vorsieht.

2 Röttger, Bernd 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster, S.70.

3 Dabei spielte der Cecchini-Bericht (1988) eine besondere Rolle. Er wurde unter Leitung des italienischen Ökonomen Paolo Cecchini erarbeitet und versuchte auf der Basis von Modellrechnungen, die Kostenvorteile des Binnenmarktes zu bestimmen. Er errechnete, daß durch die Vollendung des Binnenmarktes Kosten in Höhe von 200 Mrd. ECU (gut 400 Mrd. Mark) eingespart würden und weiter innerhalb weniger Jahre 1,8 Mio. neue Arbeitsplätze sowie höhere wirtschaftliche Wachstumsraten und niedrigere Verbraucherpreise zu erwarten seien. Selbst von wohlwollenden Kommentatoren wurden diese Annahmen als überzogen bezeichnet.

4 Die Mehrzahl aller Fusionen und Übernahmen in der EU finden zwar nach wie vor innerhalb der Mitgliedsstaaten statt. Dennoch nehmen grenzüberschreitende Konzentration innerhalb der EU sowie Übernahmen von bzw. die Fusion mit westeuropäischen Firmen seitens Unternehmen aus Drittstaaten seit 1986 stark zu (European Commission 1996: 115 ff.).

5 Starbatty, Joachim/Uwe Vetterlein 1992: Europäische Technologie- und Industriepolitik nach Maastricht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11, 16-24, S.17.

6 Bei diesen handelt es sich sowohl um soziale und regionale Disparitäten als auch um Konflikte zwischen Kapitalgruppen, die im weltweiten Qualitätswettbewerb stehen und Nutznießer der europäischen Integrationsdynamik sind, sowie solchen, die durch letztere (ebenso wie durch die kapitalistische Transformation Osteuropas) einem bisweilen ruinösen Preiswettbewerb ausgesetzt wurden.

7 Jessop, Bob 1997: Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Steffen Becker u.a. (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin/Hamburg, 50-95, S.77.

► **Markus Wissen** ist Mitarbeiter des BUKO-Arbeitsschwerpunktes »Weltwirtschaft«



Foto: R. Maro/version

Ticket zum globalen Markt

EU-Entwicklungspolitik und Lomé-Verträge

von **Gerhard Klas**

Seit 1975 sind die Lomé-Verträge Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (damals EG) und den Ländern der Dritten Welt. Unter dem EU-Vorsitz der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1999 soll nun das 5. Lomé-Nachfolgeabkommen unter Dach und Fach gebracht werden. Kritiker bemängeln, daß es vor allem der Handelsliberalisierung dienen soll und die Dominanz der EU verstärkt.

► Bisher galt das Lomé-Abkommen der EG-Staaten mit ihren Ex-Kolonien im Vergleich zu anderen multilateralen Verträgen als vorbildlich, weil es den insgesamt 71 Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) im Handel mit der EG/EU Vorteile gewährte (*siehe iz3w 226*). Die einstigen Motivationen der EG (Rohstoffsicherung und Verbleiben der unabhängig gewordenen Staaten im westlichen Einflußbereich) sind jedoch mittlerweile hinfällig geworden. »Die Postkolonialzeit ist vorbei«, verkündete der zuständige EU-Kommissar Joao de Deus Pinheiro bei der Vorstellung der Leitlinien zur Umgestaltung des Abkommens. »Das Geber-Empfänger-Denken« zwischen EU und AKP-Staaten müsse überwunden werden, heißt es zynisch.

Im Sommer 1998 übertrug der EU-Ministerrat das Verhandlungsmandat der EU-Kommission. Das Nachfolgeabkommen soll nun endlich den Vorgaben des Maastrichter Vertrages gerecht werden, der im Artikel 130 ausdrücklich auf das Ziel einer »harmonischen Eingliederung« der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft hinweist. Diese Integration in das weltwirtschaftliche Gefüge soll gemäß der Liberalisierungsbestimmungen der Welthandelsorganisation WTO erfolgen. Handelsvorteile, die den AKP-Staaten im Zuge des Lomé-Abkommens gewährt werden, verstoßen jedoch gegen das internationale Handelsrecht der WTO. Deshalb soll das Nachfolgeabkommen die für viele AKP-Staaten ökonomisch bedeutenden Handelspräferenzen schrittweise abbauen. Zu diesen Präferenzen zählen garantierte Abnahmequoten und Zollfreiheit für bestimmte Erzeugnisse aus den AKP-Staaten (Bananen, Rindfleisch, Zucker, Rum). Zwar zählen über die Hälfte der AKP-Staaten zu den ärmsten Entwicklungsländer und fallen damit unter eine WTO-Sonderregelung, die ihnen einseitige Handelspräferenzen für eine Übergangszeit zugestehen würde. Für alle anderen gelten die Präferenzen jedoch nur noch bis zum Jahr 2003. Zudem müssen sie sämtliche Importbeschränkungen fallen lassen.

Die Einfuhren der EU aus den AKP-Staaten machen keine 5% mehr aus

Vor diesem Hintergrund zeigt die Geschäftswelt neuerdings verstärktes Interesse an einigen Schwellenländern im südlichen Afrika. Vertreter der AKP-Staaten befürchten jedoch drastische Konsequenzen für ihre Ökonomien. Erst im vergangenen Herbst äußerten sich Wirtschaftsexperten auf einem Treffen der Blockfreien Staaten im südafrikanischen Durban besorgt darüber, daß die afrikanischen Märkte im Zuge der Globalisierung und Deregulierung mit ausländischen Waren überschwemmt und die schwachen Ansätze einer eigenständigen ökonomischen Infrastruktur zerstört werden.

Die EU klagt hingegen über eine negative Handelsbilanz: Während 1996 die AKP-Staaten Güter im Wert von 44 Milliarden Mark nach Europa exportierten, erfolgte in umgekehrter Richtung lediglich ein Warenfluß von 37 Milliarden. Bemerkenswert ist dabei die Zusammensetzung der Produktpalette: Mehr als sechzig Prozent der europäischen Gesamteinfuhren aus den AKP-Staaten machen Kaffee, Kakao, Rohrzucker, Baumwolle und Bananen, Erdöl und Rohdiamanten aus. Im Gegensatz dazu exportiert Europa in die AKP-Staaten vor allem verarbeitete Produkte. Zu 60 Prozent handelt es sich um Maschinen, mechanische Geräte, Fahrzeuge, landwirtschaftliche und chemische Erzeugnisse. Machten die Einfuhren der EU aus den AKP-Staaten 1980 noch 16 Prozent des gesamten Importvolumens aus, sind sie in den 90er Jahren auf unter fünf Prozent gesunken. Der Anteil Afrikas am Welthandel ist nach Angaben der OECD von 4,4 Prozent Anfang der 70er Jahre auf 2,2 Prozent in den 90ern gefallen. Europäische Nichtregierungsorganisationen (NGO), die in Afrika tätig sind, warnen hin-

sichtlich der ungleichen ökonomischen Potenz vor den katastrophalen Auswirkungen der WTO-Regeln: »Globalisierung macht nur Sinn zwischen Ländern mit mehr oder minder gleichem Wirtschaftsstandard. Wie soll der afrikanische Agrar- und Industriesektor die europäische Konkurrenz ohne Schutzmaßnahmen verkraften?« (*Le Monde diplomatique, 12.6.1998*).

Die neue Chefin des BMZ, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), kündigte an, sich gegen die »Sachzwänge der Globalisierung« wehren und den »Kapitalismus zähmen« zu wollen (*FR, 4.12.98*). Doch bereits im vergangenen Jahr betonte der damals noch sozialdemokratisch dominierte Bundesrat unmißverständlich seine Ergebenheit gegenüber den Regelungen der WTO. Es ging um die EU-Bananenmarktordnung, die jüngst von der WTO verworfen wurde. Sie regelt den Import von Bananen in die EU und bevorzugt dabei EU-Produzenten und Anbieter aus AKP-Staaten. Nun soll die EU bis Ende 1999 eine WTO-konforme Lösung finden, d.h. die Bevorzugung der AKP-Bananen abschaffen.

Regionale Weltmarktintegration

▶ Ein weiterer Konfliktpunkt zwischen AKP-Staaten und EU ist die geplante Regionalisierung des Abkommens. Zukünftig sollen laut EU-Kommission die regionalen Zusammenschlüsse innerhalb der AKP-Staaten jeweils »Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit« abschließen. Im November 1997 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der AKP-Staaten in der gabunischen Hauptstadt Libreville jedoch nachdrücklich für den Fortbestand der AKP-Gruppe in ihrer aktuellen Gestalt und auch für eine Fortführung des bestehenden Lomé-Abkommens ausgesprochen. Großzügig will die EU »diesen politischen Willen respektieren« und bietet den AKP-Ländern ein »neues globales Abkommen« an, das den »Rahmen für die differenzierten regionalen Abkommen« bildet. Der Rahmen besteht aus den »allgemeinen Zielen und Grundsätzen«, dazu zählen neben »institutionellen Aspekten« auch Menschenrechte und Armutsbekämpfung. Um die handfesten ökonomischen Interessen soll es hingegen bei den Regionalabkommen gehen. Die »Stärkung der regionalen Integration« und damit der potentiellen Verhandlungspartner ist nach Meinung der EU-Kommission Garant für den baldigen Anschluß an die globale Marktwirtschaft. Als Gesprächspartner betrachtet die EU regionale Zusammenschlüsse wie die Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika SADC und die karibische Gemeinschaft CARICOM.

Technische Hilfe und finanzielle Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF; Bestandteil des Lomé-Abkommens) an die AKP-Staaten will die EU stärker als zuvor an Bedingungen knüpfen. Wesentlicher Bestandteil des EEF sind die Fonds zur Stabilisierung der AKP-Exporterlöse in der Landwirtschaft (STABEX) und im Bergbau (SYSMIN). Sie sollen die negativen Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise auf die produzierenden Länder abfedern. Anspruch auf Leistungen aus diesen Fonds bestehen jedoch nur dann, wenn die betreffenden Rohstoffe einen hohen Stellenwert in den Exporteinnahmen der antragstellenden AKP-Länder haben.

Zwar konnte die Budgetierung der Fonds den Bedarf der AKP-Staaten in der Vergangenheit nicht decken. Dennoch verstärkten STABEX und SYSMIN eine einseitige Exportorientierung auf Rohstoffe. Nach wie vor ist den AKP-Ländern keine Diversifizierung ihrer Produktpalette gelungen. Trotzdem ziehen die Regierungen der AKP-Staaten die Fortführung der bisherigen Regelungen dem nun von der EU forcierten Modell vor. Das EU-Modell will sämtliche Fonds zu einer »programmierbaren Hilfe« zusammenfassen. In dieser »programmierbaren Hilfe« werden die bisherigen Bedarfskriterien für den Erhalt von Mitteln um das Kriterium der »Leistung« ergänzt, das sich auf »Erfolg und gute Haushaltsführung« stützt. Die EU will die AKP-Staaten noch mehr an die kurze Leine nehmen und die bisher endgültigen Zusagen finanzieller Mittel nur noch als Richtwert verstanden wissen, der »alljährlich zu überprüfen wäre« (EU-Kommission).

Nicht mehr Bedürftigkeit, sondern Erfolgsaussichten für Investoren sollen gepaart mit der Forderung nach »good governance« (»verantwortungsbewußte Staatsführung«) nunmehr Prüfungsgrundlage für finanzielle Entwicklungshilfe sein. Unter »good governance« versteht die EU nicht nur wirtschaftliche Effizienz, sie betont auch politische Aspekte. Die EU-Kommission spricht im Vertragsentwurf häufig und gerne von Menschenrechten und Demokratie. NGOs aus den AKP- Staaten warnen in diesem Zusammenhang vor einer Funktionalisierung des Demokratiebegriffs.

Jüngstes Beispiel für ein ambivalentes Demokratie- und Menschenrechtsverständnis ist der Umgang der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mit dem 1998 gewählten Regime von Gnassingbe Eyadema in Togo. Auf Grundlage des derzeitigen Abkommens stellt zwar die EU-Kommission mit der Begründung, der Machthaber verstoße gegen Menschenrechte, die Zahlung von Entwicklungshilfegeldern ein. Das hindert einzelne Mitgliedsstaaten, u.a. Deutschland, jedoch nicht daran, gleichzeitig Massenabschiebungen dorthin durchzuführen (*siehe iz3w 230*). Die Abschiebepraxis der EU-Länder soll gemäß dem Verhandlungspapier durch wirtschaftlichen Druck noch effektiver gestaltet werden. Die EU verlangt eine Kooperation der AKP-Staaten bei der Bekämpfung des Drogenhandels und gegen »illegale Migration«. Auch eine »Rücknahmeverpflichtungsklausel« für illegal eingereiste Flüchtlinge aus den AKP-Staaten soll in den Nachfolgevertrag eingebaut werden, betonte die EU-Kommision nach der ersten Lomé-Verhandlungsrunde im November 1998.

WTO vs. Lomé?

▶ Im Gegensatz zur EU, der es mit der Demontage von protektionistischen Instrumenten und Handelspräferenzen vor allem um eine Anbindung an die Bestimmungen der WTO geht, fordern die AKP-Länder eine »entwicklungsfördernde Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen«. NGOs – weniger die Staatspräsidenten der einzelnen AKP-Staaten – betonen die Bedeutung von ökologischen und sozialen Mindeststandards. Sie erwarten von der EU einen Aktionsplan, der eine Entschuldung der AKP-Staaten in die Wege leitet. Aus ihrer Sicht stellt die Verschuldung nach wie vor eines der wichtigsten Entwicklungshemmnisse dar. So muß die Subsahara-Region mittlerweile mehr als 80 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für den Schuldendienst aufwenden.

Unterstützung finden die AKP-Positionen im Europäischen Parlament (EP) und der u.a. von terre des hommes und der Deutschen Welthungerhilfe ins Leben gerufenen Initiative »Eurostep«. Eurostep befürwortet ein gemeinsames Vorgehen der EU und AKP-Regierungen, um eine Strategie gegen die Regeln der WTO und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu entwickeln, die eine »entwicklungsfördernde wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EU und AKP verhindern« (*Süd-Nord Report, Mai 1998*). EU und AKP stellen innerhalb der WTO mittlerweile 71 der insgesamt 132 Mitglieder.

Auch wenn heute viel von der Legitimationskrise des neoliberalen Wirtschaftsmodells gesprochen wird, sind die Verhandlungen um das Lomé-Nachfolgeabkommen ein Beleg unter vielen, daß dies zumindest nicht für den Handelsbereich gilt. Zwar geben sich EU-Gremien – ebenso wie das BMZ, das in Deutschland das Wirtschaftsministerium in der Zuständigkeit für das Lomé-Abkommen beerbt hat – große Mühe, mit Begriffen wie »good governance«, »Regionalisierung« oder »Dezentralisierung« zu suggerieren, es ginge um die Auflösung starrer, postkolonialer Strukturen und um entwicklungspolitische Zielsetzungen. Tatsächlich geht es jedoch vielmehr um die Anpassung an die WTO-Bestimmungen sowie die Verfolgung von Wirtschaftsinteressen der EU-Staaten. Den Preis wird die Bevölkerung in den AKP-Staaten zahlen müssen.

▶ **Gerhard Klas** ist Redakteur der Sozialistischen Zeitung – SoZ.

Länderregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Länderregister / Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Nr. / Seite **Palästina**

Nr. / Seite **Paraguay**

Nr. / Seite **Philippinen**

Nr. / Seite **Rwanda**

Nr. / Seite **Südafrika**

Nr. / Seite **Südostasien**

Nr. / Seite **Togo**

Nr. / Seite **Tschad**

Nr. / Seite **Türkei**

Sachregister

Nr. / Seite **Antisemitismus**

Nr. / Seite **Armut / »Sozialpolitik« / Strukturanpassung**

Nr. / Seite **Banden / Warlords / Gangs / Bürgerkriege**

Nr. / Seite **Befreiungsbewegungen / Soziale Bewegungen**

Nr. / Seite **Biopolitik / Neue Technologie**

Nr. / Seite **Cultural Studies / Postcolonial studies**

Nr. / Seite **Demokratie / Wahlen / Parteien**

Nr. / Seite **Drogen**

Nr. / Seite **Energie- und Klimapolitik**

Nr. / Seite **Entwicklungspolitik / -theorie / Nord-Süd-Politik**

Nr. / Seite **Film**

Register für die Hefte 227-234 Jahrgang 1998

iz3w

Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension

Sachregister

Abkürzungen: Kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension



Foto: H. Sachs / version

Hasen im Pfeffer

Der Protest gegen die Kölner Gipfel – vielfältig und widersprüchlich

Die Gipfel von EU und G8 in Köln sind Anlaß für eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen, ihren Widerstand gegen die »Politik der Herrschenden« auszudrücken. Doch die Kritik setzt an sehr unterschiedlichen Punkten an. Teilweise widersprechenden sich die Forderungen und Parolen sogar: »Gegen Arbeitslosigkeit« und »Gegen Arbeit« oder »Gegen den Ausverkauf des Staates« und »Für das Ende des Staates«. Dennoch sprechen die Organisatoren von gegenseitiger Ergänzung und von Zusammenarbeit.

► Gegen den EU-Gipfel (3.-6.6.) richtet sich die **Euromarschbewegung**, die in Frankreich im Rahmen der Streikbewegung im Winter 1995/96 entstanden ist. Im Anschluß an die große Demonstration zum EU-Gipfel in Amsterdam 1997 ist es den Euromärschen gelungen, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu organisieren, die mittlerweile über einige Ausstrahlungskraft in West- und Südeuropa verfügt. Die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung werden zwei Wochen vor Beginn des EU-Gipfels an verschiedenen Orten in Europa starten und mit einer Großdemonstration gegen den EU-Gipfel in Köln enden. Aus Prag wird ein Fahrradkonvoi über Dresden nach Köln gelangen; in Athen startet ein Zug, der über die Türkei, Mazedonien, Jugoslawien und Kroatien Köln erreichen wird. In der BRD werden Märsche von Erwerbslosen und die »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« initiiert. In Brüssel setzt sich ein Marsch mit belgischer, spanischer und französischer Beteiligung in Bewegung, und ItalienerInnen werden – ähnlich wie vor zwei Jahren beim Gipfel in Amsterdam – versuchen, kostenlos mit dem Zug nach Köln zu gelangen.

Als Demonstrationstermin und Abschlußtag der Euromärsche entschied man sich für Sonnabend, den 29. Mai. Das liegt zwar einige Tage vor dem Gipfel, aber allein der Wochenendtermin ermöglicht die internationale Beteiligung in größerem Umfang. An der Demonstration werden auch rund 100 Mitglieder der brasilianischen Landlosenbewegung MST sowie 500 indische Bäuerinnen und Bauern teilnehmen, die im Juni durch Europa reisen, um über die Auswirkungen der WTO zu informieren (*siehe iz3w 235*).

Um die Kritik an der EU und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu vertiefen, schließt sich der Demonstration ein dreitägiger Gegengipfel an. Hier soll versucht werden, die unterschiedlichen Gegenpositionen zur EU zu integrieren. Aus »lokalen Delegierten von kämpfenden Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften aller Länder« soll ein Erwerbslosenparlament konstituiert werden. Ebenfalls im Rahmen des Gegengipfels werden sich antirassistische Gruppen und Initiativen von MigrantInnen und Flüchtlingsorganisationen zu Beratungen über die weitere internationale Zusammenarbeit treffen.

Die verschiedenen politischen Positionen, die bisher im Rahmen der Euromärsche vertreten werden, dürften sich allerdings nicht ganz einfach zusammenbringen lassen. Hier

Euromarsch-Aufruf

► »In Köln treffen sich die Vertreter eines Europa und einer Welt, in der ein Großteil der Bevölkerung Erwerbslosigkeit und Elend erfährt, während sich auf der anderen Seite Reichtum aufhäuft und konzentriert und die Zerstörung der Umwelt fortgesetzt wird. Wir werden die Regierenden nicht in Ruhe tagen, bürgerfern walten und gegen und ohne uns entscheiden lassen. (...) Wir rufen dazu auf, mit mindestens vier wichtigen Forderungen nach Köln zu ziehen:

- Garantiertes individuelles Einkommen, das jeder und jedem erlaubt, in Würde zu leben, ohne Diskriminierung des Alters, des Geschlechts, der Herkunft usw.

- Massive Schaffung neuer, sozial und ökologisch nützlicher, tariflich gesicherter und entlohnter Arbeitsplätze; sofortige, gleichzeitige Reduzierung der Arbeitszeit in ganz Europa, mit entsprechenden Neueinstellungen, ohne Lohn- und Kaufkraftverlust und ohne Flexibilisierung; Gleichstellung von Frauen und Männern in Hinsicht auf Arbeit und Einkommen.

- Verbesserung aller sozialen Leistungen in Europa, mit jeweiliger Angleichung an das für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafteste Niveau.

- Für ein Europa, das gegenüber den Völkern des Südens wie des Ostens offen und solidarisch ist, ohne Rassismus, ohne Ausgrenzung oder Ausweisung, mit gleichen und garantierten Rechten für alle Bewohner, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir fordern das Recht auf Arbeit und Einkommen, aber wir wollen damit auch die Debatte über die Notwendigkeit der Überwindung eines Wirtschaftsmodells eröffnen, das uns abhängig macht von den Entwicklungen des Marktes und des Wettbewerbs.

- Für den Aufbau einer forderungs- und widerstandsorientierten internationalen sozialen Bewegung. (...)«

► *Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, 50823 Köln; Fon: 0221-95200-08, Fax -77; e-mail: koeln99@gmx.net*

stehen sich z.B. gewerkschaftsnahe Forderungen nach sozialstaatlicher Lösung der Krisen (Arbeit für alle!) und diejenige nach Existenzgeld seitens der Erwerbslosenbewegung gegenüber. So enthält ein gesonderter Aufruf der Euromarschbewegung an die Gewerkschaften die Forderung nach garantiertem individuellem Einkommen nicht. In der Bundesrepublik hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) auf ihrem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, die Euromärsche zu unterstützen. Dies könnte immerhin ein Fortschritt im Verhältnis von Einzelgewerkschaften als Vertreter der Arbeitsplatzbesitzenden zur Erwerbslosenbewegung darstellen.

Gemeinsam ist den Forderungen der Euromarschbewegung (siehe Kasten) jedoch, daß sie keine grundlegende Kritik an kapitalistischer Vergesellschaftung und der Rolle des Staates darin formulieren. Die angestrebte Debatte über die »notwendige Überwindung eines Wirtschaftsmodells, das auf Wettbewerb und Markt beruht«, wirkt fast wie ein Fremdkörper und steht im Widerspruch zu den übrigen Forderungen.

Linke Kontinuitäten

► Eine andere Stoßrichtung verfolgt das **Bundesweite Bündnis linksradikaler, antifaschistischer, radikalökologischer und autonomer Gruppen gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel**. Dieser Zusammenschluß wird einen eigenen »Diskussions- und Widerstandskongreß« am 3./4. Juni in Köln (mit Demonstration am 3.6.) durchführen. Im Aufruf zum Kongreß, der sich »an fortschrittliche, revolutionäre und soziale Bewegungen des europäischen Kontinents und darüber hinaus« wendet, heißt es: »Wir schlagen weder eine Reform der EU vor noch die Rückkehr zu einem Europa der Einzelstaaten, sondern die Zerschlagung der EU als imperialistisches Projekt und die Schaffung einer solidarischen und klassenlosen Gesellschaft, frei von patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Die Idee eines europäischen und internationalistischen Gegenkongresses anläßlich des EU-Gipfels im Juni 1999 in Köln ist mit der Vorstellung verbunden, eine Grundlage für die europaweite Organisierung von antifaschistischen, antirassistischen, linksradikalen, feministischen und autonomen Gruppen und Bewegungen zu schaffen, die sich in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre als handlungsfähige Bezugsstruktur etablieren soll.« Der Kongreß will sich in sieben Foren mit folgenden Themen beschäftigen: Ökonomie, Rassismus, EU-Imperialismus/Kolonialismus, Antifaschismus; Repression/Konterrevolution; Ökologie und (Neue) Technologie(n), Patriarchat, Sexismus und Bevölkerungspolitik. Das linksradikale Spektrum will darüberhinaus auch zur Euromarschdemo am 29.5. und zu einer G7-Demonstration, die am 19.6. (s.u.) stattfinden soll, aufrufen.

Dem Schielen nach Öffentlichkeit folgt das Zurechtstutzen der eigenen Entwürfe

Vor allem zu Aktivitäten gegen den G7/8-Gipfel mobilisiert das **Bündnis Köln 99**. Dieses breite und größte Bündnis, das zunächst nach seinem Treffpunkt in der Antoniterkirche benannt war, wurde im Frühjahr 1998 ins Leben gerufen. Bisher haben rund 100 Organisationen und Gruppen an den Treffen teilgenommen. Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses ist durchaus repräsentativ für die politische Breite des Gesamtbündnisses. Darin sind vertreten: der BUND, der BUKO, die Euromärsche, der freie Zusammenschluß der StudentInnenschaften (fzs), das Grün-Alternative Jugendbündnis, die ila, die Jusos, Kein Mensch ist illegal, das lokale Kölner Bündnis gegen die Gipfel, das Netzwerk Friedenskooperative, das NRO-Frauenforum, Play fair Europe! und WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung).

Die vom Bündnis 99 geplanten Aktivitäten gegen den WWG sind vielfältig. In der Zeit zwischen den beiden Gipfeln soll es ein Widerstandscamp geben. Die erste Veranstaltung, organisiert vom NRO-Frauenforum, findet am 16.6. statt. Dort werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitswelt der Frauen analysiert. Ein Gegengipfel am 17./18.6. wird sich im wesentlichen auf drei Themen konzentrieren: Weltwirtschaft, Verschuldung und internationale Finanzsysteme (federführend für diesen Komplex ist WEED), Zukunft der Arbeit (medico international) und Migration (Kein Mensch ist illegal). In allen drei Themenkomplexen sollen patriarchale Gesellschaftsverhältnisse, Ökologie und die Militarisierung von Konflikten behandelt werden. Ziel des Gegengipfels ist es, konkrete Alternativen aufzuzeigen und diese »medien- und öffentlichkeitswirksam« darzustellen.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Öffentlichkeitswirksam sind Alternativen – falls überhaupt existent – meist nur, wenn sie zu vermitteln sind. Dem Schielen nach Öffentlichkeit folgt aber immer das Zurechtstutzen der eigenen Entwürfe. Das dürfte auch für die Diskussion um Alternativen »im emanzipatorischen Bereich der Zivilgesellschaft« gelten, die Peter Wahl als ein Hauptziel des Kongresses nannte. Solche Reformen mit emanzipatorischer Absicht beschreiben in etwa den Rahmen des realpolitisch Machbaren, und darauf möchte sich ein großer Teil des Bünd-

nisses auch konzentrieren. Deshalb war die Formulierung »Bleiberecht für alle« im Aufruf umstritten (s. Kasten), und aus demselben Grund dürfte die ursprünglich vorgesehene Forderung nach »Reparationen für koloniale und neokoloniale Ausbeutung« letztlich gestrichen worden sein. So ist es auch kein Zufall, daß der Begriff »Kapitalismus« in dem Bündnis 99-Aufruf nur am Rande vorkommt (»kapitalistische Länder«) und stattdessen etwas nebulös von »herrschender Weltordnung« und »Weltsystem«, die es zu verändern gelte, oder dem Neoliberalismus die Rede ist. Der seit jeher bestehende Widerspruch zwischen pragmatischen Reformen und dem Ziel der Abschaffung des Kapitalismus hätte, wenn er schon nicht zu lösen ist, zumindest offengelegt werden können – hier gilt der gleiche Einwand wie der zu den Euromärschen. Zudem hätte mit einer etwas tiefergehenden Analyse die simple und historisch überholte Aufteilung der Welt in die »Gewinninteressen der transnationalen Konzerne und Banken« auf der einen und »die Interessen der großen Mehrheit der Menschen« auf der anderen Seite vermieden werden können. In dieser dichotomen Weltsicht scheint die Hoffnung auf das – qua Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie – gewissermaßen natürliche Subjekt der Veränderung durch. Diese Aufteilung in herrschende Imperialisten und Unterdrückte sowohl seitens des linksradikalen Bündnisses als auch des Bündnis 99 stellt eine Kontinuität dar zu den Protest-Kampagnen gegen den IWF 1988 (Berlin), den WWG 1992 (München) oder den EU-Gipfel 1994 in Essen.

Wer umzingelt wen?

▶ Die Vorbereitung des Gegengipfels scheint noch eine der leichteren Übungen zu sein. Komplizierter gestalten sich die Organisation und Koordination der Demonstration am 19.6. mit einzelnen weiteren Aktivitäten. So ruft z.B. für den Tag der Demonstration die v.a. von kirchlichen Organisationen getragene Kampagne »Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung« (*siehe ila Nr. 221 sowie iz3w 232 u. 235*) zu einer Konkurrenzveranstaltung auf: Nach dem Vorbild des letzten WWG in Birmingham, wo 50.000 Menschen sich die Hände reichten, soll eine Menschenkette das Kölner Konferenzgebäude umzingeln. Nach der Auflösung der Kette wird die Erlaßjahrkampagne dann zur Abschlußkundgebung von »Bündnis Köln 99« einladen.

Eine Schwierigkeit besteht vielleicht auch darin, daß seit einigen Jahren keine Demonstrationen in dieser Bündnisbreite mehr veranstaltet wurden. Eingespielte Abläufe und Strukturen sind ebensowenig vorhanden wie gemeinsam erarbeitete und formulierte Positionen und Forderungen. Ob eine zahlenmäßig große Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgifel zustande kommt, wird sowohl von den Absprachen zwischen den verschiedenen politischen Spektren abhängen, als auch davon, ob es in den einzelnen Städten gelingt, über Debatten zu den Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise und zu rudimentär vorhandenen Alternativen Menschen nach Köln zu bewegen. Ein Meilenstein in Richtung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung werden die Gegenaktivitäten zum WWG nicht sein – aber zumindest der Versuch, verschiedene linke und alternative Kräfte in gemeinsamen Aktionen punktuell zu verbinden. Nach etlichen Jahren der Abstinenz auf bundesweiter wie auf lokaler Ebene könnte sich dieser Versuch mal wieder lohnen.

Nachbemerkung: Auffällig ist, daß sich im Rahmen der Protestbewegungen eine Art »europäische Identität« herausbildet. Bisher geschieht dies sonst nur auf der Ebene der transnational agierenden Wirtschaftsunternehmen. Demgegenüber hat sich die europäische Politik weitgehend vergeblich darum bemüht, bei der breiten Masse der Bevölkerung ein die nationalen Denkmuster zumindest teilweise übergreifendes europäisches Bewußtsein zu initiieren. So zeigt sich einmal mehr, wie kritische Bewegungen zur Modernisierung der Gesellschaft beitragen – ob sie es wollen oder nicht.

▶ *Grundlage des redaktionellen Textes ist ein in der Zeitschrift analyse und kritik erschienener Beitrag von Georg Wißmeier, der gekürzt, bearbeitet und ergänzt wurde.*

Aufruf des Bündnis Köln 99

▶ »(...) In ihrem aktuellen Gewand des Neoliberalismus stellt die herrschende Weltordnug nach wie vor eine Bedrohung für die Menschen dar. Sie zerstört die Umwelt ebenso wie die soziale Sicherheit. (...) Sie verfestigt und begünstigt die Unterdrückung und Ausbeutung besonders von Frauen weltweit. (...) Bei gleichzeitigem Reichtum und Warenüberfluß wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte haben die Schulden der arm gemachten Länder gigantische Größenordnungen erreicht. (...) Die reichen Gläubiger haben sich damit auf Generationen hinaus die »Rechte« an Ressourcen und zukünftigen Arbeitsleistungen der Schuldnerländer angeeignet. Gleichzeitig müssen sich die Schuldnerländer den Auflagen von IWF und Weltbank beugen (...). Über 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht (...). Weit davon entfernt, ihre Verantwortung für diese Situation anzuerkennen, errichten die EU und G7-Staaten rund um ihre Grenzen Zäune und Mauern. (...) Staatliche Politik und alltäglicher Rassismus reichen sich die Hand. Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes nimmt beständig zu, sowohl zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« als auch innerhalb der reichen kapitalistischen Länder. (...)

Gegen diese »Ordnung« der Welt hat sich längst international Widerstand organisiert. In allen Teilen der Welt kämpfen Menschen gegen die verschiedensten Formen der Ausbeutung und Unterdrückung.« (Es folgt eine Aufzählung, wie sich weltweit Menschen gegen patriarchale Strukturen, Naturzerstörung, gesellschaftliche Ausgrenzungen, Schuldenfalle, Erwerbslosigkeit, Diskriminierung und Rassismus organisieren.) »Für das nächste Jahrtausend müssen die Weichen der Weltwirtschaftsordnung umgestellt werden. Nicht die Gewinninteressen der transnationalen Konzerne und Banken, sondern die Interessen der großen Mehrheit der Menschen, wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, intakte Umwelt, Bildung und Arbeit, müssen auf der Tagesordnung stehen. (...) Sie müssen die Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die weder auf Ausbeutung noch auf Unterdrückung basieren. (...) Mit unseren Aktionen wollen wir unsere Alternativen vorstellen (...).Wir fordern:

- Streichung aller Schulden der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas!
- Existenzsicherung und Recht auf sozial geschützte Arbeit!
- Beseitigung der Fluchtursachen; BürgerInnenrechte für ImmigrantInnen; Bleiberecht für alle!
- Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sozialen und ökologischen Kriterien!«

▶ *Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln; Fon: 0221/9520008, Mobil: 0173/2834948, Fax: 0221/9520077; e-mail: koeln99@gmx.net; http://www.eu-g7.de*



Foto: Warner Brothers Movie Wold

Tanz der Vampire
Eine kritische Bilanz der Anti-MAI-Kampagne

von der **MAI-AG Berlin**

Das vorläufige Scheitern des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) schreiben dessen Gegner gerne den Aktivitäten der Anti-MAI-Kampagne zu. Die Mobilisierung gegen das Vertragswerk und der öffentliche Druck hätten zu einem Einlenken der Staatsvertreter geführt. Nicht zuletzt deuten die nun im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) fortgesetzten Verhandlungen jedoch darauf hin, daß sich die Vertragsparteien kaum an der öffentlichen Meinung orientieren.

► Das MAI ist tot. Die Rechnung der »Dracula«-Strategie scheint aufgegangen zu sein: »Ein politischer Dracula war im Licht der Öffentlichkeit nicht lebensfähig«, kommentierte Lori Wallach (*Public Citizen*, N.Y.) die geplatzten MAI-Verhandlungen. *Le Monde diplomatique* bezeichnete den Abbruch der OECD-Verhandlungen als einen »unbestreitbaren Sieg der Bürgerinitiativen, die in zahlreichen Ländern und insbesondere Frankreich die Öffentlichkeit mobilisiert haben« (Christian de Brie, 11.12.98). An Selbstbewußtsein fehlt es ihr also nicht, der Anti-MAI-Kampagne, die sich als regelrechte Bilderbuchkampagne präsentiert: Ein Skandal wird aufgedeckt, in der Öffentlichkeit bekannt gemacht, die Verantwortlichen benannt, Empörung geweckt, Druck aufgebaut und »das MAI zu Fall gebracht« (ebd).

Zwar war in einigen Ländern die Kampagne stärker und breiter als in Deutschland, doch die Glorifizierung einer wohl eher imaginären Bürgerbewegung, wie sie in der *taz* (15.10.98) und in *Le Monde diplomatique* erfolgte, verkennt die politischen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse. Deshalb werden wir die Ursachen darstellen, an denen das MAI – unserer Meinung nach – gescheitert ist, bevor wir unsere selbstkritische Skizze der Anti-MAI-Kampagne in der BRD vorstellen.

Am 14. Oktober 98, kurz vor einer neuen Verhandlungsrunde, zog sich die französische Regierung von den MAI-Verhandlungen zurück. Premier Jospin begründete seinen Schritt damit, daß einige der MAI-Klauseln zu weitgehend seien und sie den Verlust staatlicher Handlungsfähigkeit und Souveränität zur Folge hätten. Zugleich begrüßte er die Idee, ein weniger weitgehendes Abkommen in der WTO zu verabschieden. Der Rückzug Frankreichs war also weniger ein »Erfolg des Widerstands der Intellektuellen und Kulturschaffenden« (taz), sondern vielmehr Ausdruck der bestehenden Widersprüche innerhalb der OECD und ein taktisches Manöver, aber auch die Betonung der eigenen Autonomie gegenüber z.B. den deutschen Nachbarn.

Das MAI fällt in eine Zeit, in der die Skepsis gegenüber neoliberaler Politik wächst

Die Verhandlungen innerhalb der OECD waren von Beginn an nicht widerspruchsfrei, denn einerseits befinden sich die Staaten in ständiger Konkurrenz um neue Absatzmärkte und die Erweiterung ihrer Einflußgebiete, andererseits stehen sich innerhalb einer Nationalökonomie verschiedene Kapitalinteressen von größeren und kleineren Unternehmen gegenüber. Verschiedene Konfliktfelder, die für sich genommen das MAI vielleicht nicht verhindert hätten, blockierten in ihrer Gesamtheit die Unterzeichnung des Vertrages (siehe dazu auch *iz3w Nr. 228*). Alle Staaten strebten danach, von den Liberalisierungen des MAI in anderen Ländern zu profitieren und gleichzeitig möglichst große Bereiche der eigenen Wirtschaft zu schützen. Im April 1998 hatten die OECD-Staaten bereits über 1000 länderspezifische Ausnahmen aufgelistet und damit die Verhandlungen blockiert. Auf die Spitze getrieben wurde dies von den mächtigsten Verhandlungsparteien, der EU und den USA. Die EU wollte die Vorteile ihres liberalisierten Binnenmarktes schützen, die USA wollten die gesamte föderale Gesetzgebung ihrer Bundesstaaten ausklammern. Weiterhin verlangten die USA eine Sondergenehmigung für ihre Investitionsboykotte, mit denen sie Unternehmen mit Sanktionen bedrohen, die in »terroristischen« Ländern wie Cuba, Lybien oder Iran investieren. Dies ist ein langjähriger Streitpunkt zwischen den USA und der EU, der auch innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) noch nicht geklärt ist.





Die Krise des Fordismus

Ein weiterer Streitpunkt war der innenpolitisch sensible Bereich der »kulturellen Eigenständigkeit«. Insbesondere Frankreich und Kanada versuchten schon zu Beginn der Verhandlungen über Ausnahmeregelungen ihre nationalen Kulturindustrien vor dem Ausverkauf durch internationale Multimedia-Giganten zu schützen. Zu einer Zeit, in welcher die materielle Sicherheit zum Luxusgut von wenigen wird, stellt die staatlich subventionierte Kultur eine wichtige Ressource dar, um die Bevölkerung ideologisch als »nationale Schicksalsgemeinschaft« zusammenzuhalten. Sowohl die Debatten über das MAI, als auch dessen vorläufiges Scheitern, fallen in eine Zeit, in welcher die Skepsis an der neoliberalen Globalisierung in der öffentlichen Diskussion an Raum gewinnt.

Empörung über Geheimverhandlungen

► Es gibt also diverse Gründe für das Scheitern des MAI. Die Anti-MAI-Kampagne gehört – unserer Meinung nach – nicht dazu. Schon die Entstehung der Anti-MAI-Kampagne und vor allem die Dynamik, die diese entfalten konnte, sind vor allem auf das Versäumnis der OECD zurückzuführen, gesellschaftlich relevante Gruppen in den Diskussionsprozeß um das MAI miteinzubeziehen. Die Skandalisierung dieser Kommunikationslücke war die Stärke der Kampagne. Mit ihrer begrenzten Kraft nutzten die AktivistInnen dieses Vakuum.

Das Internet als Informations- und Kommunikationsmittel prägte von Beginn an den Charakter der Kampagne[1]. Die Dynamik des Informationsflusses sorgte für die rasche Verbreiterung der Kampagne, setzte aber gleichzeitig neue technische und soziale Standards für die politische Arbeit. Faxgerät und Telefon reichten wohl für die lokale Koordination aus, für den Anschluß an die internationalen Debatten und bundesweiten Terminlisten brauchte mensch aber zumindest eine e-mail-Adresse. Dies ist sicher ein Grund dafür, warum die bundesweite Anti-MAI-Kampagne zum Großteil von Studierenden und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) getragen wurde. Andererseits war es Personen mit Internetzugang durchaus möglich, als Einzelkämpfer zu agieren. Der gesamte e-mail-Verteiler der deutschen Anti-MAI-Kampagne wurde z.B. von einer Person betreut. Neben der high-tech Ausrichtung der Anti-MAI-Kampagne waren auch persönliche Kontakte für die strategische Planung und inhaltliche Diskussion unerläßlich. Über die bundesweiten Treffen – in der BRD meist von Play Fair Europe! und dem Freien Zusammenschluß von Studierendenschaften (fzs) organisiert – verfestigte sich ein Arbeitszusammenhang, der über die Möglichkeiten virtueller Kontakte hinausging.

NGOs waren besonders auf internationaler Ebene die Hauptakteure der Kampagne. In Zusammenarbeit mit dem Third World Network Malaysia stellte das Canadian Centre for Policy Alternatives (CCPA) Mitte 1997 seine erste Online-Analyse »Das MAI – Der Vertrag zur Herrschaft der Konzerne« ins Internet. Es war kein Zufall, daß der weltweite Protest von Kanada ausging: Vor kaum fünf Jahren wurde dort bereits gegen das Vorbild des MAI, den NAFTA-Vertrag, mobilisiert. In die BRD gelangten erste Informationen über das MAI erst über persönliche Kontakte des Autors Tony Clarke zu der Ökofeministin Maria Mies[2], die das Kölner *Komitee Widerstand gegen das MAI* gründete und ab Herbst 1997 die Anti-MAI-Kampagne in der BRD initiierte.

In der BRD widmeten sich in der Folge vor allem WEED (*Weltwirtschaft Ökologie & Entwicklung e.V.*) und *GermanWatch* dem Thema MAI. Ihre Kritik am MAI zielte nicht grundsätzlich gegen ein Abkommen zur Regelung von Investitionsströmen, sondern gegen die einseitige Bevorteilung der Großkonzerne durch das MAI. »Das wirtschaftliche Potential der Direktinvestitionen enthält eine große Chance, zu wirtschaftlichem Wohlergehen beizutragen, wenn es in den Dienst einer sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung gestellt wird«.[3] Sie forderten ein Investitionsabkommen, das im Rahmen einer noch zu gründenden Weltkonferenz über Investitionen und nachhaltige Entwicklung durch die UNO verhandelt und zur Stärkung des internationalen Umwelt- und Sozialrechts beitragen sollte. Unter dem Motto »Stoppt das MAI« versuchten NGOs in verschiedenen OECD-Ländern durch Lobbying den Verlauf der Verhandlungen zu beeinflussen. Tatsächlich übernahm die OECD im Laufe des Jahres 1997/98 schrittweise schwammig formulierte Umwelt- und Sozialstandards (Nachhaltige Entwicklung, ILO-Standards).

Dracula und seine Erben

► Obwohl bereits diverse Industrielobbyisten Alarm schlugen, hätten die eingefügten Standards das MAI jedoch kaum aufgeweicht. In der Öffentlichkeitsarbeit der NGOs wurde dennoch oft von der »Dracula-Strategie« gesprochen: Das MAI-Monster könne nicht weiter existieren, wenn mensch es aus seinem Sarg im Keller der OECD ans Licht der Öffentlichkeit zerre. Das Schüren von Empörung über die »Geheimverhandlungen auf höchster Ebene« hatte ohne Zweifel eine mobilisierende Kraft. Nebenwirkungen sind jedoch nicht abzustreiten. Bei fehlendem Hintergrundwissen führte die Skandalisierung zu der Schlußfolgerung, die Rechte der BürgerInnen seien durch eine Verschwörung der Kapitalisten und deren Marionetten, der Politiker, in Gefahr. Aus dieser Reduktion

komplexer Inhalte auf einfache Erklärungsmuster, unter Aussparung einer konsequenten Kapitalismus- und Staatskritik, resultierte eine unheilige Allianz zwischen linken InternationalistInnen und rechten VaterlandsverteidigerInnen. Denn am Beispiel des MAI war es zwar gelungen, den verstärkten Einfluß von transnationalen Konzernen und ihren Lobbyorganisationen auf völkerrechtliche Verträge zu thematisieren, doch war dieser Blick stark durch eine nationalstaatliche Optik geprägt. Nach ersten Kommentaren, die auf die fehlende (materialistische) Staatskritik der Kampagne hinwiesen (vgl. *Jungle World, 25. März 98*), begann die offene Auseinandersetzung mit dem Kongreß »Das MAI – der Gipfel der Globalisierung« im April 1998 in Bonn, der zugleich Höhepunkt der deutschen Kampagne war. Die Teilnahme von Personen aus dem Umfeld der (Neuen) Rechten und am Kongreß verteilte Flugblätter, die das MAI zur »Existenzfrage unseres Volkes« erhoben und gleichzeitig vor der »Zerstörung des Nationalstaates Deutschland durch die Aufnahme von Millionen von Besitzlosen aus aller Welt« warnten (Flugblatt der Bügerinitiative besorgter Bürger), stellten die bisherige politische Ausrichtung der Anti-MAI-Kampagne grundsätzlich in Frage. Unter dem Motto »Stoppt das MAI« warnte die Kampagne vor dem »Ende der nationalen Souveränität, des Föderalismus und der Demokratie« und einer drohenden »Herrschaft der Konzerne«.

Durch diese Interpretation war es in der Folge äußerst schwierig, Auswirkungen des MAI-Vertrages zu thematisieren, welche der pauschalen Opferrolle der Nationalstaaten widersprachen. Obwohl in einzelnen Abschnitten des MAI explizit der Bereich der Rüstungsindustrie und der nationalen Sicherheit von jeglichen Liberalisierungen ausgenommen wird und auf die Aufgabe der Staaten, (ausländisches) privates Eigentum zu schützen, eingegangen wird, blieb diese repressive Seite nationalstaatlicher Organisation in der Kampagne weitgehend unbeachtet. Es ist der Anti-MAI-Kampagne nicht gelungen, neben der Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten von transnationalen Konzernen auch die veränderte Rolle der Nationalstaaten in der Weltwirtschaft zu beschreiben.[4] Mit der Idee, den Staat zu einem Bollwerk gegen die Negativfolgen der Globalisierung auszubauen, haben große Teile der Kampagne dem Mythos von einem gerechten (Wohlfahrts-) Staat neuen Auftrieb geben und damit die BürgerInnen ihrem nationalen Wettbewerbsstaat wieder ein Stück näher gebracht.

Woran läßt sich vor diesem Hintergrund nun der Erfolg einer politischen Kampagne messen? Wirft mensch die inneren Widersprüche der OECD-Verhandlungen und den politischen Einfluß der Anti-MAI-Kampagne in die Waagschalen, so bleibt der Widerstand ein Federgewicht. Zumal die Fortläufer des MAI – Draculas Erben – in der Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfond (IWF) oder anderswo bereits fleißig recycelt werden. Zählt hingegen die Mobilisierungskraft und Organisationsstruktur, so hat die Kampagne mit dem Einsatz der neusten Informations- und Kommunikationstechnologien eine extreme Dynamik entwickelt, die dazu einen ausgeprägten autonomen, dezentralen Charakter besaß. In den ersten Monaten war dieses virtuelle Flickwerk sogar in der Lage, qualitativ bessere – und vor allem schnellere – Informationen zu verbreiten, als die OECD und das Bundesministerium für Wirtschaft. Es wurden in extrem kurzer Zeit bundesweite und internationale Kontakte geknüpft (vgl. *People's Global Action*). Vor allem aber wurde ein politischer Diskussions- und Lernprozeß bei den Beteiligten angestoßen – eine gute Voraussetzung für den Doppelgipfel in Köln.

Anmerkungen:

1 Corporate Europe Observatory (CEO, NL): MAI-galomania! http://www.xs4all.nl/~ceo/mai Internationalismus-AG c/o AStA FU Berlin: Umfangreiche Sammlung von Analysen, Zeitungsartikeln und weiterführende Links: HYPERLINK http://userpage.fu-berlin.de/~timor/mai und: http://userpage.fu-berlin.de/~timor/mai

2 Bei allen Differenzen, welche bei der Beurteilung der Anti-MAI-Kampagne in unserer Gruppe auszuhalten waren, zeigte sich in den Diskussionen des vorliegenden Textes ein klares Manko unserer Arbeit: Obwohl es einige Ansatzpunkte innerhalb der Anti-MAI-Kampagne gab, die Auswirkungen des MAI auf die Geschlechterverhältnisse zu thematisieren, befaßten wir uns exklusiv mit allem anderen. Offensichtlich gilt dies nicht nur für uns, sonst hätten der Vortrag von Maria Mies auf dem Kongreß in Bonn, die feministische Arbeitsgruppe beim fzs Seminar und die aktuellen Publikationen zum Thema Globalisierung und Gender eine größere Rolle in der Anti-MAI-Kampagne gespielt. Oder werden Geschlechterverhältnisse jetzt unter dem Titel Umwelt- und Sozialstandards verhandelt? Siehe dazu: Mies, Maria und Claudia von Werlhof, 1998: Lizenz zum Plündern

3 WEED und GermanWatch: Alles neu macht das MAI? Information, Hintergründe, Kritik. Als Broschüre zuschickbar oder unter http://www.weedbonn.org/ (S. 34)

4 siehe hierzu: Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Glunk, Fritz R., 1998: Das MAI und die Herrschaft der Konzerne (inkl. dt. Vertragstext mit Kommentar)

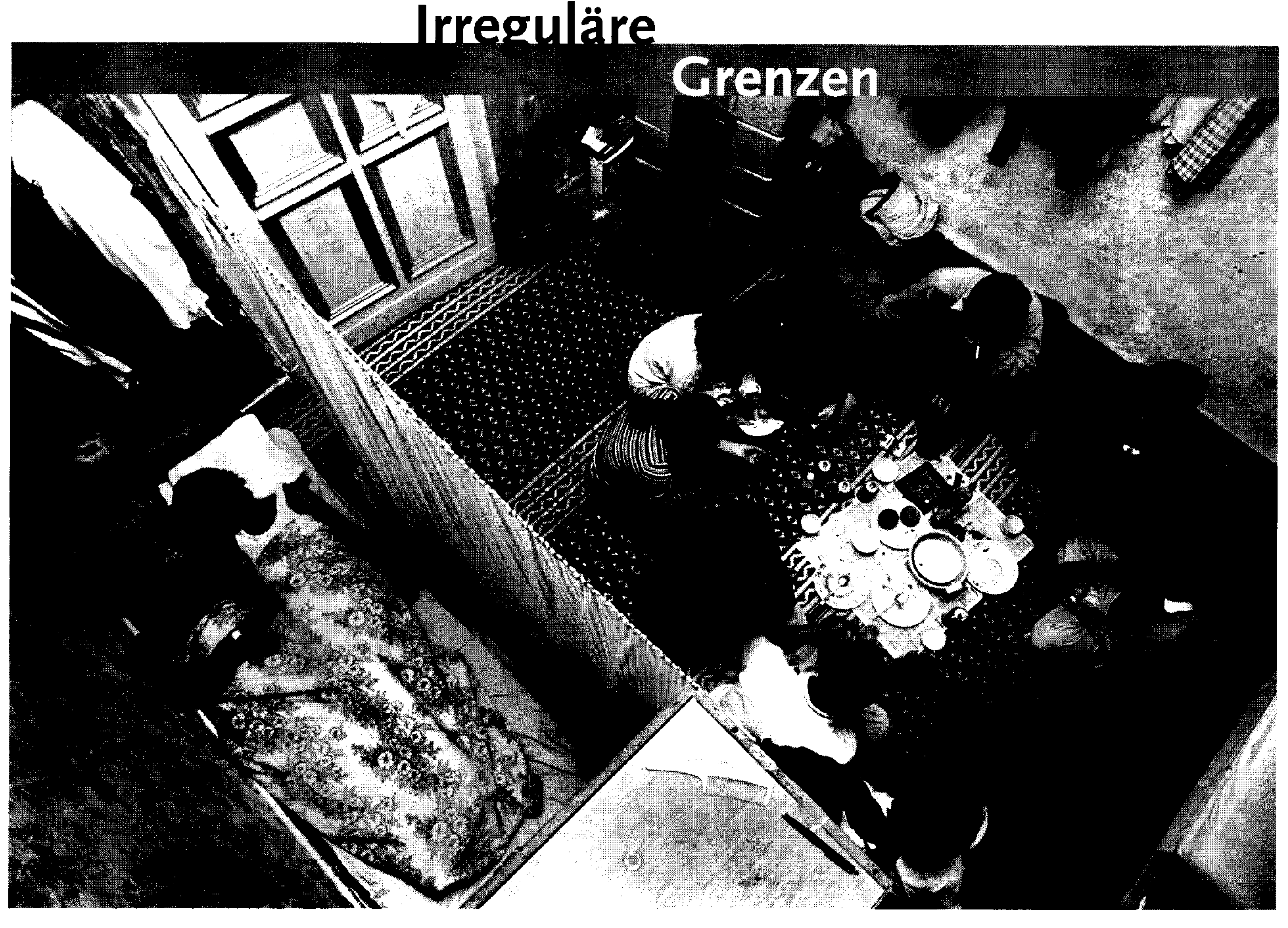
Das Multilaterale Abkommen über Investitionen

► Im Sommer 1995 wurde in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Kommission beauftragt, ein Abkommen zum Schutz von Investitionen auszuarbeiten. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) hat in seinem Kern die Gleichstellung inländischer und ausländischer Investoren zum Ziel. Der Vertrag soll nicht nur – wie oft von der OECD behauptet – die bestehenden Investitionsabkommen vereinheitlichen, sondern auch die Definition von Investitionen erweitern und so ehemals getrennte Bereiche wie Waren, (Finanz-) Dienstleitungen und geistige Eigentumsrechte zusammenfassen.

Die Regeln des MAI dürfen nur in denjenigen Bereichen außer Kraft gesetzt werden, welche die »grundlegenden Sicherheitsinteressen« der einzelnen Staaten betreffen (z.B. die »Umsetzung ihrer Innenpolitik«, Waffen- und Munitionsproduktion). Der Vertrag gewährt weitreichende Rechte von Investoren für den Schutz ihrer Kapitalanlagen und die verbindliche Festschreibung einer kapitalfreundlichen Politik durch die Unterzeichnerstaaten für die nächsten 15 Jahre. So offerieren die Staaten den ausländischen Investoren und ihren MitarbeiterInnen großzügige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, während auf der anderen Seite die Grenzen für MigrantInnen immer undurchlässiger gemacht werden. Die umfangreichen Schutzrechte für Kapitalanlagen, einschließlich des Rechts auf Gleichbehandlung der Investoren bei Entschädigung für Verluste durch Bürgerkrieg, bewaffnete Unruhen und Aufstände, sowie staatliche Investitionsgarantien gegenüber Multis, die diesen bei Verlusten durch wilde Streiks o.ä. Schadensersatzzahlungen in Miliardenhöhe garantieren, lassen eine noch verstärkte Repression gegen jeden Widerstand erwarten, der sich gegen die Interessen der Investoren stellt.

Die angekündigte Verschiebung des MAI in die Welthandelsorganisation (WTO) wird am Charakter des Vertrages wenig ändern. Wie innerhalb der OECD wird auch die Politik der WTO von den »Quad-Staaten« (USA, Kanada, EU, Japan) bestimmt. Der vereinte Widerstand einiger Trikontstaaten konnte nicht verhindern, daß 1996 eine Arbeitsgruppe zu Handel und Investitionen eingerichtet wurde, welche einen MAI-gleichen Vertrag weiter vorantreiben soll.

Irreguläre Grenzen



Berlin , Mai 1995

von **Sigrid Weber**

▶ Mit der Einführung des Euro hat Europa ein weiteres Mal die Öffnung seiner Grenzen gefeiert, während es gleichzeitig die Schotten dicht macht für Flüchtlinge und MigrantInnen. In seinem Fotoband **Irreguläre Grenzen. Ein Fotobericht** beschäftigt sich Sacha Hartgers mit dem sich ausbreitenden Rassismus im Europa der neunziger Jahre, der nicht zuletzt eine Folge dieser Politik ist. Dabei liegt ihm weniger daran, die rassistische Gewalt derer zu dokumentieren, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden, Menschen anderer Hautfarbe krankenhausreif schlagen oder in den Tod treiben. Vielmehr macht er in seinen Bildern den Rassismus sichtbar, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt, von rechtschaffenen Bürgern und wohlanständigen Leuten, die durch ihre Ignoranz, ihr Denken und Handeln für alle deutlich machen, wer zum wertvolleren Teil der Menschheit gehört.

So verweist das Foto von der Piazza di Spagna in Rom darauf, daß man die Straßenverkäufer aus dem Senegal zwar duldet, kann man bei ihnen in Kopie doch kaufen, was man sich im Orignial nicht leisten könnte: Sonnenbrillen von Armani oder Handtaschen von Gucci. Gleichzeitig besteht aber ein stillschweigendes Einvernehmen darüber, ihnen den adäquaten rechtlichen Status als Straßenhändler zu verweigern. Die für Italiener relativ einfach zu erwerbende sogenannte definitive Verkaufsgenehmigung bekommen »Schwarze« laut amtlicher Auskunft erst nach 102 Jahren.

Durch Stillschweigen und Nichthandeln geben die Café-BesucherInnen und die Passanten auf einer anderen Fotografie dem Kellner recht, die Zeitungsverkäuferin aus Eritrea nur aufgrund ihrer Hautfarbe mit Gewalt zu vertreiben; der hinzukommende Polizist legitimiert durch seine Parteinahme für den Kellner diese offensichtliche Diskriminierung. Was sich hier bereits andeutet – daß Staatsbeamte die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen nicht notwendigerweise schützen, sondern Menschen mit anderer Hautfarbe Gewalt antun, diese erniedrigen, schlagen und sogar foltern – davon legt Sacha Hartgers mit seinen Fotografien auf Polizeiwachen und an Grenzposten in verschiedenen europäischen Staaten Zeugnis ab.

Im Rahmen einer Kooperation mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung ist Hartgers das Kunststück geglückt, offizielle Genehmigungen für diese fotografische Dokumentationsarbeit zu erhalten. Über mehrere Tage und Wochen hinweg hat er die Arbeit der Beamten mit der Kamera begleitet. Der Faktor Zeit sowie das schnelle und unauffällige Arbeiten, das er sich als Kriegsfotograf angeeignet hat, führte dazu, daß nach anfänglichen medienbewußten Inszenierungen allmählich der normale Arbeitsalltag der Beamten durchsickerte, zu dessen Repertoire auch rassistisch motivierte Gewalt und Folter gehören. Dabei hat er in ganz Europa ein starres Schema beobachtet: »Es beginnt mit der Verhaftung und Isolierung des Opfers – egal ob mit oder ohne Grund. Dann folgt ein Erniedrigungsritual: Die Opfer müssen sich nackt ausziehen und werden ständig beschimpft. Das Schreien und Beleidigen wird immer lauter und mündet schließlich in körperliche Gewalt. (...) Anschließend waren die Beamten immer völlig müde und erschöpft. Und dann kam plötzlich etwas ganz Bürgerliches: Sie wollten pünktlich zum Schichtende nach Hause.«

Eine Besonderheit der Fotografien Sacha Hartgers besteht darin, daß sie nicht nur zeigen, daß rassistische Gewalt ausgeübt wird, sondern auch, wie dies geschieht. Er verweist auf die Gebärden der Macht, die Techniken der Beschämung, die kleinen und großen Gesten der Bedrohung. Die Fotos lassen den Betrachter spüren, wie sich in den Interaktionen der Beteiligten Machtverhältnisse realisieren.



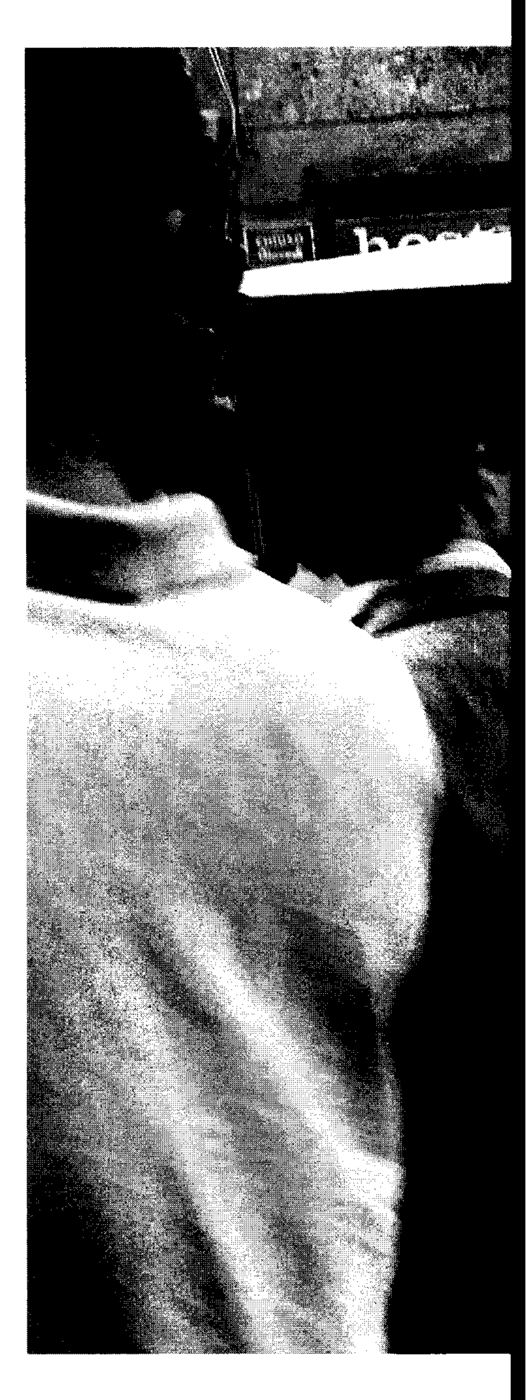
Hartgers reproduziert dabei jedoch nicht die in den konkreten Situationen erfolgte Verobjektivierung der mißhandelten Menschen, sondern distanziert sich mit seinem Kamerablick und stellt ein rassistisch strukturiertes soziales Verhältnis dar, in dem die Opfer ihren Subjektstatus beibehalten.

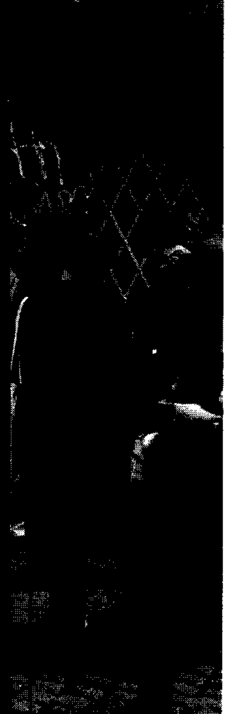
Darüberhinaus beschäftigt sich der Band mit dem Alltag von Flüchtlingen und MigrantInnen in einem Europa, das sie durch restriktive Gesetzgebungen zunehmend in die Illegalität und damit aus der öffentlichen Wahrnehmung drängt. Hartgers hingegen macht das Leben in der Illegalität sichtbar: die Angst vor Entdeckung, Abschiebung und körperlicher Gewalt, die räumliche Enge, den Zwang zur Gemeinschaft, die Perspektivlosigkeit. Hierbei zwingt die Kamera den Betrachter beinahe in die Rolle des interaktiven Gegenübers, wenn er zum Beispiel, ihrem Blick folgend, auf ein kleines Zimmer schaut, in dem eine Gruppe von illegalisierten VietnamesInnen nach dem Essen gesellig beisammen sitzt, während zwei Personen – von den anderen nur durch einen dünnen Vorhang getrennt – schlafend auf einer Matratze liegen. Allein der Blick auf das Foto scheint illegitim und die Intimsphäre der beiden zu verletzen. Mit diesem Foto sowie mit vielen anderen demonstriert Sacha Hartgers, daß ein Leben in Würde in der erzwungenen Illegalität nicht möglich ist. Und daß dafür nicht ein kleiner krimineller »Abschaum« verantwortlich ist, sondern ein von breiten Schichten der Bevölkerung getragener gesellschaftlicher Konsens, der diese Verhältnisse wenn nicht aktiv unterstützt, sie doch zumindest stillschweigend duldet.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir Fotografien aus Sacha Hartgers Fotoband.

► *Sacha Hartgers: Irreguläre Grenzen in Europa. Ein Fotobericht. Mit einem Text von Ulrich Bielefeld und Victoria von Flemming, Hamburger Edition, Hamburg 1998*

► **Sigrid Weber** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.





Rom, Piazza di Spagna
Senegalesiche Straßenverkäufer
Juni 1995

Rom – Kellner vertreibt eritreische Zeitungsverkäuferin, Juni 1995



Brüssel – Verhör eines Belgiers
marokkanischer Herkunft auf einem Polizeirevier
in Schaerbeek, Juli 1996



Brüssel – Juni 1996

Brüssel – Polizeirevier in Schaerbeek, Juni 1996

Algerien entschleiert

Frantz Fanon in der feministisch-postkolonialen Debatte – Teil 2

von **Udo Wolter**

Der erste Teil des Artikels (siehe iz3w 235) hat die theoretischen Mängel Frantz Fanons hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse und des Begriffs der nationalen Kultur aufgezeigt. Diese Blindflecken und ihre politischen Konsequenzen können nun anhand eines konkreten Themas, das auch heute wieder die Gemüter erhitzt, mit der postkolonialen Fanon-Interpretation zusammengeführt werden: dem Schleier der Muslimin.

► Für Fanon hatte der Schleier eine zentrale Bedeutung für die Beteiligung von Frauen am nationalen Befreiungskampf in Algerien, heute ist dieses Thema Gegenstand feministischer Debatten innerhalb der postkolonialen Theoriebildung.[1] Wie andere geht Fanon davon aus, daß die französischen Kolonialisten in Algerien sehr schnell erkannten, daß den hinter dem Schleier verborgenen Frauen eine Schlüsselrolle bei ihrem Zugriff auf die kolonisierte algerische Gesellschaft zukommt: »Der *haïk* (Schleier) grenzt auf eindeutige Weise die unter Kolonialherrschaft lebende algerische Gesellschaft ab.« (AlSa, S. 101) Indem die Kolonialmacht den Schleier gleichzeitig als Stigma der Unterdrückung der muslimischen Frauen betrachtet, wird dieser zum zentralen Symbol der Konstruktion einer zurückgebliebenen und minderwertigen algerischen Kultur als Gegenstück zur aufgeklärten Kultur Europas. Die hinter dem Schleier verborgene Frau wird so zur Essenz der algerischen Kultur stilisiert. Dadurch kann die Kolonialmacht gegenüber den algerischen Frauen eine Körperpolitik betreiben, die das vorgebliche Ziel der Befreiung der algerischen Frauen von ihrer traditionellen Unterdrückung mit dem wirklichen Ziel der Durchdringung, Auflösung und Assimilation der algerischen Kultur verbindet. Ein Zitat illustriert, welche bedenkliche Richtung Fanons Analyse hier auch bereits einschlägt: »Im Programm des Kolonialismus kommt der Frau die historische 'Mission' zu, den Algerier umzuwenden. Die Frau zu verwandeln, sie für die ausländischen Werte zu gewinnen, sie aus ihrem Status herauszureißen bedeutet, eine reale Macht über den Mann zu erlangen und zugleich über die praktisch wirksamen Mittel zu verfügen, um die algerische Kultur umstürzen zu können.« (S. 103) Da Fanon alle frauenpolitischen Maßnahmen der Kolonialverwaltung ausschließlich als Fremdherrschaft begreift, kann er den Ergebnissen die-





Berlin – Vietnamesische Zigarettenverkäufer auf der Flucht vor der Polizei. 1995 klassifizierte Amnesty International 187 dokumentierte Gewalttätigkeiten der Polizei gegen Vietnamesen unter der Rubrik Folter, Oktober 1995

ser von außen oktroyierten Modernisierung auch nichts Positives abgewinnen: »Diese Musterfrauen laufen nun mit nacktem Gesicht und freiem Körper als Münzgeld in der europäischen Gesellschaft Algeriens herum,« (S. 105) schreibt er über die auf Geheiß der Kolonialmacht entschleierten Algerierinnen.

Wie später E. Said mit seiner Orientalismusthese dechiffriert Fanon die psychosexuelle Aufladung des europäischen Blicks auf die Muslimin als exotistische Begierde, weshalb Meyda Yeğenoğlu bei ihrer feministischen Neuinterpretation des Orientalismus-Diskurses direkt bei Fanon anknüpft. »Die herrschende Einstellung scheint uns eine romantische, von Sinnlichkeit gefärbte Freude am Exotischen zu sein«, schreibt Fanon, und: »Der Europäer träumt von einer Gruppe von Frauen, einem Frauenlager, das unwillkürlich an das Frauengemach, den Harem erinnert – exotische Motive, die tief im Unbewußten verankert sind.« (S. 106, 108) Fanon weist auch hier darauf hin, wie dies mit einer phantasmatischen Projektion unterdrückter Triebwünsche verbunden ist und enthüllt diesen Exotismus als koloniale Vergewaltigungsphantasie: »So geht der Vergewaltigung der Algerierin im Traum des Europäers immer das Zerreißen ihres Schleiers voraus. Man wohnt hier einer doppelten Deflorierung bei.« (S. 108)

Auf der Seite der kolonisierten algerischen Gesellschaft erfolgt nun die Aufwertung des Schleiers als Reaktion auf den kolonialistischen Angriff, was Fanon als identitätsstiftendes Umdrehen der Zuschreibung der Kolonialherren mit der schwarzen Identitätsbildung parallelisiert: »Der Weiße erschafft den Neger. Aber der Neger erschafft die Négritude. Der kolonialistischen Offensive gegen den Schleier setzt der Kolonisierte den Kult des Schleiers entgegen. Was ein Element unter vielen in einem homogenen Ganzen war, gewinnt jetzt einen Tabucharakter; die Einstellung einer Algerierin zum Schleier wird fortan in Verbindung gebracht mit ihrer allgemeinen Einstellung zur Besatzungsmacht.« (S. 109)

Subjekt der Befreiung

▶ Aufgrund seines Befreiungsmodells sieht Fanon die Aufwertung des Schleiers hier zwar genauso wie die Négritude als reaktives Umdrehen des metropolitanen Diskurses, setzt aber doch genau an diesem Punkt seine Dialektik des nationalen Befreiungskampfes an. Indem nämlich der Schleier von einem »toten, ... petrifizierten Element des algerischen Kulturbestandes« zu einem Symbol des nationalen Widerstandes erweckt wird, ergeben sich auch für die algerischen Frauen ganz neue Perspektiven, als Subjekte in den nationalen Befreiungskampf und damit in die neue algerische Gesellschaft einzutreten. Frauen treten in Fanons Darstellung zunächst nur auf dem Land und innerhalb der arabischen Viertel der Städte in den Kampf und behalten dabei den Schleier an. Ihre Teilnahme bewirkt, daß jede verschleierte Algerierin in den Augen der Besatzungsmacht verdächtig wird. Die Zuspitzung des revolutionären Kampfes fordert weitergehende Aufgaben von den Frauen. Um sich hierfür auch in die europäischen Viertel der kolonialen Stadt begeben zu können, müssen die Algerierinnen ihren Schleier und die traditionelle Kleidung ablegen und ihre »Nacktheit« den Augen der Besatzungstruppen preisgeben. Das von den Kolonisatoren aufgebaute orientalistische Bild der algerischen Frau – entweder 'Fatma' oder Prostituierte – wird so gegen jene umgedreht: »Die französischen Militärs, die Patrouillen lächeln ihr zu; Komplimente über ihr Aussehen werden laut, aber niemand ahnt, daß sich in ihrem Koffer eine Maschinenpistole befindet, die sich wenig später auf den Gegner richten wird.« (S. 117) Diese Beteiligung am gefahrvollen revolutionären Kampf wertet nach Fanon die unverschleierten Algerierinnen auch in den Augen ihrer männlich-algerischen Umgebung auf und erschließt ihnen eine ganz neue Form gesellschaftlicher Anerkennung.

Vor allem aber verhilft für Fanon auch hier der revolutionäre Kampf den Frauen subjektiv zu einem neuen, positiven Verhältnis zu ihrem Körper und zu neuem Selbstbewußtsein. »Die Schultern der entschleierten Algerierin sind entspannt. Ihr Gang ist leicht und geübt. Sie ist zu sich selbst gekommen« (ebd.). Und nachdem sie so durch den nationalen Befreiungskampf selbstbestimmt den Schleier abgelegt hat und zu sich selbst gekommen ist, kann sie den Schleier aus eigener Entscheidung auch wieder anlegen, wenn die Situation es erfordert: Etwa als Mimikry, um bei Kontrollen nicht aufzufallen, oder auch demonstrativ, wenn die Franzosen mal wieder eine Entschleierungsaktion propagieren. Der Schleier hat damit für Fanon seine traditionelle Bedeutung endgültig verloren – wie schon bei seiner Konfigurierung der nationalen Kultur ändert die Tradition im nationalen Befreiungskampf ihre Bedeutung. »Es gibt also eine konkret wahrnehmbare historische Dynamik des Schleiers [...] Der Schleier hilft der Algerierin, auf die neuen, sich aus dem Kampf ergebenden Fragen zu antworten. [...] Durch die Erfordernisse des Kampfes werden in der algerischen Gesellschaft neue Einstellungen, neue Verhaltensweisen entwickelt« (S. 120) schließt Fanon seine optimistische Vision der Emanzipation der Frauen durch den Bedeutungswandel des Schleiers im nationalen Befreiungskampf ab.



Neapel, Villa Literno –
Umfunktionierter Schweinestall als Unterkunft albanischer Tagelöhner, Juni 1995

Viele AutorInnen sind ihm darin bis heute gefolgt. Auch Meyda Yeğenoğlu will auf den Schleier als Widerstandsmoment nicht ganz verzichten. Ausgehend von Fanons Feststellung, »eine Frau die sieht, ohne gesehen zu werden, erzeugt im Kolonisator ein Gefühl der Ohnmacht« (S. 107), sieht auch sie in der Verweigerung des kolonialistischen Begehrens nach visueller Greifbarkeit des kolonisierten Anderen die Möglichkeit, hinter dem Schleier als Subjekt zu agieren und so die orientalistische Zuschreibung gegen den Kolonisator umzudrehen. (Yeğenoğlu 1998, S. 62) Sie interpretiert den positiven Bezug algerischer Frauen auf den Schleier daher dekonstruktivistisch als performative Mimikry und Parodie: »Indem sie den Schleier wieder aufnahmen und zurückgewannen, parodierten die algerischen Frauen den orientalistischen Diskurs, der den Schleier als Maske konstruiert hatte. [...] Die subversive Qualität, welche der Schleier in dieser dekolonisierenden Geste annahm, wurde durch eben die Bedingungen ermöglicht, unter denen er (der Schleier) konstruiert wurde.« (S. 66) Sie folgt in diesem Punkt Fanons Konzept der Bedeutungsänderung von Tradition im Moment des antikolonialen Kampfes, schränkt diese Möglichkeit allerdings sofort durch den Hinweis auf »den patriarchalischen Rahmen der nationalistischen Eliten« in der Führung des algerischen Befreiungskampfes wieder ein. So ist die emanzipatorische Möglichkeit des Schleiers als Camouflage auf den spezifischen Moment der historischen Ausnahmesituation des algerischen Widerstandes begrenzt.

Objekt des nationalen Kultes

▶ Die Realgeschichte ist in Algerien – auch für Frauen – bekanntlich anders verlaufen, als Fanon es sich vorstellte. Man braucht nicht bis zu der barbarischen Gewalt gegen Frauen und Kinder im Zuge der heutigen Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und Staat zu gehen, um das patriarchale Rollback im postkolonialen Algerien auszumachen. In ihrem Buch über nationale Befreiungsbewegungen zeigt die »gruppe demontage«, wie die sich bereits seit den 70er Jahren andeutende Krise des algerischen Entwicklungsmodells mit zunehmender Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt verbunden war, und daß dieser Ausschluß in der Nationalcharta von 1986 ideologisch untermauert wurde. Im Zuge der seit den 80er Jahren betriebenen Re-Islamisierung wurde ein Familiengesetz eingeführt, das die subalterne Rolle der Frauen als Gehorsamspflicht gegenüber dem Mann »in seiner Qualität als Chef der Familie« festgeschrieben, die Polygamie wieder erlaubt und Frauen unter männliche Vormundschaft gestellt hat.[2]

Frauen wurden zur Verkörperung der Essenz algerischer Kultur

Die »gruppe demontage« weist weiter darauf hin, daß die Frauen der FLN »in den Augen der Männer auch die Bewahrerinnen der Kultur« waren. »Nach der Unabhängigkeit [...] wurden die Frauen über die Rolle als Kulturwächterinnen in die traditionelle Familienrolle zurückgedrängt.« (gruppe demontage 1998, S.113) Diese Übernahme der kolonialen Zuschreibung von Frauen als essentielle Kulturträgerinnen bestätigt auch Yeğenoğlu: »Im Kampf um die Wegnahme oder Bewahrung der Essenz der algerischen Kultur wurden Frauen sowohl für die Franzosen als auch für die Algerier zur symbolischen Verkörperung dieser Essenz. Folglich wurde der Kampf um diese authentische Essenz auf dem Körper von Frauen ausgetragen; auf ihre verschleierten Körper projizierten gleichermaßen der französische Kolonialismus und das algerische Patriarchat ihre Ängste, Begehren und Politiken«. (Yeğenoğlu 1998, S. 137) Sie geht davon aus, daß der Islam im nationalen Diskurs der FLN von Anfang an das wichtigste Element ihrer ideologischen Appelle an die Massen war und daß, im Gegensatz zu Fanons optimistischer Einschätzung, »die Schlacht um die Verschleierung von Frauen zum Ort des Kampfes zwischen dem indigenen Patriarchat und der Kolonialadministration wurde.« (S. 142) Die dem Bereich des weiblichen zugeschlagene Privatsphäre bildete so auch auf der Seite des antikolonialen Widerstandes über die gleichzeitige Naturalisierung von Frauen jenen »inneren« und essentiellen Bereich der biologischen und kulturellen Reproduktion des imaginierten nationalen Gemeinwesens, der des besonderen »Schutzes«, sprich der Kontrolle durch die männlich definierte öffentliche Sphäre politischer Macht bedarf.

Der von Fanon als Symbol der Geschlechtertrennung analysierte Schleier wird in diesem Sinn zum Objekt des nationalen Kultes gegen die Modernisierungspolitik der kolonialen Okkupanten. Die Vorstellung von den Frauen als Essenz der nationalen Kultur ist auch in Fanons Schleieranalyse unaufgelöst: indem der Schleier zuerst zu einem Symbol der Verteidigung eigener kultureller Werte gegenüber den Okkupanten wird und Frauen ihn in dieser Funktion in den Befreiungskampf »einbringen«, wird ihnen als Trägerinnen der autochthonen symbolischen Kultur Eintritt in die »eigentlich« männliche Sphäre des Kampfes und der Nation gewährt. Fanon hat hier neben der geschlechtsspezifischen wiederum die staatsbürgerliche Seite seines Subjektes der Befreiung nicht kritisch eingeschätzt, weil sich die



Lübeck – Die überlebenden Bewohner der Flüchtlingsunterkunft Hafenstraße werden daran gehindert, zu ihrem abgebrannten Haus zu gehen, Januar 1996

Befreiung ja gerade im nationalstaatlichen Rahmen vollziehen soll.

Aspekte materialistischer Kritik

► Um die fortgesetzte Dialektik von Geschlecht und Nation zu begreifen, scheint es mir notwendig, die dekonstruktivistische Argumentation innerhalb der feministisch-postkolonialen Kritik des Verhältnisses von Geschlecht und Nation um einige Aspekte einer materialistischen Kritik der politischen Ökonomie zu ergänzen. Der postkoloniale Staat nämlich vermittelt politisch wie jeder andere Nationalstaat identitäre Kulturzuschreibungen mit der Regulation von Zugangsmöglichkeiten zu ökonomischen Ressourcen im Bereich politischer Macht. Realgeschichtlich zeigte sich aber, daß die Umverteilung ökonomischer Ressourcen zugunsten der unteren Klassen der Bevölkerung im Rahmen eines peripheren Fordismus aufgrund der globalen ökonomischen Herrschaftsverhältnisse kaum oder gar nicht realisierbar war.[3] Dies schlug auch auf die Politik kulturell zugeschriebener Identitäten zurück: je unsicherer die wirtschaftliche Lage der Massen, desto größer deren Bedarf an politischer Sinnstiftung durch nationale und kulturelle Identitätsideologien. Genau in diese aber sind Frauen als »Grenzwächterinnen« der politisch wie auch immer konstruierten nationalen Kultur bzw. Kollektividentität in einer untergeordneten Position eingeschrieben, die durch die hierarchische Trennung von öffentlicher und privater Sphäre definiert ist.[4] Da Frauen aber über den Schleier als Symbol dieses eingehegten, subordinierten Platzes des Weiblichen in der nationalen Kultur Eintritt in die vorab männlich definierte Sphäre der politischen Nation gewährt wurde, muß dies im wirtschaftlichen Krisenfall fast zwangsläufig zu den allseits zu beobachtenden Folgen eines patriarchalen Backlash gegen die Frauen als »Kulturträgerinnen« führen. Die staatlich garantierte bürgerliche Vertragsfreiheit wird dabei für Frauen im Extremfall wieder aufgekündigt, siehe algerisches Familiengesetz.

Die Krise wird nicht nur aufgrund nationalistischer Demagogie, sondern auch aufgrund des Sinnbedarfes der Individuen primär als Folge eines immer noch verderblich wirkenden westlichen Einflusses mißdeutet. Deshalb geht der ganze Kult um den Schleier als Symbol einer gegen äußere Einflüsse abzuschirmenden weiblichen »inneren« Sphäre der angeblich authentischen Kultur der nationalen Identität wieder von vorne los und äußert sich beispielsweise in Zwangsverschleierungskampagnen islamistischer Bewegungen. Der aus dem nationalen Befreiungskampf hervorgegangene postkoloniale Staat ist mit seiner westlich (wobei der Begriff hier die ehemaligen Ostblockstaaten einschließt) orientierten Modernisierungspolitik in vieler Hinsicht zwangsläufig in die Fußstapfen des Kolonialstaates getreten und wird daher kulturell weiterhin als äußerliche, westlich induzierte Struktur samt den zugehörigen Epistemologien (Wissensformationen) empfunden. Yeğenoğlu beschreibt, wie sich daraus eine schizoide Grundstruktur des nationalistischen Diskurses ergibt: »Eines der charakteristischen Merkmale des Nationalismus ist eine grundlegende Spaltung: während er nach Modernität und Erreichen der 'wertvollen' Qualitäten der Aufklärung strebt, behauptet er zur gleichen Zeit seine autonome Identität durch die Beanspruchung eines authentischen, reinen und unkontaminierten Ursprungs. Die epistemische und moralische Dominanz des Westens wird deshalb gleichzeitig akzeptiert und zurückgewiesen.« (S. 123) Der »Westen« wird so in technologischer Hinsicht akzeptiert. Zugleich wird ihm eine kulturelle Essenz des Eigenen entgegengesetzt, die es einzuhegen und vor dem »verunreinigenden« fremden Einfluß abzuschirmen gilt – das ideale Symbol für diese Ideologie ist der Schleier. Der postkoloniale indigene Nationalismus betreibt so eine Art von Selbst-Orientalisierung des Orients, die – in nur scheinbar paradoxer Weise – letztlich der westlichen Homogenisierungslogik gerade durch die Behauptung des Authentischen folgt und sich wiederum als männliche Dominanz in den weiblichen Körper einschreibt: »Die 'Wahrheit' des Orients außerhalb des orientalistischen Diskurses in Stellung zu bringen und eine nativistische Position außerhalb des Orientalismus zu konstruieren ist tatsächlich eine Reproduktion der durch den Orientalismus auferlegten Teilung. [...] Der orientalistische Diskurs hat sich selbst im Orient über nationalistische Projekte reproduziert. [...] In der Schlacht zwischen Nationalismus und Imperialismus bleibt die Frauenfrage 'doppelt im Schatten'«. (Yeğenoglu 1998, S.122) Wenn Geschlecht in diesem Diskurs über kollektive Identität thematisiert wird, so nur unter der vorgeschalteten Hegemonie des Nationalen.

Auch Fanon subsumiert Geschlecht unter Nation. In seiner im Schleieraufsatz zum Ausdruck gebrachten Sichtweise der geschlechtlichen Dimension im antikolonialen Befreiungskampf scheint Geschlecht eine Partikularität zu repräsentieren, die möglichst schnell in die Universalität und strategische Einheit revolutionärer Kultur und der neuen Nation übersetzt werden sollte. »Denn wenn eine bestimmte Sphäre oder Domäne, wie Geschlecht, als der nationalen Kultur innewohnend angesehen wird, kann solch eine Domäne auch nicht anders als national

angesprochen werden,« schreibt Loomba (S. 194). Die Dialektik zwischen den Identitätsmustern von Weiblichkeit und Nation hat Fanon in seiner emanzipatorischen Emphase der freien und handlungsmächtigen Subjekte nicht kritisch in den Blick bekommen, weil er die Bedeutung des Nationalstaates nicht als vergeschlechtlichtes Herrschaftsverhältnis analysierte.

Schlußbemerkung

▶ Innerhalb der postkolonialen Debatte nehmen die oben zitierten feministischen Positionen gegenüber vielen rein diskurstheoretisch bzw. dekonstruktivistisch argumentierenden Ansätzen, wie sie etwa Homi Bhabha formuliert, eine stärker auf das gesellschaftliche Ganze gerichtete Perspektive ein. Darin werden die Identifikationsprozesse und Handlungspotentiale der subalternen Subjekte unter dem Gesichtspunkt patriarchaler Dominanz auch in Bezug auf den postkolonialen/nationalen Staat kritisch reflektiert. Durchaus sinnvoll scheint daher der Ansatz von Ania Loomba zu sein, die sich gegen die Arbeit mit geschlossenen Paradigmen wendet. »Wir müssen beim Denken über den Kolonialismus und seine Nachwirkungen den Nutzen sowohl von marxistischen als auch von poststrukturalistischen Perspektiven berücksichtigen«, schreibt sie, und fordert dazu auf, die Spannungen zwischen den theoretischen Ansätzen stets aufs neue kritisch zu verhandeln (S. 252f). Daß dabei die erkenntnistheoretischen Unvereinbarkeiten zwischen Marxismus bzw. kritischer Theorie und Poststrukturalismus im Blick behalten werden müssen, um nicht einem beliebigen Baukasten-Eklektizismus zu verfallen, zeigen die referierten Beiträge. Die an Fanons Schleieraufsatz orientierte Einschätzung Yeğenoğlus, als Frau über den Schleier subversiv handeln zu können, steht trotz ihrer einschränkenden Kontextualisierung gegenüber der später von ihr selbst vorgenommenen Analyse des Verhältnisses von Geschlecht und Nation in unauflöslichem Widerspruch. Letztere legt nämlich eine grundsätzliche Kritik der emanzipatorischen Chancen von Identitätspolitik nahe, wie sie etwa die kurdische Sozialwissenschaftlerin Shahrzad Mojab aus ihrer Untersuchung des Verhältnisses der Identitätskonstruktionen von Weiblichkeit und Nation in der kurdischen Nationalbewegung gezogen und schön ironisch formuliert hat: »Wenn es dem Nationalismus gelungen ist, sich zum Wachhund des Patriarchates aufzuschwingen, verwandeln Theorien eines 'indigenen Feminismus' den Feminismus zum Schoßhündchen des Nationalismus.«[5]

Anmerkungen:

1 Vgl. zur folgenden Diskussion auch die Aufsätze von Renate Kreile in *iz3w 223* und Heidi Wedel in *iz3w 226*

2 zit. nach Gruppe demontage, 1998, S.112f; vgl. taz vom 10.11.1998, S. 13

3 vgl. dazu Hirsch, Joachim, 1997, Kapitalistische Globalisierung und die Perspektiven internationaler Solidarität, in: Foitzik, A. / Marvakis, A. (Hg.): Tarzan, was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Hamburg 1997, S. 173 - 183

4 vgl. Yuval-Davies, 1993

5 S. Mojab, Frauen und Nationalismus in der kurdischen Republik von 1946, unveröffentl. Paper, FU Berlin 1998, S.26; c/o Kurdistan-AG im AstA der FU

Literatur

— gruppe demontage, 1998, *Postfordistische Guerilla: Vom Mythos nationaler Befreiung*, Münster

— Fanon, Frantz, (SHWM), 1985, *Schwarze Haut, Weiße Masken*, Frankfurt a. M.

— Fanon, Frantz, (AlSa), 1986, *Algerien legt den Schleier ab*, in: Frantz Fanon, *Das kolonisierte Ding wird Mensch – Ausgewählte Schriften*, Leipzig 1986, S. 100 – 123

— Fanon, Frantz, (VdE), 1981, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M.

— Loomba, Ania, 1998, *Colonialism/Postcolonialism*, London & New York

— Yeğenoğlu, Meyda, 1998, *Colonial fantasies – Towards a feminist Reading of Orientalism*, Cambridge

— Yuval-Davis, Nira, 1993, *Gender and Nation*, in: *Ethnic and Racial Studies*, Volume 16, No. 4 Oct. 1993, S. 621 - 632

▶ **Udo Wolter** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Die Gesellschaft spiegeln

Literatur von Frauen in Afrika

von **Birgit Morgenrath**

Schriftstellerinnen aus dem Afrika südlich der Sahara müssen auch heute noch wesentlich mehr um Aufmerksamkeit kämpfen als ihre männlichen Kollegen. In der Bundesrepublik erschien die erste Anthologie mit Texten afrikanischer Autorinnen in deutscher Sprache erst 1987, zu einer Zeit, als deren Werke bereits zwanzig Jahre alt waren. Mit dem folgenden Überblicksartikel über Leben und Werk einiger ausgewählter Schriftstellerinnen aus verschiedenen Generationen möchten wir eine lose Reihe über das literarische Schaffen insbesondere von Frauen in Afrika beginnen.

▶ Zu den profiliertesten Autorinnen des Kontinents gehört Ama Ata Aidoo aus Ghana. Bereits mit achtzehn Jahren erhielt sie 1960 ihren ersten Literaturpreis, und seit den siebziger Jahren findet sie auch internationale Anerkennung. Aber sie weiß, daß sie damit eine Ausnahme ist. »In Afrika Schriftsteller zu sein, ist schwierig – Schriftstellerin zu sein ist noch schwieriger. Denn Manuskripte von Frauen werden auch bei uns – wie überall – erst als letzte gelesen. Nicht, weil die Lektoren in den Verlagen unwillig sind – die sind einfach so programmiert.« Ama Ata Aidoo schreibt Theaterstücke, Gedichte, Erzählungen, Kinderbücher. Erst 1998 hat der Lamuv Verlag ihren im Original 1991 erschienen Roman »Die Zweitfrau« herausgebracht.

In dem Roman geht es um die Geschichte der gutaussehenden Soziologin Esi. Sie fühlt sich von ihrem Ehemann eingeengt und trennt sich von ihm. Zunächst genießt sie ihre Freiheit als alleinlebende Frau. Wenig später aber geht sie eine leidenschaftliche Beziehung zu Ali ein, einem erfolgreichen Geschäftsmann, der verheiratet und Vater dreier Kinder ist. Für ihn ist es selbstverständlich, mehrere Frauen heiraten zu können. Und so bittet er Esi, seine zweite Ehefrau zu werden.

Esi zögert und fragt, wie es der Brauch will, Mutter und Großmutter um Rat. Die Großmutter Nana, die ihre Enkelin Lady Silk nennt, warnt Esi und erzählt aus ihrer eigenen Erfahrung: »Lady Silk, es stellt sich gar nicht die Frage, ob man diese Art von Ehe oder jene Art von Ehe bevorzugte. Es stellte sich nicht die Frage, ob man die einzige Frau war oder eine von mehreren. Es war nicht die Frage, hier oder dort, gestern oder heute Ehefrau zu sein. Es ging nur darum, daß du als Produkt einer Gebärmutter wieder ein Produkt deiner Gebärmutter hervorbrachtest – das bedeutet es, Ehefrau zu sein. Das bedeutet es, eine Frau zu sein.«

»Das Problem ist nicht die Polygamie, sondern die Ehe überhaupt!«

Trotz dieser Bedenken willigt Esi ein, Alis »Zweitfrau« zu werden. Anfangs genießt sie die Kombination von eigenständiger Existenz und Ehe. Doch bald stellt sie fest, daß sie Ali nicht so leicht mit der Erstfrau teilen kann, wie sie gedacht hatte. Am Ende muß Esi sich eingestehen, daß sie auch mit Ali keine gleichberechtigte und liebevolle Partnerschaft führen kann. »Die Zweitfrau« ist eine Liebesgeschichte ohne Happy End. Trotzdem mag Ama Ata Aidoo nicht, wenn sich Europäerinnen über die Möglichkeit der Polygamie in islamischen Ländern erregen und dabei ihre eigenen Rollenzuschreibungen vergessen. »Ich stimme mit der alten Frau in meinem Roman überein: Wenn wir das Leben von Ehefrauen hinterfragen, dann müssen wir weit über die Polygamie hinausdenken. Ich meine, ist denn die Einehe einen Deut' besser?! (...) Das Problem ist nicht die Polygamie, sondern die Ehe überhaupt! Wozu ist dieser soziale Vertrag nicht schon zu allen Zeiten mißbraucht worden? (...) Auch in Westeuropa wird doch bis heute z.B. erwartet, daß berufstätige Frauen das Abendessen machen. Es stimmt zwar, daß einige Männer schnell lernen, und ein Mann, der seine Frau und ihre Arbeit schätzt, auch sehr hilfreich sein kann. Aber auch ein solcher Mann und seine Freunde werden nie vergessen, seine Frau gebührend darauf hinzuweisen, wie überaus nett und wie außerordentlich hilfsbereit er doch ist.«

Ama Ata Aidoo kritisiert nicht nur patriarchalische Strukturen, sondern hat auch in vielen ihrer Kurzgeschichten den Einfluß der »colonial masters«, der kolonialen Mentalität thematisiert. Als sie Anfang der 80er Jahre versuchte, als Bildungsministerin die Geschicke ihres von kolonialen Abhängigkeiten geprägten Landes zu verändern, war sie ihrer Zeit weit voraus, stieß jedoch auf erhebliche Widerstände. Enttäuscht ging sie schließlich 1985 nach Zimbabwe, wo sie bis zu ihrer Rückkehr 1994 lebte. Die alleinerziehende Mutter und Dozentin für Literatur an verschiedenen Universitäten in den USA, Großbritannien und Afrika schreibt an gegen die Zwänge der Gesellschaft, der Tradition und der Moral. Mit dem Ergebnis, daß sie inzwischen zwar gehört und anerkannt wird, aber nach wie vor umstritten ist, was ihr aber keineswegs mißfällt: »Ob wir es beabsichtigen oder nicht, unsere Literatur sollte Diskussionen auslösen, Kontroversen. Wir Schrifstellerinnen machen es ähnlich wie Bildhauer: Wir entwerfen ein Bild der Gesellschaft und halten ihr den Spiegel vor. (...) Das ist unser Beitrag. Die Welt können wir nicht verändern.«

Um Gleichberechtigung, Selbsterkenntnis, Befreiung und die Vision einer besseren Gesellschaft geht es auch der Erzählerin Bessie Head. Unbestritten sind ihre Werke die literarisch anspruchsvollsten. Die Südafrikanerin, die nur 49 Jahre alt wurde, hat vier Romane und zahlreiche Kurzgeschichten hinterlassen, in denen sie persönliche Erfahrungen eines schweren Lebens verarbeitet hat.

Bessie Head wurde 1937 in Südafrika geboren – in einer psychiatrischen Anstalt. Ihre weiße Mutter wurde für psychisch krank gehalten, weil sie sich mit einem schwarzen Mann eingelassen hatte. Das Mädchen wurde zur Adoption freigegeben und wuchs, nachdem sie aus einer weißen Familie verstoßen worden war, bei Pflegeeltern auf, die das Apartheidregime als »Farbige« eingestuft hatte. Menschen brauner Hautfarbe, sogenannte »Mischlinge«, wurden wie Weiße oder Schwarze gesondert erfaßt. Bessie Head wurde Journalistin; nach einigen unruhigen Berufsjahren setzen ihr die rassistische Unterdrückung und die brutale Gewalt in Südafrika jedoch so zu, daß sie mit ihrem kleinen Sohn nach Botswana floh. Dort schrieb sie 1971 auch ihren Roman »Maru«, ihr zweites Werk, das 1998 endlich auch auf Deutsch in der Reihe »Black Women« bei Lamuv erschienen ist.

In der Rahmenhandlung geht es um die Lehrerin Margaret Cadmore, die in einem Dorf gegen die Vorurteile ankämpfen muß, die sie bereits ihr ganzes Leben kennt. Denn Margaret gehört der Minderheit der San an, der Ethnie der »Buschmänner«. Diese Bevölkerungsgruppe leidet bis heute im südlichen Afrika unter den schlimmsten Formen der Unterdrückung, nicht nur durch die weißen Kolonialisten, sondern auch durch die schwarzen Bantu, die die San vertrieben, ausgebeutet und versklavt haben. Die Romanfigur Margaret Cadmore geht wie Bessie Head auf eine Missionsschule. Bewegend beschreibt Bessie Head, wie die ausgestoßene San-Frau immer wieder gedemütigt und gezwungen wird, sich selbst zurückzunehmen. »Wie sollte sich denn ein Buschmann benehmen? Sie besaß keine Wörter und keine Persönlichkeit als Waffen, nur ein endloses Schweigen und ein Gesicht, das keine Gefühle verriet, außer, daß ihr ab und zu eine plötzliche Träne aus einem Auge schoß.« Auch wenn Margarets Pflegemutter das Mädchen zu einer »universellen« Persönlichkeit jenseits der Zuordnungen von Stamm, Rasse oder Nation erzieht, bleibt Margaret nicht von den Übergriffen der anderen Kinder verschont, die sich ihr als Batswana überlegen fühlen.

Bessie Head hat in »Maru« einige autobiographische Erfahrungen eingearbeitet, insbesondere die des Rassismus. In ihrem Heimatland als »Farbige« abgestempelt, scheute sie sich nicht, auch den Rassismus innerhalb der schwarzen Bevölkerung anzuprangern, obgleich das Buch 1971 entstand, in einer Zeit, als der Kampf der Schwarzen gegen die Apartheid im Vordergrund stand.

Neben Margaret, dem Opfer des Rassismus von Schwarzen, spielen auch die beiden Freunde Moleka und Maru eine wesentliche Rolle in der Handlung. Zwischen ihnen entbrennt ein eifersüchtiger Kampf um die Liebe der Lehrerin Margaret. Die beiden Männer stehen für verschiedene politische Sichtweisen. Moleka verkörpert als Sohn des Chiefs die bestehenden Machtverhältnisse, Maru die Vision von einer besseren Gesellschaft. Trotz dieser Zuordnungen geraten Bessie Heads Figuren nie schablonenhaft, stets läßt sie Fragen offen, irritiert sie auch ihre Leserinnen und Leser. Vieles schrieb sie während ihrer immer wiederkehrenden Depressionen; sie selbst bezeichnete ihre Texte als »Symphonien der Worte«. Tatsächlich handelt es sich um eigenwillige, tiefgründige Kompositionen, die sie zu einer der bedeutendsten Autorinnen Afrikas gemacht haben.

»Die Zeit würde ihnen nicht entgegenkommen, sie mußten ihr entgegengehen, wenn sie ihr heil begegnen wollten«

Die Autorinnen der jüngeren Generation setzen die engagierte Tradition ihrer Vorgängerinnen fort. Auch sie wagen sich an Tabus,

thematisieren bislang Unausgesprochenes, kritisieren öffentlich, was verdrängt und verleugnet wird. So zwingen zum Beispiel zimbabwische Künstlerinnen ihre Gesellschaft, sich mit den negativen Seiten des Befreiungskampfes im Rhodesien der 70er Jahre auseinanderzusetzen. Zu den Frauen, die diesen Schleier falscher Heroisierung lüften wollen, gehört Yvonne Vera. 1997 sind zwei Bücher der 35-jährigen Autorin in deutscher Sprache erschienen: der Roman »Frau ohne Namen« und die Erzählungen »Seelen im Exil«. Beide Werke beschäftigen sich mit dem Befreiungskrieg, bei dessen Beginn 1970 die Autorin erst sieben Jahre alt war. Nicht zufällig handeln deshalb die bei Lamuv verlegten Kurzgeschichten nicht von direkten Kampfhandlungen, sondern von Begebenheiten am Rande des Krieges, erzählt aus der Sicht von Frauen.

In der Erzählung »Grenzüberschreitungen« beschreibt Yvonne Vera die psychische Struktur der kolonialen Eroberer Zimbabwes in Gestalt des weißen Farmerehepaares Nora und Charles ebenso eindringlich wie die seelischen Qualen der von ihrem Land vertriebenen schwarzen Familie und deren Hoffnung auf Befreiung. Bemerkenswert ist, daß beide Frauen, die schwarze Ma Moyo und die weiße Nora, jede auf ihre Weise, die politische Situation realistischer einzuschätzen vermögen als ihre Männer. Nora weiß, daß sie das Land »unbefugt betreten« hat und verlassen muß, im Gegensatz zu ihrem Mann, der nicht glauben kann, daß »seine Eingeborenen« ihn abweisen könnten. Die schwarze Ma Moyo aus der Farmarbeiterfamilie ist Sympathisantin der Befreiungsbewegung und denkt sehr wohl daran, ihre weißen Arbeitgeber zu verlassen und in die Stadt zu ziehen. Aber auch ihr Mann denkt rückwärtsgewandt. Er will abwarten, bis die Schwarzen ihr Land nach der Befreiung zurückerhalten, aber nicht wie Ma Moyo selbst aktiv werden. »Er schätzte die Vergangenheit mehr als die Gegenwart und sah sie in der Zukunft wiederholt. (...) Die Zeit würde ihnen nicht entgegenkommen, sie mußten ihr entgegengehen, wenn sie ihr heil begegnen wollten.«

»Das Kind hatte ihr so viel Machtlosigkeit mitgebracht, daß sie sich kaum vorwärts bewegen konnte«

Yvonne Veras Roman »Eine Frau ohne Namen«, 1997 im Marino Verlag erschienen, greift das tabuisierte Thema Vergewaltigung auf. Das Leben der jungen Mazvita ist zerstört, weil sie von einem Soldaten während des Befreiungskrieges vergewaltigt wurde. Sie verläßt ihr Dorf und ihren Freund und geht in die Stadt. Doch auch dort findet sie keine Erlösung. Sie merkt, daß sie schwanger ist. Ihr neuer Freund schickt sie fort, nachdem das Kind des Vorgängers geboren ist. Verzweifelt begibt sich Mazwita auf den Weg zurück ins Dorf und zugleich in eine von Krieg und Gewalt geprägte Vergangenheit. »Sie war auf dieses hohle Gefühl nicht vorbereitet. Das Kind hatte ihr so viel Machtlosigkeit mitgebracht, daß sie sich kaum vorwärts bewegen konnte. (...) Instinktiv wollte sie neue Träume träumen. Es lag eine solche Schwere in ihren Armen. Mazvita sehnte sich danach, die Schwere loszulassen, die es ihr unmöglich machte, die Arme auszustrecken und die Zukunft zu umarmen. Sie brauchte ihre Arme, doch sie waren schwer von dem Kind.«

Aus Verzweiflung tötet Mazvita ihr Kind. Ihrer schrecklichen Irrfahrt kann man sich als Leserin kaum entziehen. Nicht laut und drastisch, sondern leise und um so aufrüttelnder schildert Yvonne Vera das Schicksal dieser vergewaltigten Frau, die mannigfachen Verletzungen, die Amnesie, die Verzweiflung und die Aussichtslosigkeit. In immer neuen Bildern schildert sie die Schmerzen eines gebrochenen Körpers und einer verlorenen Seele.

Yvonne Vera studierte in Kanada, wie viele Afrikanerinnen der jüngeren Generation, die eine Zeit im Ausland verbracht und dort ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Die Ghanaerin Amma Darko lebte in den 80er Jahren in Deutschland, und sie hat wie andere Schriftstellerinnen ihre Erfahrungen in der Fremde literarisch verarbeitet. In ihrem Roman: »Der verkaufte Traum« rechnet die 42-jährige mit der Konsumgier ihrer Landsleute in Ghana, mit dem Rassismus in Deutschland und mit dem Männlichkeitswahn ab, den sie hier wie dort antrifft. Mara, die Protagonistin des Romans, wird schon als Mädchen mit Akobi verheiratet, der sie vom Land mit in die ghanaische Hauptstadt Accra nimmt. Sie ist für ihn nicht mehr als ein Arbeitstier, er beraubt sie jeglicher Würde. Und als sie ihm Jahre später nach Europa folgt, setzen sich die Demütigungen fort. Mara muß für ihren eigenen Mann als Prostituierte anschaffen. Zwar kann sie sich in einem schmerzhaften Prozeß von ihm befreien, aber sie arbeitet weiter als Prostituierte. Und daran sind auch die Erwartungen und Träume der Verwandten daheim schuld, die von ihrem Geld leben. Maras Freundin Kaye, ebenfalls Prostituierte, beschreibt das so: »Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß meine Familie sehr wohl weiß, was ich hier treibe. Doch vorsichtshalber fragen sie erst gar nicht. Sie würden ja indirekt zu Komplizen meines sündhaften Lebens, wenn sie sich wider besseren Wissens nicht rühren würden.« Amma Darko will ihr Buch nicht nur als Frauenroman verstanden wissen. Auch die Männer, so sagte sie in einem Interview, seien Opfer gesellschaftlicher Mißstände in Afrika. Diese Mißstände sind ihrer Ansicht nach nicht zuletzt durch den Kolonialismus bedingt. Darin ist sich Amma Darko mit vielen Schriftstellerkolleginnen einig. Ihre Landsfrau Aidoo bringt es auf den Punkt: »Wir wurden kolonisiert; wir hatten keine Wahl. Das muß man klar sagen. So hat sich die sogenannte moderne Welt bei uns entwickelt. Afrikaner sind eroberte Menschen. Als Teil dieser Eroberung mußten wir fremde Sprachen lernen. Nach der sogenannten politischen Unabhängigkeit haben wir nicht genug Anstrengungen unternommen, mit dieser kolonialen Welt zu brechen und uns aus dem Würgegriff der westlichen Welt und Europas zu befreien. Obwohl man uns okkupiert hatte, begann uns der importierte Lebensstil zu gefallen. Er war zu verlockend, um ihn wieder aufzugeben. Also haben wir ihn beibehalten. Und so haben wir die Abhängigkeit von unseren kolonialen Herrschern aufrechterhalten. (...) Vieles, was sich modern nennt, mag wirklich gut für uns sein, eine Verbesserung. Aber es gibt auch jede Menge Müll.«

Literatur

- Ama Ata Aidoo: *Die Zweitfrau.* Eine Liebesgeschichte, Lamuv , Göttingen 1991
- Bessie Head: *Maru*, Lamuv 1998
  Sternenwende, Lamuv, Göttingen 1997
  Die Farbe der Macht, Fischer, Frankfurt 1993
  Die Schatzsammlerin. Erzählungen, dtv
  Orangen und Zitronen. Geschichten von Zärtlichkeit und Macht, Lamuv, erscheint voraussichtlich im April 1999
- Yvonne Vera: *Eine Frau ohne Namen*, Marino, München 1997
  Seelen im Exil. Erzählungen, Lamuv, Göttingen 1997
- Amma Darko: *Das Hausmädchen*, Schmetterling, Stuttgart 1998
  Spinnweben, Schmetterling, Stuttgart 1995
  Der verkaufte Traum, Schmetterling, Stuttgart 1991

► **Birgit Morgenrath** arbeitet als freie Journalistin im Rheinischen JournalistInnenbüro.

Nigeria – Ende der Militärjunta?

▸ Nach 15 Jahren Diktatur sind am 27. Februar in Nigeria die ersten Präsidentschaftswahlen abgehalten worden. Die Wahlbeteiligung in dem bevölkerungsreichsten afrikanischen Staat (110 Millionen Einwohner) lag bei knapp 70 Prozent.

62 Prozent der Wahlberechtigten wählten Olusegun Obasanjo, Bewerber der Demokratischen Volkspartei (PDP) und Ex-Militärherrscher. 38 Prozent der Stimmen kamen auf den Gegenkandidaten Olu Falae, der für die beiden anderen Parteien, Allianz für Demokratie (ADP) und Allgemeine Volkspartei (APP), antrat. Beide Kandidaten saßen während des Abacha-Regimes mehrere Jahre im Gefängnis. Erst nach dem Tod des Diktators hatte dessen Nachfolger Abubakar sie freigelassen.

Falae bezeichnete die Wahlen als »vollständig manipuliert« und will sie gerichtlich anfechten. Auch die rund 300 internationalen Wahlbeobachter bemerkten »Unregelmäßigkeiten«, wollten jedoch nicht von »systematischen Betrügereien« sprechen. Bei den Parlamentswahlen dagegen sprachen auch sie von Wahlbetrug. Wähler seien nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen worden; auch die Auszählung sei in vielen Fällen unkorrekt verlaufen. Hinzu kommt, daß diese Wahl wieder in einigen Bezirken des Niger-Deltas, wo sich Mitte der 90er Jahre auch der Widerstand des Ogoni-Volkes konzentrierte, ausgesetzt wurde. Die Beteiligung an den Parlamentswahlen war im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen mit 20 Prozent gering.

Den Wahlen werden eine hohe Bedeutung auf dem Weg zur Demokratie beigemessen, nachdem die Militärjunta, in enger Kooperation mit den Ölkonzernen Shell, Chevron und British Petroleum, das Land ausgeblutet hat. Kritiker sind allerdings skeptisch: Als reine »Wahlvereine« sind die drei Parteien, kaum ein Jahr alt, nahezu ohne politisches Profil. Sie unterscheiden sich kaum in der Programmatik, die vor allem den »wirtschaftlichen Aufschwung« Nigerias propagiert. Die PDP, nach dem Sieg in den Parlamentswahlen mit der absoluten Mehrheit sowohl im Senat als auch Repräsentantenhaus ausgestattet, ist eine breite Koalition aus Reformpolitikern – unter ihnen sind viele ehemalige Generäle, die in Gegnerschaft zu Sani Abacha standen. Ihre Mitglieder waren schon im Vorfeld der Wahlen wegen der Kandidatur des ehemaligen Generals zerstritten. Vor allem die Anhänger des unterlegenen Bewerbers Alex Ekwueme hatten für einen klaren Bruch mit der Epoche der Militärherrschaft plädiert. Die zweitgrößte Partei APP ist ein Zusammenschluß von reichen Politikern aus dem Norden und Gefolgsleuten Abachas. Hingegen kommen die Anhänger der ADP aus dem Südwesten Nigerias. In ihren Reihen ist Lola Abiola-Edewor, die Tochter Moshood Abiolas, der die von den Militärs annullierte 93er Präsidentenwahl gewonnen hatte und noch im Gefängnis verstarb. Sie kandidierte in einem Slum von Lagos und zieht nun ins Repräsentantenhaus ein.

Die Spielregeln des Übergangs werden ohnehin noch weitgehend von den Militärs bestimmt. Schon im Vorfeld der Wahlen erließ der noch herrschende Militärrat nicht nur ein Dekret über die Bildung von Parteien, er setzte auch die Wahlkommission für die technische Durchführung und Überwachung der Urnengänge ein. Diese Kommission *(siehe iz3w 235)* untersagte bei den Governeurswahlen im Januar aus »Sicherheitsgründen« den Bewohnern Bayelsas, dem Bundesstaat im ölreichen Nigerdelta, die Teilnahme an den Wahlen.

Gerhard Klas

Krieg ums Horn

▸ Der Machtkampf zwischen Äthiopien und Eritrea ist im Februar weiter eskaliert. 15.000 Soldaten starben in einer dreitägigen Schlacht um ein Stück ödes Grenzland. Nun kontrolliert Äthiopien die auch von Eritrea beanspruchte Badme-Region und hat damit seine Vormachtstellung am Horn von Afrika ausgebaut. Angesichts der verheerenden Niederlage akzeptierte Eritrea erstmals den von der Organization of African Unity (OAU) entworfenen Friedensplan, dem Äthiopien bereits im letzten Jahr zugestimmt hatte.

Bis zum Ausbruch des Krieges im Mai 1998 galten der äthiopische Ministerpräsident Meles Zenawi und der eritreische Präsident Isaias Afeworki als große Hoffnungsträger Afrikas. Ihre sehr engen Beziehungen stützten sich auf den gemeinsamen Kampf gegen den äthiopischen Diktator Mengistu Haile Mariam, den ihre Befreiungsfronten 1991 besiegten. Als politische Führer von zwei der ärmsten Staaten der Welt waren sie vor allem darum bemüht, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Dazu engagierten sie sich auch für eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit weiteren Nachbarländern. Der eritreisch-äthiopische Grenzverkehr war zum Vorteil beider Staaten sehr lebhaft und durchlässig. Eritrea schlug nach der Unabhängigkeit einen besonderen Weg der Entwicklung ein. Die Regierung in Asmara vertraute auf die eigenen Kräfte und zeigte sich sehr mißtrauisch gegenüber westlicher Entwicklungshilfe.

Trotz ihrer engen Beziehungen häuften sich seit 1997 die Probleme zwischen beiden Ländern. Eritrea zielte als souveräner Staat auf eine vollständige finanz- und wirtschaftspolitische Unabhängigkeit. Im November 1997 führte das Land eine neue Währung ein, den Nakfa. Damit endete die Währungsunion mit Äthiopien, das nun darauf bestand, den Handel mit Eritrea auf der Basis des US-Dollar abzuwickeln. Der bilaterale Handel kam daraufhin fast vollständig zum Erliegen. Es kam zu ernsthaften Grenzstreitigkeiten. Wichtig für das strategische Interesse von Äthiopien ist dabei der eritreische Hafen von Assab. Über ihn konnte das Land bis zum Ausbruch des Krieges den größten Teil seines Außenhandels zollfrei abwickeln.

In den Grenzstreitigkeiten und veränderten wirtschaftspolitischen Beziehungen drückt sich vor allem der Wille zur politischen Neuordnung der Macht am Horn von Afrika aus. Äthiopien frischt seine Beziehungen zum bisherigen Erzfeind Sudan auf und verstärkt seinen Einfluß in Somalia. Eritrea orientiert sich in Richtung der arabischen Welt. Im Oktober 1998 wurde der Konflikt um die Hanish-Inseln beigelegt und damit die Beziehungen zum Jemen normalisiert, die Kontakte nach Libyen und an den Persischen Golf wurden intensiviert. Diese Neuordnung der Machtkonstellation verläuft quer zu den geostrategischen Planungen der USA, die Äthiopien und Eritrea großzügig unterstützt und aufgerüstet hatten, galten beide doch als wichtige Stützpunkte zur Sicherung amerikanischer Interessen auf der Arabischen Halbinsel und als »Bollwerk« gegen das islamisch-fundamentalistische Regime im Sudan. Doch die US-Strategen vernachlässigten die politische Eigendynamik vor Ort und rechneten nicht damit, daß sowohl Äthiopien als auch Eritrea die Vormachtstellung in der Region anstreben.

Der gegenwärtige Krieg fordert viele Opfer. Beide Länder lenken ihre knappen Ressourcen in die Kriegswirtschaft, nachdem sie sich noch zu Beginn der 90er Jahre in großem Maße entmilitarisiert hatten. In den letzten Monaten haben die Kontrahenten für mehrere hundert Millionen US-$ Waffen vor allem aus Osteuropa gekauft. UN-Sonderbotschafter Mohamed Sahnoun befürchtet den »ersten High-Tech-Krieg« Afrikas. Durch die Kriegshandlungen wurden auf beiden Seiten der Grenze mehr als 300.000 Menschen vertrieben. Viele von ihnen sind nun von humanitärer Hilfe abhängig. Nach Angaben von Amnesty International wurden seit Juni 1998 mehr als 52.000 eritreische Staatsangehörige in Äthiopien auf brutale Weise des Landes verwiesen. Etwa 22.000 Äthiopier verließen Eritrea. Obwohl Eritrea dem Friedensplan der OAU inzwischen zugestimmt hat, ist der Frieden am Horn von Afrika noch nicht gesichert. Nach der Eroberung der Badme-Region durch das äthiopische Militär konnte noch kein Waffenstillstand vereinbart werden. So ist zu befürchten, daß der Kampf um die politische Hegemonie am Horn von Afrika sich fortsetzen wird.

Rainer Hartmann und Thorsten Meier

Frauengefängnisse in den USA

▶ Rund 130.000 Frauen, viele davon schwarz oder hispana, befinden sich in amerikanischen Gefängnissen – dreimal so viele wie noch 1985. Über drei Viertel der weiblichen Gefangenen wurden wegen geringfügiger Vergehen wie Diebstahl oder illegaler Einreise verurteilt. Fast die Hälfte der wegen Drogendelikten Inhaftierten war zuvor Opfer schwerer körperlicher Mißhandlungen oder sexuellen Mißbrauchs.

In erschreckender Weise sind besonders schwangere und kranke Frauen betroffen. Die notwendige medizinische Hilfe wird oft verweigert. Wenn eine Gefangene krank ist, muß sie zuerst eine Wache davon überzeugen und dann Tage oder Wochen warten, bis vielleicht ein Arzt kommt. Sie wird, auch schwer krank oder in den Wehen, an das Krankenhausbett gefesselt. Eine Frau, die erst kürzlich in Illinois aus einem Gefängnis entlassen worden ist, berichtete Amnesty International, daß sie nach einer Operation in Handschellen aufwachte.

Frauen werden in den USA von männlichem Gefängnispersonal bewacht, denen erlaubt ist, sie bei Durchsuchungen zu berühren und nackt zu sehen. In manchen Gefängnissen ist es üblich, bei Disziplinarvergehen mindestens 22 Stunden allein eingesperrt zu werden, unter der ununterbrochenen Beobachtung von männlichem Wachpersonal, sogar bei Benutzung der Toilette. Robin Lucas ist eine von drei Frauen, die bei einem Prozeß aussagten, daß sie von Wachen des Federal Prison of Dublin, California geschlagen und vergewaltigt wurden und danach an männliche Insassen gegen Geld vermietet worden sind. 1998 mußte das Federal Bureau of Prisons 500.000 Dollar an sie bezahlen, um den Fall abzuschließen. In der Regel haben in den USA Prozesse gegen sexuellen Mißbrauch und Vergewaltigung durch Gefängnispersonal jedoch wenig Erfolg. Die Betroffenen sind oft zu verängstigt, um den Mißbrauch anzuzeigen, nicht zuletzt, weil sie gesehen haben, was die Wachen mit Frauen gemacht haben, die es gewagt haben, sich zu wehren.

In fünfzehn Staaten gibt es keine Gesetze, die sexuellen Kontakt zwischen Wachpersonal und Inhaftierten unter Strafe stellen. Die ungleiche Verteilung von Macht zwischen Inhaftierten und Wachen bedeutet, daß von beiden Seiten gewollte freiwillige sexuelle Kontakte kaum möglich sind. Die gesetzliche Vorgehensweise bei sexuellem Mißbrauch von weiblichen Gefangenen ist so uneffektiv und wirkungslos, daß sie die Funktion als Hemmschwelle nicht erfüllen kann. Das männliche Wachpersonal mißbraucht inhaftierte Frauen in dem Wissen, wahrscheinlich niemals dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Susanne Reichinger

▶ *Informationen: ai-Bericht »Not part of my sentence«: Violations of the Human Rights of Women in Custody. March 1999 (AMR 51/19/99).*

Prozeß gegen Bayer-Gefahren

▶ Jedes Jahr vergiften sich nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO weltweit über zwei Millionen Landarbeiter mit Pflanzenschutzmitteln, mindestens 20.000 sterben. Die meisten dieser Pestizide werden in Deutschland produziert und in alle Welt exportiert.

Eines der Hauptabnehmerländer ist Brasilien. In den Kaffeeplantagen dort kam es in den letzten Jahren zu einer Welle von Vergiftungen mit zwölf Toten, die durch das Pestizid Baysiston der Firma Bayer ausgelöst wurde. Für den Umgang mit dem extrem giftigen Pestizid, das in Deutschland seit 20 Jahren verboten ist, sind zwar Atemgeräte und Schutzkleidung vorgeschrieben, die jedoch für die meist armen Landarbeiter nicht erschwinglich sind. Viele Kaffeebauern sind Analphabeten und können daher die Sicherheitshinweise nicht lesen. Außerdem werden durch die omnipräsente Werbung die Risiken in den Hintergrund gedrängt, viele Bauern glauben sogar, Baysiston sei ein Düngemittel zur Ertragssteigerung.

Tatsächlich sind die gesundheitlichen Risiken – Muskellähmungen und Atemstillstand – für Menschen ohne Schutzkleidung groß, zuweilen tödlich. Die Bayer AG führt die Vergiftungsfälle auf »unsachgemäße Anwendung« zurück: Baysiston dürfe nur mit einer speziellen Maschine, nicht aber mit der Hand

ausgebracht werden. Wenn dies nicht beachtet werde, treffe die Schuld allein die Bauern. Die Welternährungsorganisation FAO fordert die Hersteller von Pestiziden dagegen auf, die Mittel nicht in den Handel zu bringen, wenn für deren Handhabung teure Schutzausrüstung erforderlich ist.

Die Staatsanwaltschaft in Manhuacu im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais ermittelt jetzt erstmals gegen Bayer. Der Staatsanwalt Eduardo Nepomuceno beklagt die verharmlosende Werbung, die mögliche Risiken des Pestizids völlig ausklammere. »In einem Zivilprozeß auf Schadensersatz ist die Firma Bayer die Hauptverantwortliche, weil sie das Produkt auf den Markt bringt. In einem Strafprozeß ist an Bayer als juristische Person nicht heranzukommen, vielleicht aber an einen Angestellten der Firma als Urheber.« Dem Staatsanwalt zufolge strebt das Unternehmen daher einen Vergleich an – in diesem Zusammenhang muß wohl auch eine freiwillige Zahlung von Bayer in einen von Nepomuceno initiierten Hilfsfond verstanden werden.

Philipp Mimkes

Keine neue Deutsche Welle

▸ Um die kulturpolitische Eroberung Asiens tobt ein globaler Wettbewerb der Fernsehstationen: Über dem Kontinent kreisen inzwischen mehr als 20 Satelliten, die über 200 verschiedene Programme ausstrahlen. Auch die Deutsche Welle beteiligt sich im Auftrag des Auswärtigen Amtes an dieser Invasion. Als DW-tv mietete sie sich einen Platz beim Satelliten AsiaSat 2 und begann im April 1996 mit ihrer Mission, die Bundesrepublik nach außen zu repräsentieren.

Diese Asienoffensive des DW-tv sollte auf die »mediale und kulturelle Erschließung des asiatisch-pazifischen Raumes« zielen und damit auch die »Asienoffensive der deutschen Wirtschaft« (DW 1995) begleiten und unterstützen. Hintergrund des Auftrages waren Befürchtungen, die deutsche Wirtschaft könnte mittel- bis langfristig gegenüber der angelsächsischen Konkurrenz ins Hintertreffen kommen, würde das Deutschlandbild nicht verbessert. Also beauftragte das Auswärtige Amt die Heinrich-Böll-Stiftung und die Asienstiftung Essen mit einer Studie, und Ende 1998 legten Jürgen Becker und Daniel Salamanca von der Solinger Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung (KomTech) ihr Gutachten »Der unsichtbare Spätankömmling« vor. Der 218 Seiten umfassende Bericht deutet schon im Titel das vernichtende Urteil seiner Verfasser an: Die DW-tv ist in den untersuchten Ländern (Thailand, Philippinen, Indonesien, China, Vietnam, Indien) nahezu unbekannt und gibt Zahlen (Reichweite: 140 Millionen) an, die schöngerechnet und schlampig recherchiert sind. Das Programm wird zumeist von deutschen Touristen in Hotels, Rentnern, Geschäftsleuten oder Mitarbeitern von deutschen Instituten im Ausland gesehen, erreicht aber nur selten Einheimische. Es ist insgesamt langweilig, unprofessionell gemacht und »sein Geld nicht wert«. Die Gutachter rieten der DW, sich »völlig und ersatzlos aus dem Fernsehbereich« Asiens, aber auch Lateinamerikas, zurückzuziehen.

Der Intendant der Deutschen Welle, Dieter Weirich, konterte sofort. Er bezeichnete seinerseits das Gutachten als »Verschwendung von Steuergeldern« und wies die Studie als »unseriös«, »dümmlich« und »fehlerhaft« zurück. Nicht nur methodische und sachliche Fehler wurden öffentlich aufgerechnet. Der Angriff auf die Studie gipfelte in dem Vorwurf, daß das Werk der KomTech sich durch eine »Gesinnung der 70er Jahre« und durch »Ideologie statt Kompetenz« auszeichne. Aufgrund ihrer kritischen Ausführungen zur Rolle der DW in dem Kapitel »Paradigmenwechsel: Von der Entwicklungs- zur Großmachtpolitik« und zum Informationsfluß im Abschnitt »Nord-Süd-Einbahnstraße« sei anzunehmen, die Autoren hingen »nach wie vor« der »Kulturimperialismusthese an«.

Anfang März lud der Kölner Auslandssender den Kritiker Becker zu einem Treffen nach Bonn ein. Doch statt des zu erwartenden Showdown endete das Aufeinandertreffen der Kontrahenten mit Happy-End: Becker, der in seinem Gutachten die Liquidation des Auslandsfernsehens vorgeschlagen hatte, sprach plötzlich von einem Mißverständnis. Er habe von der Bundesregierung mehr Finanzmittel gefordert, um den Sender für die Konkurrenz zu stärken. Erst falls das unmöglich sei, rate er zur Einstellung des Programms. Die DW-Abordnung, so wird kolportiert, war ob der friedlichen Worte verwundert, aber auch erleichtert. Nachdem nun auch Staatsminister Michael Naumann die angedrohte Etatkürzung von 40 Millionen zurücknahm, stellt sich die Frage: Außer Spesen für ein rituelles Hickhack zwischen Politikern, Medienkritikern und -schaffenden nichts gewesen?

Es ist anzunehmen, daß nun alles seinen Lauf nimmt: Von politischer Seite stellt niemand die Rolle des DW-tv als Multiplikator für wirtschaftliche Interessen in Frage. Neben Informationsvermittlung wird das DW-tv als Staatssender in erster Linie der Imagepflege dienen und damit indirekt und direkt (Werbung) die Absatzchancen deutscher Unternehmen in Asien verbessern. Eine Debatte über Berechtigung, Inhalt und Ziel eines deutschen TV-Auslandsenders im Rahmen auswärtiger Kulturpolitik fand nicht statt.

Holger P. Schaich

Kein Staat zu machen

▶ Anläßlich des 60. Geburtstags von Joachim Hirsch, dem wohl bekanntesten deutschen Vertreter der Regulationstheorie, ist ein Sammelband erschienen, dessen Titel Programm ist: **Kein Staat zu machen** vermittelt die Perspektive kritischer Sozialwissenschaften, die sich nicht nur als Agentur für Kostenfolgenabschätzungen versteht, sondern auch heute noch über die herrschaftliche Seite staatlicher Vergesellschaftung nachdenkt. Mit einem Umfang von mehr als 500 Seiten ist das Buch weit über dem Durchschnitt üblicher Laudatien angesiedelt.

Wahrscheinlich braucht es auch diesen Umfang, um die verschiedenen Facetten einer »Kritik der Sozialwissenschaften« zu beleuchten. Das fängt an bei institutionellen Fragen, der Rolle der Universitäten als Teile der »ideologischen Staatsapparate« (Althusser) und reicht bis zu einer Kritik der 68er. Diese werden als Eskapade aus dem Normalzustand begriffen, der dadurch charakterisiert ist, daß die Wissensproduktion sich bruchlos in die bestehenden Produktions- und Ungleichheitsverhältnisse integriert. Des weiteren geht es um die Interpretation der Streiks vom Wintersemester 1997/98 sowie die kontroverse Einschätzung der (kritischen) Sozialwissenschaften für die LehrerInnenausbildung.

Grundsätzlicher behandelt das Eingangskapitel Fragen für eine heutige Staatstheorie und Staatskritik. Gleich zu Beginn wartet John Holloway mit einem Plädoyer für die in den letzten Jahren eher verpönte Staatsableitungstheorie auf. Mit ihr sei es möglich, eine fundamentale Kritik am Staat zu formulieren. Denn die Frage: 'Warum existiert der Staat als besondere Form gesellschaftlicher Verhältnisse?', verweist nach Holloway in ihrer Radikalität weit über das Niveau traditioneller Staatskritik. Diese verurteile zwar staatliche Praktiken und bejammere bestimmte Entwicklungen – aber immer vor dem Hintergrund, daß eine alternative Politik es doch eigentlich besser machen müßte. Die Existenz des Staates werde nicht infrage gestellt. Demgegenüber will die radikale Kritik – als eine »Theorie gegen« die schlecht verfaßte Welt – den Kapitalismus nicht verstehen, sondern ihn »entfetischisieren und damit aufheben«.

Beispielhaft wird diese Forderung nach radikaler Kritik im Beitrag von Josef Esser zum »kooperativen Staat« umgesetzt. Dieser sei nach dem Abgesang auf den keynesianischen Steuerstaat in aller Munde. Ob nun als »dezentrale Kontextsteuerung« (Teubner und Willke) oder, etwas angelinkter, als »Netzwerkgesellschaft« (Dirk Messner) bezeichnet, gemeint sei in beiden Fällen der Abschied von dem hierarchisch steuernden Staat und die Hinwendung zum interaktiven »Verhandlungsstaat«, der als »Moderator« oder »Makler« unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen über Kommunikation effektive und konsensfähige Politik gestalte. Wohin die Reise dabei geht, macht Esser deutlich: »Demokratisch nicht legitimierten subpolitischen Akteuren [würde] das technokratisch zu managende Feld der 'Modernisierung des globalen Kapitalismus' überlassen – versteckt hinter so neutral und harmonistisch daherkommenden 'Reform-Projekten' wie dem von der 'Selbstorganisation der Gesellschaft' oder der 'Verhandlungsdemokratie'«. Weder werde thematisiert, daß weniger durchsetzungsfähige Interessen ausgegrenzt werden, noch daß es erhebliche Machtungleichgewichte in diesen Netzwerken gibt.

Klar ist, daß in einem so umfangreichen Sammelband sich nicht alle Beiträge in ein kohärentes Gesamtkonzept fügen. So sticht der Artikel von Roland Roth ins Auge, der versucht, Konturen einer postfordistischen Politik aufzuzeigen, genau das, was Esser zuvor harsch kritisiert. Zwar kritisiert Roth die Ökonomisierung des Politischen und deren Auswirkungen auf die lokale Ebene. Gleichzeitig sieht er einen Trend hin zu einer größeren Bedeutung der lokalen Ebene, der einen neuen »kommunitaristischen Zusammenhalt« entstehen lassen soll. In seiner Hoffnung auf eine Bewegung »von unten« übersieht Roth geflissentlich die strukturellen Ungleichgewichte in den Netzwerken der Stadtentwicklung. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die nicht genügend »soziales Kapital« haben, um sich wortreich in die städtischen Belange einzumischen, kommen erst gar nicht vor.

»Kein Staat zu machen« zeugt somit auch von der Schwierigkeit kritischer Theorie heute. Wenn die »Praxisverhältnisse« (so der Titel des Schlußkapitels) wenig Ansatzpunkte für die Überwindung des Bestehenden bieten, wird oftmals der Wunsch nach Veränderung zum Vater des Gedankens und nicht Analyse und Kritik. Trotzdem gibt der Sammelband wichtige Anregungen für eine kritische Reflexion auf die strukturellen Bedingungen politischer Praxis.

Christine Parsdorfer

▶ *Christoph Görg, Roland Roth (Hrsg.): Kein Staat zu machen – Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 510 Seiten, DM 58,-.*

Identitätspolitik zwischen Universalismus und Partikularismus

► Wie sind Fragen nach kultureller Repräsentation und Identität im Bereich der Popkultur und im Hinblick auf politische Interventionen adäquat zu theoretisieren, will man einerseits totalisierende und vereinnahmende Modelle von Identität und Differenz hinter sich lassen, andererseits aber auch die Flucht in einen allzu diffusen und beliebigen Anti-Essentialismus vermeiden? Diese für die Cultural Studies gegenwärtig so wichtige Frage steht im Zentrum des jüngst beim kleinen Wiener Verlag Turia + Kant erschienenen Bandes **Cultural Studies – Eine Einführung**, der zugleich auch den Eröffnungsband einer ganzen Reihe von Publikationen zu diesem Thema darstellt.

Nach einem kurzen historischen Überblick über die Ursprünge von Cultural Studies in Großbritannien und einem Kapitel über die Debatten und theoretischen Entwicklungen im Feld von Populärkultur und Massenmedien widmen sich Christina Lutter und Markus Reisenleitner ausführlich den Komplexen von Identität und Differenz. Den aus dem US-Amerikanischen *civil rights movement* hervorgegangenen feministischen und anti-rassistischen Bewegungen ging es in den sechziger Jahren erst einmal darum, eine gemeinsame, an Vorstellungen von Authentizität und klar zu benennenden Differenzen orientierte Stimme zu finden, wollte man den ausschließenden patriarchalen und weißen Diskursen etwas eigenes und wirkungsmächtiges entgegensetzen. Daß man sich dabei der herrschenden Logik vom 'Eigenen' und 'Anderen' bediente und die angeprangerten Ausschlüsse lediglich auf einer anderen Ebene reproduzierte, erwies sich aber politisch wie theoretisch als zunehmend problematisch und ineffektiv. Im postmodernen Zeitalter wurden diese binären Konzeptionen von Identität nun vehement in Frage gestellt, was einerseits natürlich befreiend wirkte, zum anderen aber auch die Gefahr in sich barg, ehemals erkämpfte und politisch nutzbare Positionen zu verlieren – denn nur allzu oft führte die Übernahme dekonstruktivistischer Praktiken zu einer Verselbständigung des Differenzbegriffs, also zu einer Geisteshaltung der Beliebigkeit, die davon ausgeht, daß alle Beziehungen eh nur illusionär sind, Bedeutungen keinen eindeutig festzumachenden Wert mehr haben und die einzige Antwort auf Machtbeziehungen nur deren permanente textuelle Dekonstruktion ist.

Lutter und Reisenleitner führen uns hier die Möglichkeiten und Grenzen post-feministischer wie post-kolonialer Kritik im Bereich kultureller Repräsentation und Intervention vor Augen. Sie sind dabei auf der Suche nach einem Dritten, nach einer zeitgemäßen Identitätspolitik, die den Postmodernismus nicht als verbindlichen *masterplan* begreift, sondern eher als eine Art Kompaß für den strategischen und temporären Gebrauch in einer scheinbar immer komplizierteren Welt – einer Welt, in der es keine Garantien und Ursprungsgesetze mehr gibt, in der aber nach wie vor ein Ort gefunden werden muß, von dem aus die subalternen Klassen sprechen und intervenieren können. Ihr Buch kann bei dieser Gratwanderung aber nur das leisten, was uns der Titel verspricht. Es handelt sich um eine größtenteils recht gelungene und kompakte Einführung in die Geschichte und gegenwärtigen Probleme der Cultural Studies, nicht mehr und nicht weniger. Verstörend ist allenfalls der Gestus der AutorInnen, der suggeriert, daß ihr Buch das allererste zu diesem Thema im deutschsprachigen Raum sei, dabei aber die schon breite Rezeption der Cultural Studies hierzulande etwas vernachlässigt. Antworten auf die ohnehin nie befriedigend zu lösenden Fragen nach radikalen und wirksamen Interventionen im Gleitfeld von Politik und Kultur sollen und können hier jedenfalls nicht gegeben werden – das bleibt den LeserInnen selbst überlassen, und eine ausgezeichnete Bibliographie lädt hierbei zu einer intensiveren Auseinandersetzung ein.

Dominik Bloedner

► *Christina Lutter / Markus Reisenleitner: Cultural Studies – Eine Einführung, Turia + Kant Verlag, Wien, 1998, 155 S., DM 29,- / ATS 198,-*

ila 222

► Der neue Schwerpunkt der ila trägt den Titel: indigen: ganz anders normal. Frank Garbers kritisiert die immer noch verbreiteten essentialistischen Konzepte ursprünglicher Indianität. Was als Traditionalität wahrgenommen wird, ist nichts anderes als eine Antwort auf die Rahmenbedingungen der hegemonialen Gesellschaft. Dementgegen versucht er, die Revitalisierung kultureller Praktiken – z.B. in der Maya-Bewegung – als neue politische Strategie darzustellen, die sich auf eine hybride indianische Identität gründe. Aus dieser Perspektive werden in mehreren Artikeln u. a. die indígena-Bewegung in Guatemala und der indianische Widerstand gegen Staudammprojekte, Erdölkonzerne und Gentechnik in Lateinamerika vorgestellt. Weitere Themen: Schwule und Lesben in Nicaragua, Fußball, Literatur.

► *ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Preis: 8 DM pro Heft – im Abo 70 DM/Jahr*

Politische Ökologie 57/58

► Im Schwerpunkt »Von der Zeitnot zum Zeitwohlstand« wird versucht, dem modernen Geschwindigkeitswahn etwas anderes entgegenzusetzen als den »esoterischen Airbag des Prinzips Langsamkeit« – denn auch Verlangsamung ist Kontrolle der individuellen Zeit. Die vereinheitlichte Vorstellung einer linearen Zeit wird historisch analysiert. Im Mittelalter veränderte die Pest das Verhältnis zum Tod dramatisch. Beschleunigung und technisch-medizinische Beherrschung der begrenzten Lebensspanne sollen die Todesangst bannen. Dementgegen brauchen wir heute eine Ökologie der Zeit, »ein neues Vertragsverhältnis zwischen den Dingen und dem Menschen«. Weitere Themen: Zeitenvielfalt, Biorythmus, Nachhaltigkeit, Turbotiere.

► *Politische Ökologie-Leserservice, PAN-Adress GmbH, Semmelweisstr. 8, 82152 Planegg, Preis pro Heft 24,80 DM, im Abo 98 DM/Jahr*

Ö-Punkte 1/1999

► Der seit einem Jahr erscheinende *Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen* bietet einen breiten Überblick über linke Aktivitäten. Über ein Dutzend regionale Redaktionen veröffentlichen regelmäßig zu den Themen: Anti-Atom, Gentechnik, Tierschutz, direkte Aktionen u.v.a.m. Die aktuelle Ausgabe mobilisiert zu den Gegengipfeln in Köln und bietet, neben vielen Veranstaltungs- und Actiontips, Hintergrundartikel zur Ethnisierung prekärer Arbeitsverhältnisse von Frauen, zum Widerstand indischer Bauern und zu Global Governance.

► *Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Relskirchen-Saasen, Preis: 8 DM pro Heft oder 20 DM im Jahr*

Betr.: Kontroverse um Linke und Keynes (iz3w 234)

▸ Die Diskussionsbeiträge von Jörg Später und Georg Lutz zur »Keynes-Frage« der Linken leiden daran, daß sie aneinander vorbeireden. (...) Jörg Späters Beitrag ist ein im Kern ideologiekritischer 'Abgesang' auf den Staat als Ort der Verdichtung aller reformerischen Verheißungen eines sozial reformierten Kapitalismus. Zu Recht wird damit der Staat als die Form des Politischen in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt und die (reformistische) Dichotomisierung von hier Markt und dort Staat dekonstruiert.(...)

Die von Georg Lutz andererseits geführten verbalen Injurien gegen die Ideologiekritik verfehlen ihren Gegenstand. Die Gegenüberstellung von Erscheinung hier und Wesen dort ist reichlich undialektisch. Keynes ist in der Tat Ideologe, (...) der Keynesianismus ist keine 'Erfindung' von Keynes. (...) Wie aber kann der Einfluß von Keynes verstanden werden ohne Rückbezug auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse? Den Staat als Ausdruck dieser Verhältnisse zu begreifen, heißt doch erst historisch-genetische Fragen stellen zu können (...). Die Herausforderungen, die Georg Lutz für eine 'Linke' sieht bei Fragen, die ins Mark der kapitalistischen Produktionsweise zu treffen scheinen, etwa ein gebrauchswertorientiertes Akkumulationsregime zu installieren, zielen auf ein politisches Projekt ab. Wenn er aber darauf zielt, dem »neo-keynesianischen Staat« gewisse Funktionen zuzuweisen, ihm Gewährung von Rechten abzutrotzen, so nutzt er eine politische Form, die es erst einmal zu verstehen gilt. Hierzu ist Ideologiekritik notwendig. (...) Ist denn ein politischer Reformismus, der um die Ideologiehaftigkeit des Staates unbekümmert ist, vor den Gefährdungen der 'Staatsillusion' gefeit ?

Die Kontroverse scheint mir keine zu sein. Die Ansichten scheinen sich nicht auszuschließen. Beiden intellektuellen Beiträgen mangelt die Reflexion darüber, was Intellektuelle bewirken können. Während Lutz wohl auf die Erarbeitung alternativer Konzepte abzielt, die freilich ohne konkreten Praxisbezug als verbale Utopien bezeichnet werden müssen, scheint Später die Rolle des Intellektuellen in dürftiger Zeit so zu bestimmen, wie es Johannes Agnoli formulierte: »Destruktion« sei die Bestimmung eines solchen Gelehrten. Die entscheidende Kontroverse ist: Was wirkt mehr auf die sozialen Verhältnisse ein? Ideologiekritik kann nicht politisches Handeln ersetzen, da hat Lutz recht. Politisches Handeln sollte allerdings auch nicht auf die reichen Erkenntnisquellen der Ideologiekritik verzichten, denn es wäre nicht das erste Mal, daß ein radikaler Angriff auf die Konstitution der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Transformation endet. Sowohl-als auch, nicht entweder-oder.

Kai Mosebach, Marburg (Lahn)

Betr.: Vernunft und Rassismus (iz3w 234)

▸ Antideutsche MigrantInnen-Gruppen antworteten auf Rassismus in der Zeitschrift ´konkret´ und versuchen, eine linke Öffentlichkeit zu erreichen, indem sie sich an verschiedene Zeitschriften wenden. *ak* und *iz3w* veröffentlichten eigene Stellungnahmen. *konkret* sei »erwischt« und eine »Entgleisung« in rassistische Denk- und Sprechweisen nachgewiesen worden *(ak)*, den MigrantInnnen hätte es aber nicht genügt, den Autor eines »Ressentiments« zu »überführen« *(iz3w)*. Mit diesen Formulierungen wird von einer nicht-rassistischen Normalität in der deutschen Linken ausgegangen, Rassismus scheint unbeabsichtigt und versteckt. Angesichts der Dichte rassistischer Formulierungen und Denkstrukturen und des Selbstbewußtseins, mit dem die Autoren der konkret-Artikel auftreten, teile ich die Sicht der MigrantInnen-Gruppen, die von einem »zutiefst rassistischen Menschenbild« sprechen. (...)

Sokolowsky hatte in *konkret* verkündet, er wolle lieber keine Gegend bewohnen, in der »das Tragen von Kopfwindeln und Gesichtspelzen Vorschrift ist« (die Rede ist von Afghanistan). Den Autoren des *iz3w*-Kommentars geht es z.B. zu weit, daß bei einer solchen Formulierung gefragt wird, weshalb der Autor solche Bilder herstellt, zu Bärten »Gesichtspelze« assoziiert und daß dabei Bilder einfallen von Wehrmachtssoldaten, die jüdischen Männern Bärte abschnitten. Ihre wütende Aufrechnung, dies wäre häßlicher als die »herabwürdigenden Äußerungen« selbst, läßt zum einen nicht zu, einen Zusammenhang aufzumachen zwischen Sprache/Körper-Bildern des Rassismus und physischem Angriff. Zum anderen darf nicht sein, eine Verbindung zu knüpfen zwischen dem, was heute auch in linken Köpfen entsteht, und der Geschichte solcher Denkmuster in der deutschen Gesellschaft, im Antisemitismus, im Nationalsozialismus.

Das Kritik-Papier drückt viel Wut und Willen zur Konfrontation aus, ist in diesem Sinne eine Art Streitschrift. Beim Lesen der Reaktionen von *konkret*, *ak* und *iz3w* assoziiere ich frei eine Stelle von R. C. Schneider (»Fetisch Holocaust«, 1997): »Juden dürfen keine negativen Emotionen zeigen, sich nicht ärgern, sie dürfen sich nicht aufregen, nicht schimpfen, toben und schon gar nicht hassen. (...) Sich als Jude öffentlich aufzuregen, sei unpassend, heißt es, es zieme sich nicht, es komme nicht gut an, sei vor allem nicht sachlich, diene nicht der Verständigung, der Versöhnung, dem Dialog. In Deutschland müssen sich Juden also anständig benehmen, wenn sie gehört werden wollen.« Auf Aggressionen wird mit einem beachtlichen Potential an Gegen-Wut reagiert, teilweise um argumentative Verpackung bemüht. Trotz der Unterschiede läßt sich der beschriebene Mechanismus meiner Ansicht nach auch in dieser Diskussion beobachten – u.a. darin, daß den MigrantInnen eine Auseinandersetzung aufgekündigt wird, weil ihre Kritik nicht mehr ernst zu nehmen sei *(iz3w)*. Das Gegenüber bewegt sich angeblich unter dem eigenen Diskussionsniveau, hat sich selbst disqualifiziert und ist unter der Würde einer ernsthaften (auch kontroversen) Auseinandersetzung. Die Gefahr dieser Rundum-Distanzierung: Eine deutsche Linke eignet sich anhand der Kritik der MigrantInnen sehr wohl antirassistisches Verständnis an, stellt dies dann aber als eigene Errungenschaft dar. So, als hätte sie die Dimension des Herrschaftsverständnisses Rassismus aus eigener Kraft und eigener linker Analyse erfaßt. Unter den Tisch fällt, daß es bisher im wesentlichen die vehementen Vorwürfe und deutliche Kritik von Menschen aus anderen Ländern und MigrantInnen waren, die eine Reflexion über die Strukturen und die Geschichte des Rassismus angekickt haben. (...)

Der *iz3w*-Kommentar wirft den MigrantInnen-Gruppen vor, sich »nahtlos in die politische Kultur der deutschen Linken« einzureihen. Die unterschiedlichen Konfrontationen mit dem Herrschaftsverhältnis und der Bedrohung Rassismus werden unkenntlich gemacht. Unterschiedliche Biographien, Politisierungen oder Ausgrenzung aus der linken Szene werden ignoriert. Im nächsten Satz werden dann die »eigentlichen Fragen« festgelegt (an denen die MigrantInnen ihrer Ansicht nach »vorbeirasen«): Z.B. ob wir uns (!) über Religionen und religiöse Menschen in einst kolonisierten Regionen ebenso lustig machen dürfen wie über hiesige Aberglaubensgemeinschaften. Rassismus in der deutschen Linken wird als »eigentliches« Thema ausgebremst, hier wollen die Autoren lieber vorbeirasen. Insgesamt bleibt der Eindruck, daß die Aktion der MigrantInnen-Gruppen, in einer linken Öffentlichkeit Rassismus in *konkret*-Artikeln zu thematisieren, stark gegen sie gewendet wird und sie zum eigentlichen Objekt der Kritik werden.

Susanne Kunte, Freiburg

ATTAC-Initiative

▶ Die Initiativen »Umverteilen! Stiftung für eine, solidarische Welt« (Mehringdamm 50, 10961 Berlin) und »Stiftung Nord-Süd-Brücken« (Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin) rufen zur Bildung lokaler Komitees für die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen auf. Sie wollen hierdurch dem Beispiel französischer Vereinigungen folgen, die sich unter dem Namen ATTAC – Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens – in regionalen Komitees mit mehr als 4000 Mitgliedern zusammenfanden. Von den deutschen lokalen Gruppen wird erwartet, mit Ideen und Aktionen die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen und scheinbare Sachzwänge zu politisieren. Die Stiftungen treten für eine solidarische Weltwirtschaft ein und fordern die Regierungen der EURO-Länder auf, die internationale Spekulation einzudämmen, Kapitalerträge zu besteuern, Steuerparadiese zu sanktionieren und demokratisch legitimierte Räume wieder zu öffnen.
Weitere (mehrsprachige) Informationen: *http://attac.org oder bei: Germanwatch e.V., Budapester Str. 11, 53111 Bonn, http://www.germanwatch.org oder bei: WEED, Bertha von Suttner Platz 13, 53111 Bonn, http://www.weedbonn.org*

5 Jahre Aufstand in Chiapas

▶ Die Mexiko-Gruppe des Dritte-Welt-Haus Frankfurt nimmt das Jahr 1999 zum Anlaß, an den nun fünf Jahre zurückliegenden Aufstand in Chiapas zu erinnern. Die zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Chiapas im Südosten Mexikos sorgte mit militärischen Aktionen am 1. Januar 1994 zum ersten Mal für Aufsehen. Angesichts der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und des angestrebten Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union möchte die Mexiko-Gruppe weiterhin die Verhältnisse in Mexiko und in Chiapas beobachten und Informationen und Gesprächskontakte anbieten. Sie versorgt InteressentInnen mit bundesweiten Adressen von PartnerInnen, die für Interviews und Hintergrundinformationen bereit stehen. Ebenso können Bezugsadressen für professionelle Fotos aus Mexiko und Chiapas nachgefragt werden. Die Gruppe verschickt auf Anforderung eine Mappe, in der Informationen über die Geschichte und aktuelle Situation in Chiapas, die EZLN, die Rolle des Neoliberalismus in Mexiko, die Freihandelsabkommen mit Nordamerika (NAFTA) und der EU, Situation und Perspektiven der Frauen und die Rezeption des Aufstandes hierzulande zusammengestellt sind. Kontakt: *Mexiko-Gruppe, c/o Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M., Westerbachstr. 47/3, 60488 Frankfurt/M.; Tel. priv. 069/78800480 oder 555112, Fax 78960399*

freiburger film forum

▶ Von 11. – 16. Mai werden auf dem freiburger film forum wieder Filme und Videos aus und über Afrika, Amerika, Asien und Ozeanien gezeigt, es wird mit DokumentarfilmerInnen und filmenden EthnologInnen aus aller Welt diskutiert. Ebenso findet ein Dialog zwischen AutorInnen des »Cinéma du Sud« und der Visuellen Anthropologie statt. Die genreübergreifenden Schwerpunkte sind: »Werkschau und Gespräch mit Dennis O'Rourke«, »Latino Cinema in den USA«, »Israel«, »Westafrika«, »Hommage an Djibril Diop Mambéty«, »neue brasilianische Ethnofilme«, »Familienbiographien« und »aktuelle ethnographische Filme«. Desweiteren werden Workshops (Visual Anthropology Workshop; Fremde Lebenswelten – Kindheit Interkulturell) angeboten (Anmeldung bis 21.4.99). Informationen, Anmeldungen und Forumszentrum: *freiburger film forum, Kommunales Kino im Alten Wiehrebahnhof, 79102 Freiburg, Urachstraße 40, Telefon: 0761/ 709594; Fax 706921; e-mail: fifo@freiburger-medienforum.de; Internet: http://www.freiburger-medienforum.de*

Kein Türkeiurlaub

▶ Die AKTION 3.Welt Saar und der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) rufen dazu auf, Urlaubsreisen in die Türkei zu boykottieren. Dies wäre nach Meinung beider Organisationen die richtige Reaktion auf die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in diesem Land. Allein im letzten Jahr nahm die Türkei 8,5 Mrd. DM aus dem Tourismusgeschäft ein, die zur Finanzierung des Krieges gegen die Kurden mit beitragen. Allein im Februar sind zwischen 300 und 400 Mitglieder der pro-kurdischen Partei HADEP verhaftet worden. HADEP setzt sich für eine politische Lösung der Kurdistanfrage ein und soll am 18. April verboten werden. Seit der Verhaftung Öcalans sind nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD 3300 Oppositionelle verhaftet worden. Rückfragen an: *AKTION 3.WELT Saar, Weiskircher Str. 24, 66674 Losheim; Tel. 06872/9930-56, Fax -57*

Informationen über Nicaragua

▶ Das Nicaragua-Forum Heidelberg übersetzt regelmäßig die wöchentlichen Informationen des Nicaragua-Network aus den USA. Die Texte sind auf der Homepage *(http://www.online.de/home/NicaForum-HD)* zu finden. Die englischen Orginaltexte werden wöchentlich unter der Adresse der Newsgroup »soc.culture.nicaragua« zugänglich gemacht. Kontakt: *Nicaragua-Forum Heidelberg e.V., Angelweg 3, 69121 Heidelberg, Tel./Fax 06221/472163*

Weltweit Fair Trade

▶ Unter *»www.fairtrade.de«* ist jetzt der Fair-Trade e.V. mit einer eigenen Homepage vertreten. Über diese Adresse erschließen sich Projekte, Aktivitäten, Partner und Mitglieder der Organisation. Von der Homepage führen weitere Links zu den verschiedensten entwicklungspolitischen Adressen. Kontakte per *e-mail: info@fairtrade.de*

▶ Vom 9.-11. April 1999 findet in Bad Doberan das »**9. Weltladentreffen Ost**« statt, das u.a. auch zur Vorbereitung des 4. Europäischen Weltladentages dienen soll. Infos: *Uwe Beiß, Beethovenstr. 11, 18209 Bad Doberan; Tel./Fax 038203/62867.*

▶ Im Haus der Kulturen der Welt in Berlin, John-Foster-Dulles-Allee 10, findet vom 9. – 10. April 1999, 10 – 18 Uhr, eine internationale Tagung »**Irakisch-Kurdistan. Optionen und Perspektiven**« statt. Die Tagung will versuchen, vor dem Hintergrund der Geschichte die heutige politische, ökonomische und soziale Situation einzuschätzen. Veranstalter: *AWADANI e.V.; Komitee zur Unterstützung kurdischer Flüchtlinge e.V.; Infos: Tel. 030/ 3215085.*

▶ Die Evangelische Akademie Hofgeismar veranstaltet vom 16.-18. April 1999 eine Tagung zum Thema ***Globales Lernen.*** Die Veranstaltung richtet sich an Engagierte, LehrerInnen, PädagogInnen mit Interesse an interkultureller Verständigung/Eine Welt. Vorgestellt werden Modelle und Projekte der Begegnung, der interkulturellen Kommunikation und des handlungsorientierten Lernens. Infos: *Frau Kamutzki-Pape, Tel. 0567/881-115 (8.30 bis 11.30 Uhr).* Auf einer weiteren Tagung »**Internationaler Schuldenerlaß – wem kommt er zugute?**« werden vom 30. April – 1. Mai 1999 die mit dem Schuldenerlaß verknüpften Auflagen der Strukturanpassungsprogramme kritisch beleuchtet. Es sollen Modelle und Wege diskutiert werden, die den zivilgesellschaftlichen Gruppen eine Kontrolle über die freiwerdenden Gelder und eine Beteiligung an den aus den Fonds finanzierten Projekten zugestehen. Infos: *Frau Sartorius, Tel. 0567/881-118 (8.30 – 11.30 Uhr).*
Evangelische Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar; Tel. 05671/ 881-0, Fax 05671/881-154.

▶ Mit der Forderung »**Entwicklung braucht Entschuldung. Auf dem Weg zum 'Erlaßjahr 2000'**« setzt sich die Tagung der Katholisch-Sozialen Akademie in Münster am 24. April 1999 auseinander. Infos: *Franz Hitze Haus, Katholisch-Soziale Akademie Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster; Tel. 0251/9818-0, Fax 0251/9818-480; e-mail: fhh@uni-muenster.de*

▶ Ein internationaler Kongreß mit dem Thema »**Fisch gegen Hunger? Strategien zur Ernährungssicherung in Westafrika**« findet vom 26.-27. April 1999 in Bonn statt. Informationen bei: *Germanwatch, Budapester Str. 11, 5311 Bonn; Tel. 0228/60492-0; Fax; -19; e-mail: germanwatch.bn@bonn.comlink.apc.org*

▶ Das Allerweltshaus in Köln veranstaltet jeweils um 20 Uhr:

23. April **Die Maghrebstaaten – der neue Hinterhof Europas?** Vortrag und Diskussion mit Aziz El Berr, Politologe.

29. April **Gesundheit für alle?!** Von Pharmaexporten und medizinischer Versorgung am Beispiel Indiens berichtet Christine Fischer von der BUKO-Pharmakampagne.

6. Mai **Die neue Demokratiebewegung im Iran – Einsatz mit hohem Risiko.** Diskussion und Analyse der aktuellen Situation mit dem Publizisten Bahman Nirumand.

16. Mai **Sudan – der vergessene Krieg.** Eröffnung einer Fotoausstellung mit Michael von Graffenried um 18 Uhr. Die aktuelle Situation und die Arbeit der Hilfsorganisationen werden von Stephan Senge (Initiative Sudan) und Mitgliedern des Hilfskomitees Cap Anamur vorgestellt.

27. Mai »**Unser täglich Brot**« – Agrobusiness – Gentechnologie – Ernährung. Ursula Gröhn-Wittern widerspricht dem Mythos der Gentechnologie als Schlüssel zur Bekämpfung des Hungers in der »3. Welt«. Infos: *Allerweltshaus e.V., Körnerstr. 77, 50823 Köln; Tel/Fax 0221/ 5103002; e-mail: AWHKoeln@aol.com*

▶ In Nürnberg findet vom 7.-9. Mai 1999 die Tagung »**Soziale Menschenrechte in Zeiten der Globalisierung**« statt. Infos bei *Kuno Hauck, Kirchlicher Entwicklungsdienst Bayern (KED), Pirckheimerstr. 33, 90408 Nürnberg; Tel. 0911/9354-352, Fax 9354-359.*

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

▶ Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur unterstützt die Reihe »kein mensch ist illegal«.

Vorschau: iz3w Nr. 237
Schwerpunkt: »Mega & Global Cities«

▶ Die »Verstädterung« gilt gleichzeitig als Folge und als Motor der Globalisierung. In zentralen Metropolen, den Global Cities, wächst die Wirtschaft am schnellsten, finden Börsenhandel und Kapital-Transaktionen statt und blüht das kulturelle Leben. In den noch schneller wachsenden Mega Cities des Südens dagegen scheint die Globalisierung ihr häßliches Gesicht zu zeigen: Umweltverschmutzung, Ghettoisierung und Kriminalität, so das gängige Bild, machen das Leben in den Städten des Südens fast unerträglich.

Der **iz3w**-Themenschwerpunkt widmet sich diesen Kategorien von Global- und Mega-Cities, von Zentrum und Peripherie, von Stadt und Land. Wo lassen sich die beschriebenen Klischees tatsächlich finden, wo zeichnen sie ein vereinfachtes Bild der Welt(stadt) und wo sind sie schlichtweg falsch?

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Martina Backes, Monika Bierwirth, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Corinna Gerhard, Tina Goethe, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Holger Schaich, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Jörg Zinn.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 237:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 12.4.1999

81/ 1/236/56412

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▸ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

www.akweb.de